

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ DIE AKTUELLEN SCHWIERIGKEITEN DER US-AUSSENPOLITIK

Krieg gegen den Irak?

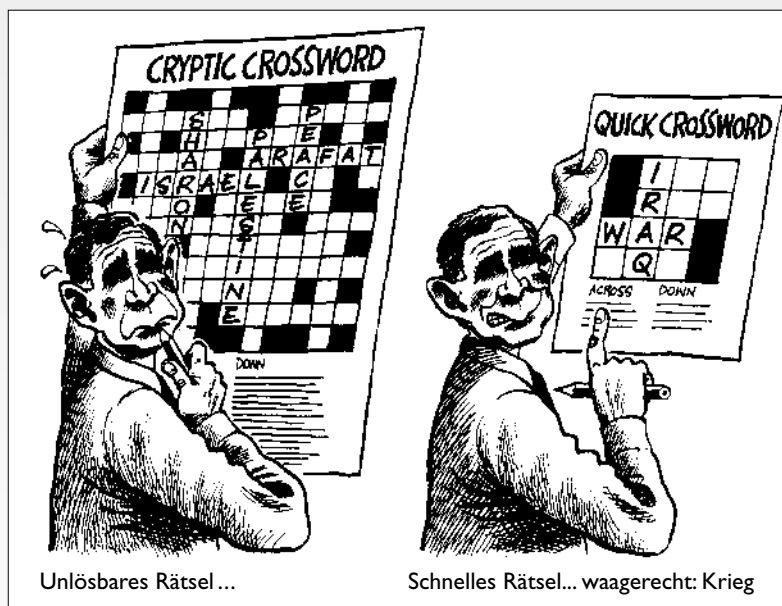
Die Nahost-Mission von US-Außenminister Powell durch die arabischen Staaten war ebenso wenig erfolgreich wie Wochen zuvor die Reise von Vizepräsident Cheney durch die arabischen Staaten. Der Versuch der US-Regierung, diplomatisch das Terrain für einen eventuellen militärischen Angriff auf den Irak zu bereiten, ist damit erst einmal gescheitert. Die Eskalation der Gewalt durch Israels Premier Scharon hat die Pläne der US-Regierung zunächst durchkreuzt. Im Augenblick wird kein arabisches Land eine größere Militäraktion gegen den Irak unterstützen. Das haben die letzten Wochen deutlich gezeigt. Die Weigerung des ägyptischen Präsidenten Mubarak, sich mit Powell zu treffen, war ein unübersehbares Signal. Solange die USA die israelische Regierung bei ihrem massiven Vorgehen gegen die Palästinenser weitgehend gewähren lassen, kann es weder seitens ihrer arabischen Verbündeten noch gar von Seiten solcher Länder wie Syrien irgendeine Rückendeckung, geschweige denn aktive Unterstützung für die immer wieder angekündigten Aktionen gegen den Irak geben.

Ohne eine solche zumindest passive Unterstützung erscheint den USA ein militärisches Vorgehen gegen den Irak derzeit offensichtlich als ein zu großes Risiko. Nichtsdestotrotz sind entscheidende Kräfte der US-Politik weiter bestrebt, einen solchen Krieg vorzubereiten.

Das Dilemma der Weltmacht USA

In dieser Situation zeigt sich das Dilemma, in dem die USA zur Zeit stecken. Auf der einen Seite stellen sie die einzige verbliebene Weltmacht dar, auf der anderen Seite sind sie bei ihrer Politik im wichtigsten Krisengebiet, dem Nahen Osten, auf ein kleines Land wie Israel angewiesen. Scharon kann es sich leisten, dem Druck der US-Regierung zu trotzen, weil er genau weiß, dass es für die USA auf absehbare Zeit keine Alternative zu Israel und damit auch zur israelischen Regierung gibt. Einzig Israel kann die für die USA unersetzliche Rolle eines Regionalpolizisten spielen. Es besitzt nicht nur die dafür erforderliche militärische Stärke, es ist auch das einzige Land, das wirtschaftlich, politisch und kulturell vollständig westlich orientiert ist.

Das unterscheidet Israel von den arabischen Ländern, wo die meisten Regierungen zwar US-Verbündete sind, die Bevölkerungen diese Haltung aber mehrheitlich nicht teilen. Israel ist im Gegensatz zu ihnen kein unsicherer Kantonist. Es ist nicht nur von den USA finanziell abhängig, das sind auch zahlreiche arabische Staaten, es ist ohne die Unterstützung des Westens überhaupt nicht lebensfähig. Andererseits



ist diese Abhängigkeit aber keine einseitige, da auch der Westen keine Alternative zu Israel hat. Den Möglichkeiten, Israels Regierung unter Druck zu setzen, sind daher trotz dessen massiver Abhängigkeit deutliche Grenzen gezogen. Das zeigt sich gerade in den letzten Monaten. Scharon kann die Aufforderungen Bushs, seine Truppen aus den Palästinensergebieten zurückzuziehen, praktisch folgenlos ignorieren, so lange er die überwältigende Mehrheit der israelischen Bevölkerung auf seiner Seite weiß, sie das massive militärische Vorgehen gegen die Palästinenser billigt und allenfalls eine noch härtere Gangart fordert.

Eine Wende ist diesbezüglich nicht in Sicht. Die große Mehrzahl der Israelis rückt immer weiter nach rechts. Ein entscheidender Grund dafür ist in der wirtschaftlichen Entwicklung zu suchen. Schon in den 90ern hatte nur eine Minderheit der Bevölkerung, in der Regel die gutausgebildeten Juden europäischer Herkunft, von den Vereinbarungen von Madrid und Oslo ökonomisch profitiert (s. Arbeiterpolitik 4/5 2000). Ihre Zahl ist seit dem weltweiten Einbruch des IT-Sektors deutlich gesunken. Dieser Sektor war es nämlich, der einen großen Teil der gutausgebildeten und gut verdienenden Israelis beschäftigte. Er bildete das wesentliche Wachstumssegment der israelischen Wirtschaft. Das ist zumindest teilweise vorbei. Die Basis der Arbeiterpartei, zu deren traditioneller Klientel die sozial besser gestellten europäischen Juden zählen, wird damit nicht nur schmaler, die Partei wird

zusammen mit ihren potentiellen Wählern auch noch weiter nach rechts rücken. Das Lager derjenigen, die eine Verständigung mit den Palästinensern anstreben, verkleinert sich in dem Maße, wie die Zahl der wirtschaftlichen Verlierer in der israelischen Gesellschaft zunimmt. Die gewalttätige Eskalation des Konflikts tut ein Übriges, um die Kluft zwischen den israelischen Juden und den Palästinensern noch weiter zu vertiefen. Die Rechtsentwicklung der israelischen Politik wird sich deshalb erst einmal fortsetzen. Mangels Alternativen muss sie von den USA hingenommen werden, selbst wenn sie deren eigenen strategischen Interessen teil- und/oder zeitweise zuwider läuft.

Die Irak-Pläne der USA werden verschoben

Für die US-Regierung bedeutet das, dass sie ihre Pläne zum Sturz Saddam Husseins nicht wie ursprünglich vorgesehen verfolgen kann. Der frühere Sicherheitsberater von Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, hat die Folgen des israelischen Vorgehens gegen die Palästinenser in einem Interview mit der »ZEIT« Mitte April dementsprechend als Hemmnis für den beabsichtigten Zeitplan gewertet. Eine grundsätzliche Änderung der US-Politik gegenüber dem Irak sieht er allerdings nicht. Auf die Frage, ob die Eskalation auf der Westbank zu einem Kurswechsel der Bush-Administration führen wird, antwortete er: »Nein, sie kommt nicht vom Kurs ab, aber die Umsetzung von Bushs Plan wird sich verzögern.« Mit dieser Einschätzung spricht er im Kern das aus, was auch von Seiten der US-Regierung in den letzten Wochen zu hören war. So gab Condoleezza Rice, Sicherheitsberaterin von Bush, in einem fast zeitgleich erschienenen Interview mit der Süddeutschen Zeitung quasi offiziell bekannt, dass es noch keine konkreten militärischen Pläne zum Sturz Saddam Husseins gebe: »Ich muss noch einmal sehr deutlich machen, dass der Präsident noch keine Entscheidung getroffen hat über den Einsatz von militärischen Mitteln. Nicht im Ansatz. Er hat keine Pläne dazu auf seinem Schreibtisch. Er hat sich nicht entschieden, dass dies der Weg ist.«

Diese vorsichtigen Äußerungen von Rice entsprechen der realen Politik der USA weit mehr als die häufig martialischen Aussagen vom Krieg gegen die »Achse des Bösen«. Es ist zwar die Absicht von Bush Junior, die Politik seines Vaters zu vollenden, d.h. Saddam Hussein zu stürzen und an seiner Stelle eine US-freundliche Regierung zu installieren. Es sitzt schließlich wie ein Stachel im Fleisch, dass Saddam Hussein auch über ein Jahrzehnt nach dem Golfkrieg immer noch im Amt ist. Das ist, allerdings im umgekehrten Sinne, ebenso ein Signal wie der Sieg über die Taliban. Da gibt es jemanden, der sich den USA erfolgreich zu widersetzen wagt. Der Irak bleibt zwar nicht ungestraft, wie die Folgen des Embargos

täglich zeigen, sein Präsident konnte bisher aber noch nicht gestürzt werden.

Wie dieser Plan aber in die Realität umgesetzt werden soll und inwieweit er es letztlich tatsächlich auch wird, das ist noch unklar. Praktisch zeichnet sich die US-Politik unter Bush eher durch "Trial und Error" aus. Man verfolgt ein Ziel, geht dabei aber eher tastend Schritt für Schritt vor. Sich bietende Gelegenheiten werden sofort genutzt, größere Risiken aber nach Möglichkeit gemieden. Das hat zwei Gründe. Einmal hat sich gerade im letzten Jahr gezeigt, dass durch unvorhergesehene Entwicklungen manchmal Dinge möglich werden, die man zuvor als undenkbar bezeichnet hätte. Das Festsetzen der USA in Zentralasien ist dafür ein besonders deutliches Beispiel. Zum anderen wäre ein brachiales Vorgehen der USA derzeit einfach mit zu vielen außenpolitischen Risiken behaftet. Außerdem ist die Frage, ob der Vietnam-Schock in der US-Bevölkerung wirklich überwunden ist, sie also auch größere Opfer unter ihren Soldaten hinzunehmen bereit ist, immer noch nicht beantwortet.

Die neue Rolle der USA in Zentralasien

Die angesprochenen außenpolitischen Risiken bestehen dabei nicht nur im Verhältnis zu den arabischen Staaten, sondern auch in Hinblick auf die Lage in Zentralasien. Die USA haben ihre strategische Position dort in einem Ausmaß verbessert, wie es vor einem Jahr wohl noch niemand für möglich gehalten hätte. Das soll durch eine Destabilisierung der gesamten Region, die ein schlecht vorbereiteter Angriff auf den Irak mit sich bringen könnte, nicht gefährdet werden. Vor allem der Iran als einer der drei Staaten in der "Achse des Bösen" und zugleich Bindeglied zwischen dem Nahen Osten und Zentralasien spielt hier eine entscheidende Rolle. Die erzielten Fortschritte in Zentralasien sind für die USA einfach zu wichtig, um sie leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Der Angriff auf die Taliban in Afghanistan im letzten Jahr war seitens der USA zwar im wesentlichen dadurch motiviert, dass sie ihre Glaubwürdigkeit als Supermacht nicht

INHALT

Krieg gegen den Irak?	1
Korrespondenzen:	
Job-Aktiv und Kombilohn	5
Lüdenscheid: Metin Serofoglu und die IG Metall	7
Abschied von Christian Wiesner-Stippel	9
Bremen: Kein Verzicht auf die Jahresabschlusszahlung ..	12
Hamburg: Demo gegen Sozialabbau	14
Frankfurt/Hanau: Nazis am 1. Mai	16
Berlin: Die Stadt wird ausgeplündert	18
Umbau der IGM-Bildungsarbeit	21
Zur Diskussion: Was heißt hier Umbau?	25
Jugoslawien:	
Kongress des Serbischen Gewerkschaftsbundes	26
Dänemark: Probleme im Gewerkschaftsapparat	29

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
 Herstellung und Vertrieb: GFSa – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSa e.V. · Postfach 106426 · D-20045 Hamburg«
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSa e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladens«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeiseshallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladens«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochoen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3



 = US-amerikanische Luftwaffenstützpunkte

verlieren durften. Sie mussten die Taliban besiegen, wollten sie international nicht als Papiertiger dastehen. Ein Angriff auf die USA selbst wie das Attentat vom 11. September musste mit einer völligen Niederlage des Angreifers und seiner unmittelbaren Unterstützer enden. Nur so konnte die entscheidende Botschaft an den »Rest der Welt«, dass niemand sich den USA ungestraft widersetzt, glaubwürdig vermittelt werden. Obwohl dieses Ziel nicht ganz erreicht worden ist, weil sich Osama bin Laden nach wie vor auf freiem Fuß befindet, hat der schnelle Sturz der Taliban-Regierung in Kabul doch allen potentiellen Gegnern klar gemacht, welches Risiko sie eingehen, wenn sie sich gegen die USA stellen.

Bei der Verfolgung dieses Ziels bot sich den USA die Chance, endlich in Zentralasien, dem Hinterhof Russlands und Chinas, Fuß zu fassen. Sie wurde umgehend ergriffen. Im Rahmen des Bündnisses gegen den Terror wurden Stützpunkte in den früheren Sowjet- bzw. GUS-Republiken Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan aufgebaut. Die stärkste Präsenz unterhalten die US-Streitkräfte derzeit in Kirgistan. Dessen Präsident Akajew hat ihnen in Manas nicht nur einen Flughafen, sondern gleich eine ganze Garnisonsstadt für insgesamt 3.000 Soldaten angeboten. Der Vertrag wurde zwar zunächst für nur ein Jahr abgeschlossen, eine Verlängerung

ist aber vorgesehen. Mit Usbekistan haben die USA ein Militärabkommen besiegelt, das für jährliche Zahlungen in Höhe von 100 Mio. \$ die großflächige Nutzung des Flughafens Chanabad gestattet. Noch größer als in Usbekistan und Kirgistan ist der Erfolg für die USA aber in Tadschikistan. Dort erreichten sie einen Stationierungsvertrag für den Hauptstadt-Flughafen, obwohl in Tadschikistan als einzigem ehemaligen GUS-Staat in Zentralasien dauerhaft russische Truppen stehen. Geostrategisch ist all das für die USA von unschätzbarem Vorteil. Die zwei in militärischer Hinsicht stärksten Konkurrenten können die USA von hier aus direkt beobachten und z.T. auch kontrollieren. Das ist das entscheidende Motiv für die Stationierung US-amerikanischer Truppen in Zentralasien, nicht die immer wieder als Hauptargument angeführten Energiereserven und Bodenschätze. Anders als im Nahen Osten spielt das Öl in diesem Fall nur eine zweitrangige Rolle.

Russland und China sehen sich jetzt einer Situation gegenüber, die sie unbedingt vermeiden wollten. Die USA unterhalten Militärstützpunkte in Zentralasien, also direkt zwischen ihren beiden Ländern. Dass Russland und China nicht in der Lage bzw. nicht gewillt waren, das zu verhindern, zeigt deutlich die herrschenden Kräfteverhältnisse. Beide Länder fühlen sich zur Zeit nicht stark genug, einer solchen Bedrohung selbst in ihrer unmittelbaren Interessensphäre massiv entgegenzutreten. Sie geben geostrategische Positionen preis, um zunächst ihre Wirtschaft als wesentliche Basis für langfristiges weltpolitisches Handeln weiter voranzubringen (wie China, das für sein Stillhalten den langersehnten Zutritt zur Welthandelsorganisation aushandelte) oder sie zumindest zu konsolidieren (wie Russland).

Macht und Ohnmacht des Weltpolitisten USA

Die USA knüpfen nicht nur in ihrer Politik gegenüber Russland und China wieder dort an, wo sie vor dem Anschlag auf das World Trade Center aufgehört hatten, sie tun das auch gegenüber der EU. Die Hoffnungen der westeuropäischen Regierungen, die US-Außenpolitik werde sich angesichts

Wir danken allen, die die Herausgabe der »Informationsbriefe« im letzten Jahr durch **Abonnement und/oder Spenden** unterstützt haben, an dieser Stelle ganz herzlich. Weiter so!

Es soll nicht verheimlicht werden: Anlässlich der Währungsumstellung haben wir eine ohnehin nicht zu vermeidende leichte Preiserhöhung des Heftpreises/Abonnements vorgenommen – trotzdem sind wir zusätzlich noch auf Spenden angewiesen. Wichtiger noch sind uns jedoch politische Beiträge und Kritik.

Die Redaktion, 10. Mai 2002

der Bedrohung durch Terroristen wieder multilateral orientieren, d.h. ihr Vorgehen im Rahmen der NATO und der UN absprechen und mit anderen wichtigen Ländern kooperieren, haben sich als Illusion erwiesen. Anfängliche Zugeständnisse der US-Regierung sind nach dem schnellen militärischen Erfolg gegen die Taliban zurückgenommen worden. Die USA agieren wie schon zuvor weitgehend auf eigene Faust. Rücksprachen mit oder Rücksichtnahmen auf andere Länder, seien es die Verbündeten in der NATO oder der arabischen Welt, seien es Russland oder China, erscheinen den USA nun nur noch selten angebracht. Man fühlt sich nicht nur stark genug, die Position als einzige Weltmacht wahrzunehmen, man will den günstigen Augenblick auch nutzen, um sie dauerhaft zu sichern.

Die Voraussetzungen dafür sind gut, wesentlich besser als vor dem letzten Golfkrieg unter Bush Senior. Damals hatten die USA gerade ein wirtschaftlich schwieriges Jahrzehnt hinter sich und gegenüber der Konkurrenz aus Westeuropa und Japan stark an Boden verloren. Vor allem die beiden Hauptkonkurrenten Deutschland und Japan hatten in den 80er Jahren deutlich aufgeholt. In der öffentlichen und auch der wissenschaftlichen Diskussion in den USA galten diese beiden Länder damals zunehmend als Vorbilder. Heute stellt sich die Situation gänzlich anders dar. Die USA haben ein Jahrzehnt enormen wirtschaftlichen Wachstums hinter sich, Westeuropa hinkt deutlich hinterher und Japan steckt seit über 10 Jahren in einer Dauerkrise. Das Brutto sozialprodukt Deutschlands und Japans ist zwischen 1990 und 2000 nicht einmal halb so schnell gewachsen wie das der USA. Dementsprechend werden die USA in den Medien heutzutage fast auf allen Gebieten (von der Wirtschaft über die Wissenschaft bis hin zur Bildung) als Vorbild bewundert und gefeiert.

Diese Umkehrung der Verhältnisse ist ein entscheidender Unterschied zu 1991. Der zweite, nicht minder wichtige ist die endgültige Auflösung der Sowjetunion. Mussten die USA beim ersten Golfkrieg die Sowjetunion noch als zwar stark geschwächten, aber noch immer existenten militärischen und politischen Faktor der Weltpolitik einkalkulieren, so kann diese Rücksichtnahme jetzt entfallen. Es gibt auf der weltpolitischen Bühne keinen auch nur annähernd gleichwertigen Mitspieler mehr. Das lassen die USA ihre Verbündeten ebenso spüren wie ihre aktuellen oder potentiellen Gegner. Selbst Tony Blair, der hoffte, für seine fast bedingungslose Unterstützung ein wenig Mitsprache zu bekommen, musste erfahren, dass die USA ihre Pläne ohne Rücksprache mit ihm konzipieren und verfolgen.

Die Dominanz der USA darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch sie ihre Grenzen hat. Die faktische Weigerung der israelischen Regierung, die Nahost-Mission von Powell durch einen Rückzug aus den besetzten Städten des Westjordanlandes zu erleichtern, hat das mehr als deutlich demonstriert. Die USA, das ist ein entscheidender Schwachpunkt, sind trotz all ihrer militärischen Überlegenheit nicht in der Lage, überall dort direkt und vor allem erfolgreich einzugreifen, wo sie es für erforderlich halten. Das gilt nicht nur für Israel und Palästina, sondern derzeit auch für den Irak.

Die Pläne der Bush-Regierung, Saddam Hussein zu stürzen, kranken gleich an mehreren Schwächen. Entscheidend sind zwei. Zum einen können die USA nicht auf eine militärisch wirklich handlungsfähige Opposition im Lande selbst zurückgreifen. Das ist ein großes Handicap. Im Falle



eines Angriffs müssten sie den Bodenkrieg weitgehend mit eigenen Truppen bestreiten. Sie könnten diese gefährliche Arbeit nicht wie in Afghanistan der internen Opposition überlassen und sich in erster Linie auf die relativ ungefährliche Unterstützung aus der Luft beschränken. Da niemand genau weiß, wie die US-Bevölkerung reagieren wird, sollte es eine größere Zahl eigener Opfer geben, zögert Bush. Zum anderen sind die USA trotz ihrer Flugzeugträger für einen Bodenkrieg auf Stützpunkte auf der arabischen Halbinsel angewiesen. Sie dürfen die arabischen Staaten also nicht völlig verprellern. Die israelische Politik macht es ihnen augenblicklich aber unmöglich, den verbündeten arabischen Regierungen zumindest soweit entgegen zu kommen, dass diese ihr Gesicht wahren können. Die Massendemonstrationen in Kairo oder Amman bedrohen die Regierungen Ägyptens und Jordaniens zwar nicht wirklich, sie zeigen aber die instabile innenpolitische Lage in diesen Ländern. Ein Angriff auf den Irak vom Boden Saudi-Arabiens aus könnte die Situation derart destabilisieren, dass größere Unruhen und auch Anschläge auf die dort stationierten US-Truppen nicht mehr auszuschließen sind. Dem entgegen zu wirken, war der Sinn der Missionen von Cheney und Powell, die aber letztlich gescheitert sind. Dasselbe trifft auch auf die Reise des saudischen Prinzen nach Washington zu. Die Lage bleibt dementsprechend instabil.

Die unumstrittene Weltmachtposition der USA weist noch einen zweiten grundlegenden Schwachpunkt auf. Die USA sind für eine dauerhafte Sicherung ihrer derzeitigen militärischen Überlegenheit darauf angewiesen, dass die anderen entwickelten Industriestaaten ihr chronisches Außenhandelsdefizit durch den Kauf von US-Anleihen und -Schatzbriefen finanzieren. Die gigantischen Aufrüstungsprogramme der USA können nur dann dauerhaft fortgesetzt werden, wenn der Dollar die unumstrittene Weltreservewährung Nummer eins bleibt. Nur dann nämlich können die Rüstungskosten durch einen drastischen Sturz des Dollarkurses zu erheblichen Teilen auch den ausländischen Gläubigern aufgeladen werden. Das war schon zum Ende des Vietnamkrieges so, als die feste Parität des Dollar zu den anderen Währungen aufgegeben wurde und der Dollar von vier DM auf 3,20 DM sank. Unter Ronald Reagan hat sich das Ganze dann wiederholt. Der Dollar stieg zunächst auf über drei DM, weil die USA sich für die Durchführung ihrer Rüstungspläne auf den Kapitalmärkten enorm verschulden mussten, um anschließend auf unter 1,40 DM abzustürzen. Wer als Ausländer damals US-Anleihen oder -Schatzbriefe beim höchsten Dollarkurs gekauft hatte, bekam nicht einmal mehr die

Hälfte seines investierten Geldes zurück, wenn er sie zum niedrigsten Kurs verkaufen musste oder sie genau dann ausliefen.

In beiden Fällen fand eine indirekte Finanzierung der Rüstungsprogramme durch die anderen Industriestaaten bzw. private ausländische Investoren (vom Großanleger bis zum Kleinsparer, der Investmentfondanteile kauft) statt. Die militärische Überlegenheit der USA ist also zu einem nicht unerheblichen Teil fremdfinanziert. Sollte der Euro die Position des Dollar als Weltreservewährung ernsthaft in Frage stellen, wäre dieser Mechanismus außer Kraft gesetzt. Auf lange Sicht stellt das eine nicht zu unterschätzende Bedrohung für die US-Politik dar. Deshalb versuchen die USA nicht nur, ihre Dominanz auf den Weltfinanzmärkten durch die verschiedensten Maßnahmen (wie z. B. die weltweite

Durchsetzung ihrer Bewertungsstandards) zu sichern, sie nutzen die für sie derzeit außerordentlich günstige Situation auch aus, um mit der Entwicklung neuer Rüstungssysteme, dem Ausbau ihrer militärischen Kapazitäten und der Etablierung von Stützpunkten in allen wichtigen Regionen der Welt Fakten zu schaffen.

Der Sturz des Regimes von Saddam Hussein stellt ein (nicht unwichtiges) Element in diesem Prozess dar. Dementsprechend werden die USA versuchen, ihn in die Tat umzusetzen. Ob das tatsächlich gelingt, bleibt angesichts der geschilderten Schwierigkeiten abzuwarten. Eines kann man auf jeden Fall sagen: Je heftiger die Proteste in der arabischen Welt und in Europa ausfallen, um so größer sind die Probleme für die US-Regierung, um so eher ist damit zu rechnen, dass es zu keinem Krieg gegen den Irak kommt. 8.4.2002 ■

■ THEMA ARBEITSLOSIGKEIT IM WAHLJAHR

Job-Aktiv und Kombilohn

Die Arbeitslosigkeit steigt wieder, und mit ihr die Forderungen der Unternehmerverbände nach Einsparungen und Lohnzurückhaltung. Die Tarifrunde 2002 beginnt im Frühjahr traditionell mit den wichtigsten Bereichen in Metall-, Chemie- und Druckindustrie, im öffentlichen Dienst geht die Laufzeit noch bis nach der Bundestagswahl. In der Tarifumfrage 2002 des Fachbereichs 8 (Medien, Kultur, Industrie) der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) unter den Mitgliedern wird eine allgemeine Enttäuschung mit vorangegangenen Tarifrunden auf den Punkt gebracht: »Die Unternehmerverbände, Wirtschaftswissenschaftler, berufene und unberufene, die Bundesregierung schießen sich darauf ein, dass das Heil der deutschen Wirtschaft nun an der lohnpolitischen Zurückhaltung der Gewerkschaften liegt. Arbeitsplätze wurden durch die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre zwar keine geschaffen – aber es reicht ja, wenn man mit dem Verlust weiterer Arbeitsplätze droht.« An den niedrigen Tarifabschlüssen und dem Rückgang der Reallöhne tragen die Gewerkschaftsspitzen ihre Mitschuld, weil sie diese selbst, entgegen öffentlicher Beteuerungen, im »Bündnis für Arbeit« mit Staat und Kapital absprechen, die Basis aber auch, soweit sie diesen Kurs mitträgt. Ob es damit in diesem Frühjahr vorbei ist, bleibt abzuwarten; Skepsis ist nach früheren Erfahrungen angebracht.

Die Koalition von SPD und Grünen, im Wahljahr unter Druck, verspricht trotz Haushaltsklemme weitere sogenannte Sozialreformen, um die Unternehmerverbände zufriedenzustellen. Wenn es Staat und Kapital nichts kosten darf, dann müssen wieder einmal die sogenannten Lohnnebenkosten erhalten, also die Ausgaben, die zur Absicherung von Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall und Pflegebedürftigkeit oder ökonomischen Risiken wie Altersarmut und Arbeitslosigkeit dienen. Hier soll gespart und das Geld etwa in effizientere Bildungssysteme gesteckt werden. Letzteres klingt gut, vor allem aber auch für Unternehmen, die ihren Standort Deutschland sichern, aber nichts mit der Abwicklung von Sozialfällen zu tun haben wollen. In dieser Hinsicht soll vielmehr die Parole von der »Eigenverantwortlichkeit«

herhalten, damit sich die ökonomisch Mächtigen eine gesellschaftliche Verantwortung vom Hals halten können.

Absurdes Theater um Arbeitsvermittlung

Mit dem Job-Aktiv-Gesetz (Aktiv = »aktivieren, qualifizieren, trainieren, investieren, vermitteln«) wurde die Faulenzerdebatte des vergangenen Jahres in Gesetzesform gegossen (vgl. arpo 2/2001). Wie so manches in der rot-grünen Politik ist auch diese Maßnahme in weiten Teilen symbolisch bzw. überflüssig. »Vieles im Job-Aktiv-Gesetz liest sich so, als hätten die Rot-Grünen im Jahr 2001 als erste entdeckt, dass Arbeitsämter nur dann erfolgreich vermitteln können, wenn sie die geeignete Person für die geeignete freie Stelle finden,« spottet berechtigterweise die Arbeitslosenzeitung »quer« in ihrer Ausgabe von Dezember 2001. Die zusätzlichen Möglichkeiten, gegen Langzeit- und jüngere Arbeitslose Druck zu machen, sind freilich ernst zu nehmen, denn aus der alltäglichen Umsetzung kann weitere Verunsicherung entstehen. Politisch wirksam ist aber, dass durch die ständigen Diskussionen um Verschärfungen das Verursacherprinzip an die Betroffenen weitergereicht wird anstatt an die sozialökonomischen Verhältnisse, aus denen Arbeitslosigkeit entsteht.

Hierfür steht im Job-Aktiv-Gesetz die rot-grüne Wortprägung »Beschäftigungsfähigkeit«, als sei dies eine geheimnisvolle Eigenschaft, die den Individuen anhaftet und über ihre Lebenschancen entscheidet. Dass die Arbeitsvermittlung hieran ausgerichtet wird, ist freilich ein alter Hut. Die beste Vermittlung nützt jedoch nichts, wenn die Unternehmen nicht einstellen wollen. Personalfragen werden zunächst gewinnorientiert nach Auftragslage innerhalb des gegebenen Spektrums an Bewerbern entschieden. Bessere individuelle Qualifikationen führen nicht zu höheren Einstellungszahlen, sondern nur zu einer verbesserten Auswahl für die Unternehmen. Letztlich ist das ähnlich wie im Kino: Wenn einer aufsteht, kann er zu Lasten anderer besser sehen; stehen alle auf, haben sie wieder ein Blickfeld wie vorher, aber auf »höherem Niveau« – alle müssen stehen. Das »höhere Niveau« nützt vielleicht den Standortfanatikern in ihrem internationalen Nullsummenspiel: Sie können bessere »Truppen« in die Konkurrenz führen. Ein Ende des Hamster-

Laufrades »Personalabbau und Arbeitshetze« wird es von Unternehmerseite nicht geben.

Da es aber angesichts der Arbeitsmarktlage und des herbstlichen Wahltermins nicht bei der berühmten »ruhigen Hand« bleiben kann, muss öffentlichkeitswirksam etwas getan werden. Da kein/e VermittlerIn Wunder vollbringen kann, muss es wenigstens so genannt werden: »Profiling«, »passgenaue Vermittlung«, »Eingliederungspläne« und ähnliche Modernismen, mit denen alter Wein in aufgepeppte Schläuche gegossen wird. Der Laie soll beeindruckt werden und die schlechten Zahlen darüber vergessen: Nicht die Arbeitslosen, sondern die Statistik sind der Grund der Hektik.

Dies gilt genauso für die nur in der aktuellen Zuspitzung neue Auseinandersetzung um die öffentliche Arbeitsvermittlung. Derzeit stehen nicht nur die Arbeitslosen unter Druck, sondern auch die Beschäftigten des Arbeitsamtes, denen eigentlich Entlastung durch Einstellung neuer VermittlerInnen und SachbearbeiterInnen versprochen wurde. Nun wird ihnen absurderweise gerade das Frisieren von Statistiken vorgeworfen, das den ParteipolitikerInnen bisher gelegen kam, um zu behaupten, dass alles nicht so schlimm oder gar auf dem Wege der Besserung sei. Für diese Schönfärberei wurden in der Vergangenheit immer wieder einmal Regeln verändert, durch die Arbeitslose nicht mehr als solche gezählt werden mussten, sondern als TeilnehmerInnen an bestimmten Maßnahmen, als Frühverrentete etc. aus der Statistik verschwanden.

Dass treue Staatsbedienstete für diese Gefälligkeiten nun abgewatscht werden, dürfte mehrere Gründe haben, zunächst einmal den, dass es an der Statistik nichts mehr zu manipulieren gibt. Wer im Wahlkampf 1998 versprochen hat, die Arbeitslosigkeit »signifikant« unter vier Mio. zu drücken, muss sich nun etwas anderes einfallen lassen (entsprechendes gilt für die andere Seite und deren Versprechungen). – Voll im Zeitgeist liegt der Ruf nach mehr Markt, und damit hat man auch gleich Sündenböcke zur Hand: die Sesselfurzer vom Arbeitsamt, die den ganzen Tag nur Bleistifte spitzen. Natürlich ist die Grundlage solcher Vorwürfe äußerst schwach, denn auch die privaten Vermittlerfirmen haben – zahlenmäßig – schlechte Bilanzen vorzuweisen. Dennoch liegt hier, neben dem Vorantreiben der Marktideologie, ein gewisser »Modernisierungs«-Vorteil. Die privaten Jobvermittler bevorzugen nämlich genau die Klientel, die im Konkurrenzkampf am meisten gefragt ist, vom jungen, gesunden Facharbeiter mit Abitur aufwärts bis zum IT-Spezialisten, für deren Vermittlung sie angemessen kassieren können. In der privaten Arbeitsvermittlung ist es wie in anderen Branchen: Leitmotiv ist der Profit, nicht die Erfüllung gesellschaftlich notwendiger Aufgaben.

»Wer jünger ist als 30, kann jede Arbeit machen«

An der »Beschäftigungsfähigkeit« der Lohnabhängigen setzen auch Maßnahmen an, die nicht auf individuelle Qualifikation, sondern billige und willige Arbeitskraft aus sind. Hier geht es im Wesentlichen um den Druck, der im Zusammenspiel von Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenunterstützung und Sozialämtern erzeugt wird, um schwächer qualifizierte LeistungsempfängerInnen in Billiglohnjobs zu treiben. Diesem Zweck dienen zum Beispiel die verschiedenen Modellüberlegungen bei Kombilöhnen, von denen eins (das Mainzer Modell, vgl. arpo 2/2001) nun flächendeckend ein-

geführt werden soll, um einige zehntausend(!) Billiglohnarbeitsplätze zu bringen, und das möglichst vor der Bundestagswahl. Druckverschärfend wirken natürlich der Entzug von Geld und die Absenkung von verbliebenen Rechten durch Überführung der Arbeitslosen- in die Sozialhilfe, die das Arbeitsministerium anstrebt. Übliche Arbeitsschutzbestimmungen werden nebenbei ausgehebelt, zum Beispiel beim Kündigungsschutz durch Ausdehnung der Leiharbeit.

Praktisch werden den Unternehmern Mitnahmeeffekte zugeschanzt, die sie nicht zur »Schaffung von Arbeitsplätzen« veranlassen, sondern ihnen die Einrichtung bzw. Erhaltung tariflich genormter und voll bezahlter Arbeitsverhältnisse erspart. Dass die anhaltende Massenarbeitslosigkeit die herrschende »Theorie« blamiert, spielt für die Interessenvertreter keine Rolle. Solange ihnen etwa von Gewerkschaftsseite wenig bis gar nichts entgegengehalten wird, spornt es sie vielmehr zu immer höheren Forderungen an. Die Unternehmer positionieren sich hier eindeutig, zum Beispiel durch den Präsidenten des Industrie und Handelskammertages (DIHK), Ludwig G. Braun, der Anfang Februar erklärte, wohin die Reise gehen soll (FTD, 4.2.2002).

»Wer jünger als 30 ist, bekommt nur noch vier oder sechs Wochen Arbeitslosengeld«, forderte er mit nicht zu überbietender Deutlichkeit. Längere Zahlungen seien nicht notwendig, denn: »Wer jung ist, kann eigentlich jede Arbeit annehmen.« Ältere Arbeitslose sollen nur noch bis sechs Monate Arbeitslosengeld beziehen (derzeit geltende Regelung: bis zwei Jahre, für Lebensalter über fünfzig bis drei Jahre). Diese radikal gekürzten Zahlungen sollen degressiv und disziplinierend gestaltet werden, das heißt am Anfang mehr, später weniger, und wer eine angebotene Arbeitsstelle, gleich welcher Art, nicht annimmt, soll durch einschneidende Abzüge bestraft werden. Die Regelung der Altersteilzeit soll abgeschafft werden. So offenherzig waren bisher nicht einmal die Forderungen der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), deren Präsident der bekannte Scharfmacher Dieter Hundt ist. Garniert wurde das Ganze mit der Hoffnung, dass die Konjunktur dieses Jahr wieder an Fahrt gewinne.

Im Interesse aller Beschäftigten (Voll- oder Teilzeit, tariflich oder untertariflich), selbstverständlich auch der Arbeitslosen, müssten sich die Gewerkschaften hier voll einsetzen, um diese Offensive der Unternehmer zu bekämpfen. Sie müssten aufhören, der Propaganda nachzugeben, Verbilligung von Arbeitskraft schaffe mehr Arbeitsplätze (und mehr Konsumkraft). Doch vom DGB ist dazu zu hören, die Gewerkschaften wollten »neue Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht mit Tabus belegen«. Der Kombilohn wird damit als angeblicher neuer Weg ebenso akzeptiert wie auch Überstunden. Die Rücksichtnahme auf Kapitalinteressen wie auf Pläne und Wahlperspektiven der SPD lenkt die im »Bündnis für Arbeit« befangenen Gewerkschaften von ihren Aufgaben ab und schadet ihren Mitgliedern.

Wie jede Tarifrunde ist auch die laufende prinzipiell dazu geeignet, notwendige Schritte in diese Richtung zu tun und wenigstens das umzusetzen, was in der eingangs erwähnten Tarifrunde des ver.di-Fachbereichs 8 knapp und grundsätzlich formuliert ist: »Wir sollten diesmal weniger auf die Konjunkturprognosen schießen – wir sollten uns daran orientieren, was die Arbeitnehmer im Geldbeutel benötigen und – wir sollten uns daran orientieren, was wir uns gemeinsam zutrauen.«

11.2.2002 ■

Betriebsrat betreibt Kündigung wegen Nichtteilnahme an einer Gedenkfeier aus Anlass des 11. September

Gleich nach den Anschlägen auf die USA am 11. September 2001 wurde in einem bislang ungeahnten Ausmaß über Regierung und Presse eine Welle in Gang gesetzt, die der Bevölkerung vorschreiben sollte, welche Haltung sie einzunehmen und was sie zu denken hätte. In Einzelfällen haben sich Menschen nicht darauf eingelassen und ihre eigene Meinung vertreten. Die Folge waren arbeitsrechtliche Verfahren. Nur wenige davon sind auch in der Öffentlichkeit bekannt geworden.

So zum Beispiel ein zum Islam übergetretener Exportfachbearbeiter der Siegener Schilderfabrik Utsch, der angeblich im Kollegenkreis geäußert haben soll – »Das haben die Amis verdient«. Der Firmenchef kündigte ihm mit dem Hinweis auf seine amerikanischen Kunden fristlos: »Das kann in unserem Unternehmen nicht geduldet werden«. Der zuständige Richter erklärte diese wegen der »freien Meinungsäußerung« nach § 5 Grundgesetz für unwirksam.

Das Arbeitsverhältnis zwischen einem Flugbetriebsleiter und der Firma Hapag Lloyd Executive wurde nach einer Kündigung vor Gericht im gegenseitigem Einvernehmen aufgelöst, nachdem dieser bei den Fernsehbildern spontan geäußert haben soll: »Daran habe ich auch schon einmal gedacht – man muss sich nur vorher informieren, in welchem Stockwerk die Leute sitzen.«

Die fristlose Kündigung des türkischen Kollegen Metin Serefoglu – auch noch auf Betreiben des Betriebsrates – bei dem Lüdenscheider Elektronikunternehmen Kostal wirft gleichzeitig auch deutliche Fragen nach innergewerkschaftlicher Solidarität auf.

Die Firma Kostal – weltweit mit rund 8800 Beschäftigten – hat enge Kundenkontakte zu den USA und auch einen amerikanischen Vertreter in der Geschäftsleitung. Deshalb wurden auch im Betrieb am 13.9.2001 fünf Gedenkminuten für die Opfer der Anschläge angeordnet. Metin Serefoglu wurde von Arbeitskollegen – darunter auch eine Betriebsrätin – am Arbeitsplatz in eine Diskussion um die Teilnahme daran verwickelt. Er vertrat die Meinung – zum Teil auch noch übersetzt durch einen anderen türkischen Kollegen –, dass er nicht daran teilnehmen möchte, da zu anderen Anlässen in der Welt, wo Menschen umgekommen sind, auch keine Gedenkminuten veranstaltet wurden. So zum Beispiel auch nicht bei dem Erdbeben in seiner Heimat in der Türkei, als seinerzeit an die 30.000 Menschen starben oder während des Jugoslawien-Krieges.

Metin Serefoglu – Familienvater von fünf Kindern und seit 14 Jahren im Betrieb – wurde danach von seinem Vorgesetzten aus dem Betrieb verwiesen und erhielt noch am gleichen Tag per Boten die fristlose Kündigung!

Die Solidaritätsarbeit entwickelte sich nur zaghaft

Schon früh lief die Solidaritätsarbeit durch Mitglieder des Arbeitskreises gegen Rassismus und Rechtsextremismus im ver.di-Bezirk NRW-Süd an. Sie kontaktierten zunächst den Betriebsrat und die IGM-Ortsverwaltung, um Fragen zu klären. Nachdem sie dort nicht nur auf taube Ohren, sondern gar auf massive Ablehnung unter dem Motto: »Schert euch

um euren eigenen Kram!« stießen, skandalisierten sie den Vorgang sowohl gewerkschaftsintern als auch öffentlich und riefen zur Solidarität mit dem Kollegen Serefoglu auf. Im LabourNet wurden Interessierte auf dem Laufenden gehalten und auch wir versuchten, einen Beitrag zur bundesweiten Verbreitung des Konfliktes und zur Solidarität zu leisten. Durch diese Arbeit einiger weniger wurde der Konflikt bundesweit – auch in der Presse bekannt –, ohne dass nun eine Welle der Solidarität losbrach. Zum einen liegt das an der allgemeinen Situation der fortschrittlichen Kräfte in den Gewerkschaften, die zunehmend frustriert sind, und der Haltung der Gewerkschaftsspitzen, jeglichen Konflikt unter den Tisch zu kehren. Zum anderen haben sich – zumindest in den ersten Wochen nach den Anschlägen in den USA – viele vor dem anrollenden offiziellen Meinungsdruck erst einmal gebückt und verdrückt.

Dennoch sind einige tausend Mark für Metin und seine Familie auf dem hierfür eingerichteten Solikonto zusammen gekommen.

Die Rolle des Betriebsrates und der örtlichen IG Metall

Metin Serefoglu wurde in der Vergangenheit schon einmal eine lächerliche Abfindung für die Auflösung des Arbeitsverhältnisses wegen seiner gesundheitlichen Probleme angeboten. Aber dieses viel zu niedrige und daher lächerliche Angebot lehnte er damals selbstverständlich ab, zumal seine Gesundheitsprobleme durch die Arbeit im Betrieb erst entstanden sind. So drängt sich im Zusammenhang mit seiner fristlosen Kündigung die Frage auf, ob hier nicht nur nach einem Aufhänger gesucht wurde, um ihn loszuwerden.

Nachdem sich der Betriebsrat bei der Güteverhandlung noch bedeckt hielt, wurde im Februar in der Hauptverhandlung deutlich, wer der eigentliche Betreiber der Kündigung war: Nämlich der Betriebsrat selbst! Auf die Frage des Rechtsanwalts von Metin an den Unternehmensvertreter dort, warum der Betriebsrat nicht angehört worden sei, erklärte dieser das nicht für notwendig, da der Betriebsrat selbst das Kündigungsverfahren eingeleitet habe. Das geschah dann auch – ohne vorherige Anhörung von Metin – auf einer am Rande einer Geburtstagsfeier eines Betriebsratsmitgliedes notdürftig und spontan einberufenen »Betriebsratssitzung«, bezeichnenderweise wurde gerade der einzige türkische BR-Kollege nicht einmal eingeladen.

So schrieb der ver.di-AK in einem Brief an den Betriebsrat: »Warum wollt oder könnt ihr euch nicht eingestehen, dass ihr in einer Situation, in der bei vielen KollegInnen die Nerven blank lagen, eventuell das Werkzeug eines Arbeitgebers geworden seid, der den Kollegen sowieso schon länger los werden wollte und jetzt einen probaten Vorwand witterte?!« Worauf der Kostal-Betriebsrat antwortete: »Es glaubt doch kein Mensch, dass ein IG-Metall-Betriebsrat einer fristlosen Kündigung zustimmt, nur weil ein Mitarbeiter nicht an Schweigeminuten für die Opfer des Terroranschlags in den USA teilgenommen hat. Wir, die Betriebsräte und Metaller von Kostal, verbitten uns die Unterstellung des Rassismusses (...). Das ist eine dreiste, unverschämte Verleumdung! Wir

werden sie zum Anlass nehmen, uns bei der Bezirksleitung (...) zu beschweren. – Nicht nur Rassismus hat viele Gesichter...«.

Metin Serefoglu – langjähriges Mitglied der IG Metall – hat sich zu seiner eigenen Absicherung sofort einen privaten Anwalt aus Hagen genommen. Er hat aber auch einen Antrag auf Rechtsschutzunterstützung bei der IGM-Verwaltungsstelle Lüdenscheid gestellt, die ohne Begründung – sowie auch die gemeinsame Prozessvertretung – abgelehnt wurde. Dies war der Tatsache geschuldet, dass der Betriebsratsvorsitzende gleichzeitig auch 2. Bevollmächtigter der IGM-Verwaltungsstelle Lüdenscheid ist. So war es auch nicht verwunderlich, dass sich der 1. Bevollmächtigte von diesem durch den ver.di-AK veröffentlichten Zusammenhang distanzierte: »Gegen die (...) unterschwellige Stimmungsmache gegen die IG Metall und die Firma Kostal in dem beigelegten Aufruf verwahre ich mich auf das Entschiedenste.«

Als sich die örtliche Friedensinitiative aus Lüdenscheid zu Wort meldete und den 1. Bevollmächtigten zu einer Veranstaltung einlud, lehnte dieser seine Teilnahme mit der Begründung ab: »Es geht nicht um Rassismus oder Radikalismus und auch nicht um Krieg und Frieden. Die Friedensgruppe spielt sich in einem juristischen Verfahren als Überprüfungsinstanz auf. Die nehmen sich ein bisschen viel vor, wenn sie meinen, sie müssten da etwas klären ... Geklärt wird der Fall vom Arbeitsgericht, nicht von der Friedensgruppe.« (Westfälische Rundschau, 29.11.01)

Hieran wird deutlich, welche politische Meinung diese IG-Metallvertreter einnehmen und wie sie versuchen ihre sozialpartnerschaftliche und unternehmerfreundliche Haltung zu vertuschen.

Die Auswirkung des Falls Metin Serefoglu auf die bundesweiten Gewerkschaftsspitzen

Wegen der weiterhin konsequenten Haltung in der öffentlichen Solidaritätsarbeit des Arbeitskreises gegen Rassismus und Rechtsextremismus ver.di-NRW-Süd beschwerte sich der 1. Bevollmächtigte der IGM-Lüdenscheid beim Vorsitzenden von ver.di-Gesamt-NRW. Doch dieser – ständig informiert über die Arbeit – stellte sich hinter den AK. Auch der zuständige Vertreter für Ausländerfragen beim IGM-Vorstand in Frankfurt wurde inzwischen informiert und zu einer Stellungnahme aufgefordert.

Als dann der Arbeitskreis auch noch ankündigte, eine Flugblattaktion vor dem Betrieb von Kostal zur Einbeziehung der Belegschaft in den Konflikt durchzuführen, hatte der Konflikt die Bundesebene erreicht. So beschäftigten sich die zuständigen Gewerkschaftsvertreter (leider hinter verschlossenen Türen) in der Sitzung des Bundeskoordinierungsausschusses des DGB Mitte Januar damit.

Selbst in der Redaktion der IG-Metall-Zeitung gab es eine Kampfabstimmung und nur die Stimme der leitenden Redakteurin war ausschlaggebend dafür, **nicht** über Metin Serefoglu und seine Behandlung durch den Kostal-Betriebsrat und IG Metall-Gremien zu berichten.

Arbeitsgericht will außergerichtlichen Vergleich – Unternehmervertreter vertritt offen Naziterminologie

Über 60 Protest-Faxe sind aufgrund der Aktion des Arbeitskreises bei der Firma Kostal, dem BR, der IGM-Verwaltungsstelle Lüdenscheid und der IGM-Zentrale in Frankfurt am Main eingegangen.

Die noch vor dem Gerichtstermin vom AK durchgeführte Flugblattaktion hat noch einmal zu einer innerbetrieblichen Debatte geführt, ohne dass dadurch aber eine innerbetriebliche Solidarität entstanden wäre.

Das liegt sicherlich auch in den besonders verwobenen politischen Strukturen in Lüdenscheid selbst. Einerseits legen sich hier Betriebsräte und IG Metall nicht besonders mit den Unternehmern an (da unterscheiden sie sich auch nicht groß von anderen Regionen), andererseits herrscht hier ein besonders reaktionäres und geschichtlich kaum aufgearbeitetes Klima vor. Das Lüdenscheider Kapital mit seinen mittelständischen Firmen hat in der Nazizeit besonders von den Aktivitäten der Nationalsozialisten profitiert. Über Teilbereiche der Rüstungsproduktion, Orden, Uniformen usw. waren die Auftragsbücher damals voll und die Produktion weitgehend ausgelastet. Zusätzlich gab es besondere Hilfe durch zugeteilte Zwangsarbeiter. Schon bei diesen Recherchen gab es viele Widerstände. Dem Lüdenscheider CDU-Bürgermeister war dabei die Rücksicht auf die Familien (Nachkommen) der betroffenen Unternehmer wichtiger als das Schicksal der Hunderte von ZwangsarbeiterInnen.

Während des Prozesses erdreistete sich gar der Vertreter des Unternehmensverbandes Metall zu der Aussage, dass Metin Serefoglu gegen den Frieden der Betriebsgemeinschaft (eindeutige Naziterminologie) verstoßen habe.

Der völlig überforderte Richter schlug dann als außergerichtlichen Vergleich eine ordentliche Kündigung und eine Abfindung von 30.000 Euro vor. Die letztendliche Entscheidung dazu ist derzeit noch nicht gefallen.

Nur dem Einsatz weniger und im besonderen dem ver.di-AK ist es letztendlich zu verdanken, dass dieser Konflikt bundesweit zumindest in der gewerkschaftlichen Diskussion zur Kenntnis genommen werden konnte. Die hier an den Tag gelegte Haltung der jeweiligen Verantwortlichen – besonders in der IG Metall – wird nicht dazu führen, dass sich die Attraktivität der Gewerkschaften in den Köpfen der Menschen verbessert hat.

März 2002 ■

Abschied von Christian Wiesner-Stippel

Am 24. Januar 2002 versammelten sich auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin-Mitte etwa 200 KollegInnen, BetriebsrätInnen und aktive GenossInnen, um Christian Wiesner-Stippel auf seinem letzten Weg zu begleiten.

Die Trauerfeier auf dem Friedhof war geprägt von dem Bedürfnis, persönlich von Christian Abschied zu nehmen. Sein Tod kam nicht nur plötzlich und überraschend, sondern die Tatsache, dass er sich selbst das Leben genommen hatte, musste von den Erschienenen zunächst verarbeitet werden. Georg Fülberth hielt am Grab eine Abschiedsrede.

Der Einladung zur anschließenden Veranstaltung im Haus der Buchdrucker, dem späteren Sitz der örtlichen IG Druck, dann der IG Medien, folgten etwa 180 FreundInnen und KollegInnen.

»Damit einer wie er nicht mehr so fortgehen muss«

Christian Wiesner-Stippel hat uns verlassen. Er hat nicht Abschied von uns genommen. Nun müssen wir Abschied nehmen von ihm.

Christian Wiesner kam 1960 hierher, nach Berlin. Hier wurde er zum Arbeiter, zum Intellektuellen und zum Sozialisten. Er hat Werkzeugmacher und Schriftsetzer gelernt.

Werkzeugmacher, Schriftsetzer: die großen, stolzen Handwerke nicht nur des alten Kapitalismus, sondern auch der alten Arbeiterbewegung.

In seinen jungen Jahren und auch später noch hat Christian viel mit sich experimentiert. Er hat die Fachhochschulreife erworben, vier Jahre lang für die Carl-Duisberg-Gesellschaft mit afrikanischen Studierenden gearbeitet, eine Theatergruppe geleitet, eine Blues-Zeitschrift redigiert und korrigiert. Diese Vielfalt seiner Begabungen und Erfahrungen hat er in seine gewerkschaftliche und sozialistische Praxis eingebracht. Er war ein Arbeiterintellektueller. Aktualität und die Tradition der Arbeiterbewegung: das war seine Welt.

Christian Wiesner hat hier in Berlin seine Wahrheit gefunden. Sie hatte einen Namen: Arbeiterpolitik. So heißt die Gruppe, in der er seine politische Identität hatte.

Diese Wahrheit des Christian Wiesner war damals, in den siebziger Jahren, zugleich Wirklichkeit und Alltag. Sie hatte einen konkreten Ort: Betrieb und Gewerkschaft. Christian Wiesner ist lange Jahre Betriebsrat gewesen, bei Mercator, dann beim »Tagesspiegel«. Und hier muss zum zweiten Mal sein Wort gebraucht werden: Stolz. Christian war stolz und glücklich, ein Betriebsrat zu sein. Hier arbeitete er daran, dass im Alltag seiner Kolleginnen und Kollegen etwas von seiner Wahrheit Wirklichkeit wurde.

Politik, Beruf und privates Leben waren damals eine Einheit. Hannelore Stippel und Christian Wiesner haben sich Anfang der achtziger Jahre in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit kennengelernt. Wer beide zu Hause besuchte, spürte: da gab es auch im Privaten einen Stolz und eine Kultur der Arbeit. Mann und Frau gingen morgens los: Hannelore ins Druckhaus Norden, Christian zum Mercator, am Abend tauschte man sich aus. Da war der Sohn Max, und

Christian hat sich nicht wie viele andere ins Privatleben zurückgezogen oder sich nur auf seine berufliche Existenz konzentriert, sondern er hat versucht, die verstärkt nach 1989 eingetretenen Veränderungen radikal, ohne Rücksicht auf seine materielle und persönliche Situation, zu thematisieren. Damit hielt er vielen den Spiegel vor und wurde so zu einem manchmal auch anstrengenden Zeitgenossen. Im Gegensatz zu denen, die von ihm verlangten, sich den neuen »Realitäten« anzupassen, ließ er sich niemals von dem Gerede über das Ende der Klassengesellschaft beirren.

Wir veröffentlichten im folgenden gekürzt¹⁾ drei der vier Reden, die auf dem Friedhof und bei der Veranstaltung im Gewerkschaftshaus gehalten wurden. ■



man konnte sich vorstellen, wie auch er in diese Welt seiner Eltern hineinwachsen werde.

Aber Christian Wiesner-Stippel ist früh tödlich getroffen worden. Das geschah in dem Moment, als er feststellen musste, dass die Wirklichkeit und der Alltag sich immer mehr und immer schneller von seiner Wahrheit entfernten.

Auch diese Wirklichkeit hat einen Namen, aber einen hässlichen: Neoliberalismus, das Wolfsgesetz. Der Schlag traf Christian Wiesner zuerst dort, wo er lange Zeit unangefochten gewesen ist: im Betrieb. Er wusste nicht mehr, ob die Kolleginnen und Kollegen, die ihn ja nach wie vor wählten, noch dasselbe wollten wie er. Hier begann seine Verunsicherung, dann auch seine Isolation.

Als er den Betrieb verließ, hoffte er, dass seine Wahrheit noch in seiner Gewerkschaft Platz haben werde. Er wollte nicht hinnehmen, dass auch seine Gewerkschaft – und zwar deshalb, weil sie Gewerkschaft ist – ihre eigene Wahrheit in einer veränderten Wirklichkeit suchen musste. Hiergegen hat Christian gekämpft und ist immer bitterer geworden.

Der Alltag dieser Gesellschaft, in dem die da unten sich wehren müssen, hat sich zuletzt so gegen Christian gestellt, dass er in ihm nicht mehr leben konnte. Er ging im Zorn.

Christian Wiesner hat uns in den letzten Jahren häufig Botschaften geschickt. Und jetzt kommen wir ins Spiel, die wir hier stehen. Wir erhielten Mails, Texte, Bilder, Reproduktionen. Christian wollte wissen, ob wir noch da sind, und er war unglücklich, wenn keine Antwort kam.

Ja, wir waren noch da, Christian. Deine Wahrheit war auch unsere Wahrheit. Aber wir haben es Dir nicht mehr genügend zeigen können. Vor allem wohl deshalb nicht: Weil wir alle zur Zeit nicht wissen, wie diese Wahrheit – die Wahrheit der Solidarität, der Arbeiterpolitik, des Sozialismus – wieder zu Wirklichkeit und Alltag werden kann. Deshalb war dieser Alltag so feindlich, vor allem für Dich.

Wir nehmen Abschied von Christian, indem wir ihm nachrufen, dass wir bei seiner Sache bleiben. Wir, die wir ihn in diesem Leben nicht festhalten konnten, wollen uns versprechen, dass wir mit unseren armseligen Kräften daran arbeiten wollen, dass seine Wahrheit wieder Wirklichkeit wird.

Damit einer wie er nicht mehr so fortgehen muss.

Georg Fülberth ■

»Viele Kritiken und Ideen hat er uns mit den auf den Weg gegeben«

Es gibt keinen geeigneteren Ort als das alte Verbandshaus der Deutschen Buchdrucker, um von Christian Abschied zu nehmen. Unser Gewerkschaftshaus war über drei Jahrzehnte neben dem Betrieb das Zentrum seiner politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit.

Kennengelernt habe ich Christian 1971. Er arbeitete damals in der Setzerei der Firma Fürst & Sohn als graphischer Fachhilfsarbeiter und gehörte zu einer Reihe jüngerer Kolleginnen und Kollegen, die durch die Studentenrevolte politisiert wurden. Gemeinsam begannen wir uns in die betrieblichen und gewerkschaftlichen Belange einzumischen. Zu diesem Zweck gaben wir eine Zeitung, den »Umbruch«, heraus – zunächst als Betriebszeitung für das Druckhaus Tempelhof, recht bald aber schon als Branchenzeitung für die Berliner Druckindustrie.

Die Situation in West-Berlin war zu jener Zeit geprägt vom Kalten Krieg. Nirgendwo anders war das Selbstverständnis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie derart stark bestimmt vom Antikommunismus. Sie begriffen sich in erster Linie als Bollwerk gegen die DDR und das sozialistische Lager. Das offizielle Verbandsorgan der IG Druck und Papier, die »Graphischen Nachrichten«, war ein bieder aufgemachtes Anzeigenblatt für Versammlungstermine und Freizeitaktivitäten der Gewerkschaft. Der »Umbruch« dagegen berichtete über betriebliche Konflikte, kritisierte allzu kompromissbereite Betriebsräte und beleuchtete auch kritisch die Haltung des Landesbezirksvorstandes. Damit füllte er eine Lücke und gewann recht schnell einen erstaunlich großen Leserkreis in der Kollegenschaft der Westberliner Druckindustrie.

Christian gehörte zu den Gründungsmitgliedern des »Umbruch« und war bis zu seinem letzten Erscheinungstermin 1978 immer ein wesentlicher Pfeiler der Zeitungsarbeit gewesen.

Christian war immer ein Kollege, der viel und gründlich gelesen hat, der nach den Ursachen der Entwicklung suchte und sich nicht mit den oberflächlichen, vernebelnden Erklärungen der bürgerlichen Medien zufriedengab. Ihm reichte auch das klassische gewerkschaftliche Handwerkszeug, die Kenntnisse von Tarifverträgen, Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmungsregelungen, nicht aus. Das folgende Zitat zeigt, wie Christian seine gewerkschaftliche

Tätigkeit einordnete und von welchem Grundverständnis er immer wieder die offizielle Politik der Gewerkschaften kritisierte: »Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, das heißt zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.« (Karl Marx: Lohn, Preis und Profit)

Mit einer solchen Betrachtungsweise befand sich Christian zwangsläufig in Opposition zur offiziellen Gewerkschaftspolitik auch in der IG Druck und Papier, die in den 70er Jahren den linken Flügel des DGB repräsentierte. Gemeinsam traten wir gegen die sozialpartnerschaftliche Ausrichtung der Gewerkschaften auf, kritisierten deren Selbstbeschränkung auf die Tarifpolitik, während sie die politische Vertretung der Arbeitnehmerinteressen (wie es im offiziellen Gewerkschaftsjargon hieß) den Parlamentariern der Sozialdemokratie überließ. Dennoch hatte damals die Selbstzufriedenheit führender Gewerkschaftsfunktionäre eine reale Grundlage. Gelang es doch, zum Teil begleitet von Streiks und Aussperrungen, Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Facharbeiter in der Druckindustrie waren damals gefragt, die Effektivlöhne lagen vielerorts 20 bis 25 Prozent über dem ausgehandelten Tariflohn.

Die 70er Jahre waren, verglichen mit dem heutigen Zustand, eine Blütezeit der Gewerkschaften, des gewerkschaftlichen Lebens, aber auch der innergewerkschaftlichen Opposition. Nicht nur in Berlin, in zahlreichen Städten der BRD hatten sich in der IG Druck und Papier gewerkschaftsoppositionelle Gruppen herausgebildet. Sie verfügten zeitweise über Einfluss in den gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern und unter Betriebsräten – vor allem in Zeitungsbetrieben. Die regelmäßig stattfindenden bundesweiten Druckertreffen waren nicht nur der Ort gewerkschaftspolitischer Diskussionen, auf ihnen koordinierten wir auch unser Eingreifen, zum Beispiel bei den zentralen Tarifverhandlungen für die Druckindustrie. Christian – inzwischen bei Mercator, der Druckerei von »Tagesspiegel« und »Abend« – hatte auch daran entscheidenden Anteil. Die Belegschaft von Mercator galt als rote Hochburg in der Berliner Druckindustrie. Auf unseren bundesweiten Versammlungen arbeitete Christian zusammen mit Kollegen wie Fritz Lamm, langjähriger Betriebsratsvorsitzender der »Stuttgarter Nachrichten«, oder Kurt Müller, Betriebsrat beim »Weserkurier« und »Bremer Nachrichten«, um nur zwei stellvertretend zu nennen.

Über die Druckertreffen kamen wir aber auch in Kontakt zu Genossen aus Hamburg, die der Gruppe Arbeiterpolitik angehörten. Ihr hatte sich Christian bis zuletzt verbunden gefühlt; in der Berliner Ortsgruppe hat er bis vor zwei Jahren aktiv mitgearbeitet.

Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und das Ende der DDR war für viele Anlass, endgültig von ihren alten Idealen Abschied zu nehmen. Christian sah den tiefgreifenden Wandel und den schweren Rückschlag, den dies für die sozialistische Bewegung bedeutete. Seine Ziele hat er deshalb nicht aufgegeben, für ihn war das nicht das Ende der



Anlass für den folgenden Leserbrief Christians an die »Grafischen Nachrichten« war ein Artikel in der »Berliner Zeitung« vom 25. September 2001 mit der Überschrift »Spitzengehälter für ver.di-Funktionäre«

Eine kurze Reflexion

Dargestellte Fakten und Begründungen in dem Artikel haben den sich weiter vertieften Riss in den Birnen der Funktionäre (weiblich und männlich) deutlich gemacht. Keiner der Gegner sowie Kritiker von Idee und Realisation dieser Großorganisation ver.di ist verblüfft über den aktuell publizierten Stand des Innenlebens. Bisher intern gehandelte Skandale wie die täglich zu zahlende Miete für den Hauptsitz am Potsdamer Platz in Höhe von rund 46.700 DM waren keine Zeile in der Öffentlichkeit wert, geschweige ein sicht- und hörbares Aufbegehren in den Gewerkschaftsgremien. Jetzt allerdings geht's um mehr ... scheinbar. Nicht die angestrebte Höhe der Gehälter (der Vorsitzende Bsirske monatlich von 15.000 auf 30.000 DM) aus der Kasse der Beitragszahler, sondern die Begründungen legen den moralischen Verfall sowie die inzwischen erreichte Ferne zur sozialen Lage der beitragszahlenden Mitglieder offen ...

Susanne Stumpfenhusen, ver.di-Landesbezirksvorsitzende [von Berlin – die Red.]: *»Die Idee ist, dass die Kollegen, die mit Arbeitgebern auf Augenhöhe verhandeln, in etwa das Gleiche verdienen wie ihre Verhandlungspartner.«* Damit sind doch nicht etwa die täglich in den Betrieben agierenden Betriebsräte und Personalräte gemeint? Nein, Zyne für die Zyne (W. Neuss). Das betriebene Ritual von Tarifrunden, Sozialpakten, Bündnissen usw. soll den hauptamtlichen Funktionären versüßt werden. In der »Berliner Zeitung« wird auf deutlich besser verdienende Bankmanager verwiesen: Die größte Dienstleistungsgewerkschaft der Welt brauche Profis im Range von TOP-Managern. – Mit oder ohne Greencard? März 2002 ■

Geschichte. Er sah es vielmehr als seine Aufgabe an, vor den Gefahren eines nun entfesselten Kapitalismus ohne Systemkonkurrenz zu warnen. Er sah die Folgen für die sozialen und politischen Verhältnisse in den neuen aber auch in den alten Bundesländern voraus. Was Christian immer kritisiert hatte, die sozialpartnerschaftliche Ausrichtung und die Selbstbeschränkung der Gewerkschaften auf das tarifpolitische Gebiet, musste angesichts der veränderten Bedingungen katastrophale Folgen haben. Ein wichtiges Anliegen von Christian, den Interessen von Arbeitslosen auch innerhalb der Gewerkschaften Raum und Gehör zu verschaffen, wurde nach 1990 noch dringlicher.

Untrennbar verbunden mit Christians politischem und gewerkschaftlichem Engagement ist sein gestalterisches Können und sein Spaß an der Satire. Viele von euch kennen seinen »Mann vor Ort« oder seine Karikaturen und Montagen, mit denen er die aktuellen Ereignisse bissig kommentierte. Für ihn war es selbstverständlich, seine Produkte der gemeinsamen politischen und gewerkschaftlichen Sache zur Verfügung zu stellen. Sein Talent nutzte er aber auch, um anlässlich von Geburtstagen oder Jubiläen Kollegen und Freunde zu überraschen und so seine Zuneigung und Verbundenheit auszudrücken.

Christian war klar, dass er sich nach der Gründung der »MedienGalerie« hier unten im Buchdrucker-Verbandshaus aktiv an deren Arbeit beteiligte – als Mitglied des Galerierates und durch die Unterstützung zahlreicher Ausstellungen, deren Einladungen er oft gestaltete. Zum 50jährigen Bestehen des »Tagesspiegel« kam von ihm der Vorschlag, zu diesem Thema eine Ausstellung zu organisieren. Ohne seine

Ideen aber auch ohne seine Sammelwut hätte diese Ausstellung nie realisiert werden können. In über 20 Jahren Betriebszugehörigkeit hatte er ein umfangreiches Archiv über den »Tagesspiegel« angelegt, und in seinem Tagebuch Konflikte und Arbeitskämpfe, Glossen und persönlich Erlebtes festgehalten.

Das Ergebnis war eine Ausstellung, die den »Tagesspiegel« und seinen Herausgeber Franz Karl Meier nicht nur als Arbeitgeber und Unternehmer zeigte, sondern die politische Funktion der Zeitung im Nachkriegsdeutschland kritisch beleuchtete, zum Beispiel:

- ◆ Ihre Funktion als Frontstadtzeitung zu Beginn des Kalten Krieges. Schon kurz nach dem Krieg scheute sich der Antifaschist Franz Karl Meier nicht, für den Nationalsozialismus tätige gewordene Journalisten einzustellen, um das Blatt auf die nötige antikommunistische Linie zu trimmen.

- ◆ Ihre vorbehaltlose publizistische Unterstützung der USA im Vietnamkrieg.

Ich lernte aber auch eine andere Seite von Christians Persönlichkeit kennen. Während andere bereits dabei waren, die Bilder zu rahmen und aufzuhängen, weil der Eröffnungs-

termin unweigerlich näherrückte, präsentierte uns Christian immer noch neue Vorschläge und Ideen für die Ausstellung. Mit der praktischen Umsetzung all der Gedanken und Ideen, die ihm durch den Kopf gingen, hatte er Schwierigkeiten. Hier war er auf Unterstützung und Hilfe durch Kolleginnen und Kollegen angewiesen, nicht nur in seiner politischen und gewerkschaftlichen Arbeit, sondern auch in beruflichen und persönlichen Dingen. Angesichts von Verhältnissen, die die soziale und berufliche Existenz des einzelnen immer stärker bedrohen, war es für Christian besonders tragisch, dass zahlreiche gewerkschaftliche Zusammenhänge und politische Initiativen, in denen wir uns gegenseitig stützen konnten, in den letzten Jahren zusammengebrochen sind. Christian fühlte sich immer stärker in die Rolle des Einzelkämpfers gedrängt. Ihm fiel es schwerer als anderen, sich auch persönlich zu öffnen und sich die nötige Hilfe und Unterstützung zu holen.

Bis zuletzt hat sich Christian gemeinsam mit der kleiner gewordenen Opposition in der IG Medien gegen die Gründung von ver.di zur Wehr gesetzt. Für ihn waren nicht nur die undemokratischen Methoden unannehmbar, mit der die neue Großorganisation von oben herab geschaffen wurde, er sah in ihr auch die Preisgabe der letzten gewerkschaftlichen Grundsätze aus der alten IG Druck und Papier bzw. der IG Medien. Die tatsächliche Entwicklung in ver.di hat seine Befürchtungen noch in den Schatten gestellt.

»Mein Arbeitsplatz – Kampflatz für den Frieden« – die Losung, die Christians Bildschirm zierte, war nicht nur im übertragenen, sondern wurde auch im praktischen Sinne Realität. Mit Beginn des militärischen Angriffs auf Jugoslawien, steckte Christian einen großen Teil seiner Kraft und Energie in die Antikriegsbewegung. Auch der tägliche Ablauf in unserem Büro war davon geprägt. Zeitweise fungierte es als postalische und telefonische Anlaufstelle der Berliner Initiative »GewerkschafterInnen gegen den Krieg«. Zahlreiche Veranstaltungen und Diskussionen, die hier, in diesen Gewerkschaftsräumen stattfanden, haben wir gemeinsam geplant und vorbereitet. Von unserem Büro aus koordinierten wir auch die Zusammenarbeit mit der Gruppe »Dialog von unten«. Mitglieder aus verschiedenen Gewerkschaften hatten noch während des Krieges ihre jugoslawischen Kollegen besucht, um ein Zeichen der Solidarität zu setzen und um gegen die Unterstützung des Krieges u.a. durch den DGB-Vorsitzenden Schulte zu protestieren.

Vier Tage vor seinem Tod habe ich Christian das vorletzte Mal während einer Antikriegsdemonstration auf dem Alexanderplatz getroffen.

In den drei Jahrzehnten, die ich mit ihm politisch und gewerkschaftlich zusammenarbeiten konnte, war er immer ein Kollege und Freund gewesen, der für seine Überzeugungen eingetreten ist und danach gehandelt hat – anders als viele, mit denen wir 1968 auf die Straße gegangen waren und die in den 70er Jahren den Marsch durch die Institutionen antraten. Sie haben weder die Institutionen noch die Gesellschaft ändern können. Im Gegenteil, schrittweise haben sie sich den Sachzwängen gebeugt, den herrschenden Verhältnissen angepasst und sich selbst verändert. Sie gehören heute zu jenen, die mit pseudolinken Phrasen und humanitären Floskeln das Geschäft der Herrschenden besorgen, sei es beim Abbau sozialer Leistungen oder beim Kriegseinsatz der Bundeswehr.

Christian hat es nie grundsätzlich abgelehnt, in Institutionen zu arbeiten, sei es als gewerkschaftlicher Beisitzer beim Arbeitsgericht oder als Landesbezirksvorstandsmitglied der IG Medien. Er ist allerdings nie der Illusion aufgesessen, darüber die Gesellschaft ändern zu können. Seine Aufgabe sah er vielmehr darin, vor allem in den gewerkschaftlichen Gremien, deren Verselbstständigung gegenüber der Basis und deren Unterordnung unter die Interessen von Kapital und Regierung zu kritisieren. Wenn wir zukünftig einen Beitrag leisten wollen zur Überwindung von Passivität und Orientierungslosigkeit bei den abhängig Beschäftigten, so brauchen wir Kolleginnen und Kollegen mit einer Haltung, wie sie Christian in drei Jahrzehnten politischer und gewerkschaftlicher Arbeit praktiziert hat. Viele Kritiken, Gedanken, Vorschläge und Ideen hat er uns mit auf den Weg gegeben.

Andi ■

»Wir waren nah und doch so fern«

Angesichts des Todes, liebe Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, überfällt einen ein Gefühl der Ohnmacht. Das um so mehr in diesen Tagen und Wochen, da es um den Abschied von Christian geht. Und das ganz besonders in Zeiten, wie es die jetzigen sind.

Christian ist ein Weggefährte in mehr als dreißig Jahren gewesen, ein politischer Kollege, scharfsichtig, mit nie gebrochenem aufrechtem Gang, ein Gewerkschafter sein ganzes Berufsleben lang, begabt mit Phantasie, Humor und Ideenreichtum, die er zielgerichtet immer bereit war, in den Dienst der gemeinsamen Sache zu stellen. Christian war ein Freund unter Freunden.

Wie viele von uns, die wir hier versammelt sind, lernten wir uns um das Jahr 70 herum kennen. Es waren die Ausläufer der Studentenrevolte, als wir, die wir in den Jahren vorher politisiert worden waren, diskutierten, wie weiter gearbeitet werden sollte, wo die Kräfte zu finden waren, um gemeinsam die Aufhebung der Verhältnisse zu betreiben, in denen der Mensch gezwungen ist, entfremdet von sich und den Seinen zu leben.

Morgen ist Revolution. So dachten und fühlten viele von uns damals. Nicht von allein und auch nicht vom Himmel gefallen, aber als eine tief begründete Hoffnung, die sich auf eine damals weltweite Bewegung stützen konnte.

Christian ist einer von denen gewesen, die die Verpflichtung, dem Kapitalismus Widerstand entgegenzusetzen, nie aufgehört haben, ernst zu nehmen. Er hat all sein Wissen und

Können, seine Kraft, seine Phantasie, seinen Scharfsinn, seinen Humor, seine Feinfühligkeit und Zärtlichkeit für diese unsere gemeinsame Sache eingesetzt. Zum Schluss hat er zu wenig für sich selber übrig gehabt. Und uns ist es nicht gelungen, dafür einen Ausgleich, einen Ausweg zu schaffen. Wir waren nah und offensichtlich doch so fern. Begriffen hatten wir das nicht.

Unser »Mann vor Ort« – wie einer von Christians Schöpfungen hieß – ist nicht mehr da. Wir müssen mit seiner Ent-

scheidung zu gehen, leben, und mit dem Verlust, den sie bedeutet. Aber in den Gedanken und in unserem Handeln wird er uns begleiten und uns wie bisher sehr kritisch mahnen, unserer Geschichte und den gemeinsamen Zielen treu zu bleiben. Und so wie es vor uns andere gegeben hat, wird es auch nach uns andere geben, die die brennende Fackel weitertragen.

Constanze ■

1) Die vollständigen Reden können bei der Redaktion angefordert werden.

■ STAHLWERKE BREMEN

Kein Verzicht auf die tarifliche Jahresabschlusszahlung

In vielen Betrieben ist der Verzicht auf tarifliche Standards durchgesetzt worden. Im Wissen um die Möglichkeiten der Unternehmer, durch Verkauf, Fusion oder Ausgliederung ganze Bereiche aus tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen herauszulösen und in der Angst um ihren Arbeitsplatz ließen sich Belegschaften häufig ohne Widerstand die Demontage von tariflichen Vereinbarungen gefallen.

Auch die Hütte Bremen hat in den letzten zehn Jahren zahlreiche Bereiche aus der Hütte ausgegliedert und selbstständige Betriebe auf ihrem Gelände aufgebaut, in denen nicht mehr die Stahltarifverträge gelten (Hafen, EDV, Versand, Bregal, Tailor Steel). Es hat dabei in verschiedenen Bereichen Widerstand und Aktionen gegen diese Firmenpolitik gegeben.

Nun testete die Firmenleitung der Stahlwerke, ob durch die Verunsicherung über die Zukunft des Werkes wegen der bevorstehenden Fusion mit Aceralia und Usinor zum neuen Arcelor-Konzern die Bereitschaft der Belegschaft zum Verzicht auf die Jahresabschlusszahlung (JAZ) hergestellt werden könnte. Eine Morgengabe der Bremer Werksleitung an den neuen Konzernvorstand. In der Jahresabschlusszahlung sind Weihnachts-, Urlaubsgeld und ein Bonus zusammengefasst. Da es sich hier um eine tarifliche Leistung handelt, war dies eine direkte Forderung nach einem Bruch des Tarifvertrages – ein Affront gegen die gewerkschaftlich organisierten Teile der Belegschaft.

Kurz vor Zahlung der Jahresabschlusszahlung für 2001 verlangte der Bremer Vorstand vom Betriebsrat den Verzicht auf die Jahresabschlusszahlung für 2002 – es ging um über 30 Mio. DM. Die JAZ sollte nach der Bewertung für die Fusion zur Finanzierung der Kohlestaubeinblasung erhalten. Diese zusätzliche Investition sollte Kosten reduzieren und so die Konkurrenzfähigkeit sichern. Durch die schwierige Auftragslage und niedrigen Preise müssten Kredite aufgenommen werden, und die Banken verlangten einen Beitrag der Belegschaft, sonst würden sie nicht einspringen. Es ging also nicht um eine konkrete Notlage des Betriebes, sondern um die Ausnutzung der Sorge um die Zukunft der Arbeitsplätze. Die Belegschaft sollte demonstrieren, dass sie zur Bremer Hütte und damit zu Arcelor stehe.

War die Belegschaft im Frühjahr noch beruhigt worden, der Zusammenschluss mache die maritimen Standorte sicher, hieß es plötzlich im Sommer, Bremen sei nicht maritim – die Unterweser kein Standort am Meer! Klar war, dass eine solche Großfusion mit sieben nicht voll ausgelasteten Warmwalzwerken Möglichkeiten zur Vernichtung von Stahl-

kapazitäten beinhaltet. Im Herbst tauchten Gerüchte auf, dass nicht alle Produktionsbereiche in Bremen gesichert seien. In dieser Situation startete der Vorstand den Angriff auf die Jahresabschlusszahlung.

Der Betriebsrat ließ den Vorstand wissen, er sei bereit, darüber zu verhandeln, wie das Personalbudget um 15 bis 20 Mio. Euro gesenkt werden könne.

Schnell wurde eine Versammlung der IGM-Vertrauensleute, an der auch alle interessierten Kollegen teilnehmen sollten, einberufen. Sie war erstaunlich gut besucht. Auch unorganisierte Kollegen waren dabei. »Die wollen uns die JAZ klauen«, dieses Wort hatte zur Mobilisierung genügt. Das brachte die Kollegen hoch. Die 500 versammelten Kollegen lehnten einen solchen Verzicht klar ab. In den Wortbeiträgen der Kollegen kam zum Ausdruck: Wenn die Hütte wieder in Gefahr sei, sollte man das offen sagen. Dann könnte der Verzicht auf die über 30 Mio. DM für die Jahresabschlusszahlung die Hütte auch nicht retten. Wenn die Auftragslage schlecht sei, könne man zum Sparen ja Kurzarbeit machen und die ganze Palette von in Tarifverträgen vorgesehenen Maßnahmen anwenden, zum Beispiel den Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrag. Während der von der Versammlung überraschte Betriebsratsvorsitzende von Verhandlungen sprach und den JAZ-Klau nicht klar zurückwies, konnte der anwesende Bevollmächtigte der IGM nicht anders als sich gegen den Unternehmerangriff zu stellen.

Bei dem Teil des Betriebsrats, der auf Co-Management setzt, fielen die Unternehmerargumente für eine Verzichtshaltung auf fruchtbaren Boden: Die Geschäftslage sei schlecht, Verluste würden gemacht; Investitionen müssten vorfinanziert werden, dazu müsse sich das Land Bremen als Anteilseigner und auch die Belegschaft verhalten; die Kohleverstaubungsanlage sei nötig für die Sicherung der Stahlwerke, dafür müssten Opfer gebracht werden. Mehrheitliche Meinung im Betriebsrat wurde jedoch: Es gibt nichts zu verhandeln, weil dies Sache der Tarifvertragspartner ist. So trat der Betriebsrat dann auch in der folgenden Betriebsversammlung auf.

Der Vorstand verfolgte sein Ziel weiter mit einem bisher nicht da gewesenen Vorgehen: In 259 Versammlungen im Betrieb erläuterten die Vorgesetzten ihren Untergebenen mit Hilfe von Schaubildern die prekäre Lage der Hütte: Die Belegschaft müsse zum Erhalt des Werkes Opfer bringen. 2002 wolle man auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten. Man hätte viel Geld in die Anlagen investiert (in den letzten 5 Jahren dürften das über 1,5 Milliarden DM sein),

doch die Kosten – besonders die Personalkosten – seien zu hoch, und es würden Verluste gemacht; Kurzarbeit ginge in Bremen nicht (während zum Beispiel Thyssen-Krupp Kurzarbeit machte). Die Teilnehmer der Versammlungen sollten per Unterschrift ihren Verzicht erklären. Während dieser Veranstaltungen brachte der Betriebsrat ein Info heraus, in dem es hieß: »Aus gutem Grund sind Tarifverträge Kollektivverträge, auf die man individuell auch nicht durch noch so viele Unterschriften verzichten kann.«

Die Resonanz unter den Kollegen war zwar nicht einheitlich. Aber eine klare Mehrheit lehnte einen Verzicht ab. Es wurden viele Fragen gestellt und so die Argumentation der Unternehmerseite zerpfückt. Viele Kollegen wiesen auf Einsparungsmöglichkeiten bei Material, Qualität und Energie hin, wo der Vorstand das Geld zum Fenster hinaus werfe. Offen blieb vor allem, was ein Verzicht ein Jahr im Voraus der Hütte jetzt bringen würde, auch über den eventuellen Rückzahlungsmodus konnten sie nichts Konkretes erfahren. Offen blieb völlig, wie der angeführte Liquiditätsengpass überhaupt überwunden werden solle. Auch in den Betriebsversammlungen Ende Dezember 2001 setzte sich die Stimmung durch, auf nichts zu verzichten: Die Jahresabschlusszahlung ist Tarifvertrag und unantastbar – basta. In der Belegschaft herrschte die Stimmung, dass sie seit Jahrzehnten hören, wie schlecht es der Hütte geht, nie würden Gewinne gemacht. Sie glaubten dem Vorstand nicht – dieser wolle nur Angst

machen, damit sie kuschen. Diese Stimmung machte es unmöglich, dass sich die verhandlungsbereiten Teile im Betriebsrat durchsetzen konnten.

Der Stahlwerke-Vorstand gab sein Vorhaben auf. Es sind auch wieder Gelder für Investitionen da und die Kohleeinstaubungsanlage wird nicht gebaut. Der Konzern genehmigt den Bau nicht.

Den JAZ-Klau hat die Belegschaft verhindert. Doch die Zukunft der Kollegen der Stahlwerke Bremen und der anderen Produktionsstätten von Arcelor ist ungewiss. In allen Werken wurden in den vergangenen Jahren durch den Konkurrenzkampf der Firmen die Kapazitäten erweitert. Nach dem Zusammenschluss zu Arcelor sieht Konzernchef Guy Dollé bei Rohstahl drei bis vier Mio. Tonnen Überkapazitäten im Konzern. Hier will der neue Konzernvorstand Kapazitäten abbauen, gegebenenfalls durch Schließung eines Werkes, es sei denn, der Marktanteil wird auf Kosten anderer ausgebaut. Die Gewinne steigen durch die bessere Auslastung der verbliebenen Produktionsstätten. Bei der Heißeite, bei Warmband, den Investitionen und den Umweltauflagen wird es ein Benchmarking (Kostenstrukturvergleich) geben. Zur Kostensenkung und Gewinnmaximierung sollen die Produktionsstätten des Konzerns gegeneinander konkurrieren, frei nach dem Motto: »Jeder ist seines Glückes Schmied«. Innerhalb der nächsten 18 Monate soll die Entscheidung über die Zukunft der Produktionsstätten fallen

April 2002 ■

■ HAMBURG: DEMO VON SOZIALPOLITISCHER OPPOSITION UND VER.DI

Nein zum verschärften Sozialabbau

Die Sozialpolitische Opposition Hamburg und ver.di hatten mit einer Flugblattaktion zu einer Demo ab der Moorweide gegen Sozialkürzungen am 16. April 2002 aufgerufen. Zur gleichen Zeit diskutierte die Hamburger Bürgerschaft u.a. den geplanten Sozialabbau des neuen Senats aus CDU, Schill-Partei und FDP.

Dem Aufruf folgten – trotz Regenwetters – über fünftausend Demonstranten. Dabei wurde die S-Bahn-Strecke zum Bahnhof Dammtor für längere Zeit von Demonstranten blockiert.

Die Zusammensetzung und das Protestverhalten der Teilnehmer unterschied sich wesentlich vom landläufigen Bild. »Ich mache das hier nicht zum Vergnügen«, äußerte sich eine Rollstuhlfahrerin (Hamburger Abendblatt, 17.4.2002). MitarbeiterInnen von sozialen Projekten für Frauen, Drogenabhängige, Straßenkinder usw., Frauen aus Betrieben des öffentlichen Dienstes (Kindergärten, Krankenhäuser, Wäschereien, Küchen, Schulen), Arbeitslose und ABM-Beschäftigte, Bauwagen-Bewohner, Studenten und Schüler bestimmten Kurs und Aussehen der Demo. Entsprechend bunt waren Farben und Aussagen von Plakaten und Spruchbändern. Es gab nur wenige vom Band gefertigte Nullachtfünfzehn-Parolen, sondern überwiegend die eigenen Interessen und Nöte darstellenden Aufrufe. Die Kolleginnen und



Kollegen mit den vom Ersten Mai üblichen GEW-, BAU-, IG-Metall- und ver.di-Fahnen und -Sprüchen waren in der Minderheit. Auch die roten Fahnen und Demonstranten von linken deutschen und ausländischen Parteien dominierten nicht in Farbe, Anzahl und Lautstärke den Protestzug.

Stattdessen begann mit Dosen, Töpfen und Deckeln, Trillerpfeifen, mit Tuten und Blasen der Demonstrationszug und bewegte sich durch die Innenstadt Hamburgs. Der innerstädtische Verkehr wurde stark behindert. An den Straßenkreuzungen regelten abgestellte Peterwagen und Verkehrspolizei den Feierabendverkehr. Innensenator Schill, der angeblich in Sachsen-Anhalt Wahlstimmen fischte, hatte kasernierte

Polizei und Grenzschutz aus der Sichtweite der Demonstranten genommen, und selbst die Zugangsstraßen zum Rathaus (– wo die Bürgerschaft den Sozialabbau diskutierte –) waren nur mit Stahlgittern und wenigen behelmt und beknüppelten Polizisten besetzt. Senator Schill hatte politisch vorsichtig nicht provoziert und Öl ins Feuer gießen wollen und auf mit Schlagstock auf Schutzschilder trommelnde Polizisten verzichtet. So verlief der Protest friedlich und ohne Zwischenfälle, genau wie der ver.di-Vorsitzende Rose sich das gewünscht hatte, »...mit allen demokratischen Mitteln – natürlich gewaltfrei...«

Die Geschäfts- und Einkaufsstraßen waren wie leer gefegt, der Einkaufsbummel in der City am Dienstagabend fiel aus Gründen der Demo und/oder leerer Portemonnaies aus, nur hier und da schauten Neugierige erstaunt und erschreckt aus den Fenstern der Büroetagen. Der starke Feierabendverkehr auf der Ost-West-Straße wurde vorsorglich umgeleitet. Regen und Kälte hatten die Demonstranten nicht vom Protestzug abgehalten, aber die Dauer und der lange Marsch durch Hamburg zur Abschlusskundgebung auf dem Großeumarkt hatten bewirkt, dass sich ein Teil der Demonstranten nicht in die Büsche, aber doch in die öffentlichen Verkehrsmittel in Richtung Heimat geschlagen hatte.

Die Abschlusskundgebung stand unter dem Motto des ver.di-Chefs Rose: Der neue Senat führe einen »Frontalangriff auf den Sozialstaat« (alle folgenden Zitate aus der Abschlussrede des Kollegen R.). Er nannte die Probleme beim Namen, das heißt, er kehrte die innenpolitischen Tagesfragen der Regierungen in Hamburg und Berlin nicht unter den Teppich. Seine Ausführungen – die er mit »*liebe Kolleginnen und Kollegen*« begann – sollten den Kundgebungsteilnehmern klar machen, dass ihre Besitzstände jetzt massiv angegriffen würden und verteidigt werden müssten. Der Abbau begann schon unter Rot-Grün in Hamburg und verstärkte sich jetzt unter dem neuen Senat erheblich. Der soziale Kahlschlag bei den Ärmsten, zum Beispiel die geplante Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe durch den »*neuen Politikkommissar bei der Bundesanstalt für Arbeit namens Gerster*«, oder die Beschäftigungsgesellschaft HAB kürzte letzte Woche für 2000 befristet beschäftigte Sozialhilfeempfänger die Löhne um monatlich 500 Euro (das alte Modell ›Tariflohn statt Sozialhilfe‹ wurde von der Sozialsenatorin über Bord geworfen), oder die Vertreibung der Obdachlosen und Rauschgiftsüchtigen aus der City, um »*das Elend unsichtbar zu machen*«, oder die Kürzungen im Behindertenbereich, bei Mittagstischen für Senioren etc. Das alles steht nicht nur auf dem Programm der neuen Senatsregierung, sondern die Umsetzung wird jetzt begonnen. Der gesamte soziale Standard wird verstärkt heruntergefahren.

Vorsorglich wird der Gefängnisneubau in Billwerder von 400 auf 800 Haftplätze erweitert (der geplante Stellenausbau um 2000 Polizisten und die Einstellung von 400 Lehrkräften wurden aus Geldmangel zunächst reduziert bzw. vertagt), ansonsten werden Polizei und Justiz verstärkt. Gerichte, Staatsanwaltschaft und Strafvollzug erhalten zusätzlich 6,3 Mio. Euro mehr als vom alten Senat geplant. Die leeren Kassen der Hansestadt sollen laut Plan aus dem Verkauf öffentlichen Vermögens um über 275 Mio. Euro entlastet werden. Private Beteiligungen sollen für öffentliche Bildungs- und Beschäftigungsträger gesucht werden. »...ein weiteres Beispiel für den neoliberalen Kurswechsel des Senats sind die

Privatisierungsplanungen beim LBK« (Landesbetrieb Krankenhäuser), erklärte Rose und verkündete kämpferisch: »*Darum werden wir mit all unserer Kraft dafür kämpfen, dass sie im Mehrheitseigentum der Stadt bleiben.*« Was der Kollege Rose darunter versteht, umschrieb er mit dem Begriff »*Mehrheitseigentum*«. Damit signalisierte er im Vorwege dem neuen Senat sein Einverständnis mit einer Teilprivatisierung. Der Hamburger Krankenhausbesitzstand, das hatten schon die Vorgespräche mit dem rot-grünen Senat gezeigt, wird aus seiner Sicht nicht zu halten sein. Die Ausgaben für Lohn- und Zusatzrenten der Beschäftigten dürfen nicht weiter ungebremst wachsen. Das ist das Selbstverständnis vom Kampf eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionärs gegen die Privatisierung.

Roses Angriffe auf die SPD-grüne Bundesregierung quittierten die Kolleginnen und Kollegen mit Beifall und sichtbarem Erstaunen. Durch rigorose Steuererleichterungen für die Unternehmer und eine fehlende Vermögenssteuer sind die Einnahmen von Bund, Länder und Gemeinden so stark gesunken, dass auch die Sozialhaushalte rücksichtslos heruntergefahren wurden. Dagegen sind die Milliardäre in Hamburg reicher und reicher geworden. Die angesprochenen Kritikpunkte wurden vom Publikum aufmerksam registriert und zustimmend aufgenommen. Diese Demonstration gegen Sozialkürzungen war zum Warmlaufen: »*Angesichts dieser Bedrohung werden wir uns weiter zusammenschließen und den Kampf um menschenwürdige Lebensbedingungen auf breitere Füße stellen*«, soweit Rose.

Der Kollege Dirk Hauer, der anschließend für die Sozialpolitische Opposition sprach, hatte bei diesem massiven Rund-um-Schlag des ver.di-Kollegen Rose kaum eine Chance, den Themenkatalog zu erweitern oder seinen Standpunkt von dem seines Vorredners deutlich abzusetzen.

Nur wer den Kollegen Rose seit langem in seiner politischen und gewerkschaftlichen Arbeit beobachtet hat, weiß, dass der Beginn des Sozialabbaus im öffentlichen Dienst in Hamburg Jahre zurückliegt und damit auch seine Handschrift und die der ÖTV trägt. Er erwähnt zum Beispiel in seinem Vortrag, dass »...*die alten Regierungen* (gemeint ist der alte rot-grüne Senat) *bereits 21 Prozent des Personals abgebaut hatten*«, bei jetzt noch etwa 70.000 Beschäftigten. Hand in Hand mit etlichen Personalräten wurden nach und nach Personalstellen eingespart und viele soziale Standards abgebaut – allerdings, das muss kritisch angemerkt werden, ohne sichtbaren Widerstand der Beschäftigten. Die Arbeit zwischen den Vertretern der ÖTV, Personalräten und öffentlichen Arbeitgebern lief wie geschmiert. Manchmal reichten wenige Telefongespräche, um den gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Karren zu fetten und wieder flott zu machen. Hinzu kam, zum Beispiel beim Reinigungspersonal in den Kindertagesstätten, die Drohung, die Arbeitsleistungen müssten erhöht werden, weil sonst der Bereich privatisiert werden müsste. Über Jahre wurden dann die Arbeitsnormen peu à peu erhöht und mittlerweile laufen – trotz Normerfüllung – die Arbeitsverträge der Reinigungskolleginnen mit dem Erreichen des Rentenalters aus. Junge und neue Arbeitskräfte (Reinigungspersonal) werden von einer neu gegründeten Tochterfirma des Bereiches der Kindertagesstätten eingestellt. Sie erhalten einen um ein Drittel niedrigeren Lohn, kein Weihnachtsgeld, dafür eine einmalige Prämie im Jahr, von der die in diesem Zeitraum anfallenden Krankheitstage abgezogen werden. Dieses Beispiel lässt sich

auch auf Gruppen und Bereiche wie Krankenhäuser, Schulen, Strom- und Hafenbau etc. anwenden und erweitern.

Wenn es richtig ist, wie eine Demonstrantin äußerte: »Der Protest hat schon eine andere Qualität als sonst« (Hamburger Abendblatt, 17.4.2002), dann wird erforderlich, dass wir nicht nur Personalräte, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre bitten, für uns dies oder jenes zu tun, sondern Forderungen unter Kontrolle und Prüfung der KollegInnen stellen. Das ist leicht gesagt und geschrieben, aber eine Möglichkeit, Denken und Handeln zurückzugewinnen und gegen Sozialabbau und Repression Kräfte zu entwickeln und sich nicht widerstandslos von der neuen Senatsregierung vorführen zu lassen.

Denn Bürgermeister von Beust sagt nicht zum Spaß, dass bislang nur der vorgegebene rot-grüne Haushalt umgesetzt wurde, dass aber bei einem jährlichen Defizit von 250 Mio. Euro das Sparen jetzt erst richtig losgehe – und wie abgesprochen die bestätigende Antwort eines Demonstranten: »Das ist doch erst der Anfang. Die Stadt wird noch ganz anderes erleben« (Hamburger Abendblatt, 17.4.2002) – wenn wir uns nicht zur Wehr setzen, möchten wir diese Äußerung ergänzen.

Bisher beschränkte sich der Protest – auch auf dieser Demonstration – im wesentlichen auf den Kreis der direkt Betroffenen, das heißt die voll- und teilzeitbeschäftigten Mit-

arbeiterInnen aus den einzelnen Einrichtungen und Initiativen. Dass es gelungen ist, mehr oder weniger alle jetzt von Kürzungen und Abbau Betroffenen in einer Demo zusammen zu bringen, ist ein Erfolg und für die vielfach an ihren Arbeitsplätzen über die Stadtteile verstreuten Leute auch eine neue Qualität.

Aber hier liegt bisher auch das Manko der entstehenden Widerstandsbewegung. Solange sich der Protest auf die direkt Betroffenen beschränkt, wird sich »Schwarz-Schill« nicht fürchten müssen – mit diesem Protest wird gerechnet, und er wird ignoriert. Wenn es gelänge, den jetzt entstandenen Protest zu verbinden mit möglichem Widerstand an anderer Stelle, zum Beispiel, wenn die Krankenhäuser privatisiert werden sollen, dann könnte ein breiteres Bündnis mit mehr Kraft entstehen. Aber mit dem benannten Erfordernis ist noch nicht das Wie der Durchführung beantwortet. Die Antwort richtet sich also an uns alle, die ernsthaft nach einem Ausweg aus den sich verschärfenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnissen suchen und verhindern wollen, dass sich die »andere Qualität« wieder abwendet und die Alternative nach Rechts wählt. Diese verallgemeinernde Aussage gibt keine Antwort auf konkretes Handeln, aber beschreibt die Richtung, in die gedacht und gearbeitet werden muss, wenn die Anfänge nicht wieder verpuffen sollen. 28.4.2002 ■

■ FRANKFURT/HANAU

Trotz Tarifrunde: 1. Mai wieder im Schatten der Nazis

Wie im letzten Jahr versuchten die Nazis auch zum 1. Mai 2002 die ihnen verhasste Finanzmetropole Frankfurt zu einem ihrer Aufmarschzentren zu machen. Noch deutlicher als beim letzten Mal sind sie aber an einer breiten Koalition gescheitert und waren nicht einmal in der Lage, eine Kundgebung abzuhalten. Auf beiden Seiten – Nazis und aktive AntifaschistInnen – waren die aufgebotenen Kräfte schwächer als im letzten Jahr, doch diesmal waren die Ordnungskräfte – Polizei, Stadt, kommunale Verkehrsbetriebe – entschlossen, die Kontrolle in ihrer Hand zu behalten und sich keine Blöße zu geben. Insofern schienen sie aus den Auseinandersetzungen vor einem Jahr taktisch gelernt zu haben. Hinzu kommt wohl, dass man sich in der internationalen Bankenmetropole, als welche die Stadt sich gern versteht, keine außenpolitische Blöße geben will in einer Zeit, in der sich der europäische Antisemitismus als Trittbrettfahrer des Krieges Israels in den Palästinensergebieten bemerkbar macht (zum Beispiel Brandanschläge auf Synagogen). Den Ausschlag aber dürfte erneut das entschlossene Auftreten der AntifaschistInnen gegeben haben, dem sich im Vorfeld des 1. Mai Teile des etablierten politischen Spektrums aus Gewerkschaften, Parteien und Jugendgruppen anschlossen, um die Polizei zu einer Deeskalationsstrategie zu veranlassen und das »anständige Frankfurt« zu repräsentieren.

Kläglicher Aufmarsch frühzeitig gestoppt

Grundsätzlich ähnelte die Situation der des vergangenen Jahres: Die gewerkschaftliche Mai-Kundgebung fand auf dem Römerberg mit circa 8000 TeilnehmerInnen statt, davon getrennt die Blockade des angemeldeten Nazi-Kundgebungsortes im Stadtteil Fechenheim mit – nach unterschiedlichen

Angaben – zirka 2000 bis 5000 AntifaschistInnen, weitgehend aus dem linksradikalen Spektrum. Für das Verhältnis beider Teile galt wie im letzten Jahr: »...Autonome und andere linke Gruppen in Frankfurt (sind) kaum im gewerkschaftlichen Spektrum verankert. Auch die Kontakte zu den zahlenmäßig geringen Kräften der lokalen Gewerkschaftslinken sowie ins Spektrum von PDS und linker Sozialdemokratie sind schlecht. ... Unter diesen Vorzeichen waren die Gegendemonstrationen nicht nur räumlich und politisch getrennt. Sie machten auch ganz unterschiedliche Erfahrungen.« (Arpo 2/01)

Einige Auflockerungen zwischen dem DGB und den in der Anti-Nazi-Koordination zusammengeschlossenen linken Kräften sind aber inzwischen zu vermerken. So hatte die IG-Metall-Jugend den ursprünglich von den Nazis als Kundgebungsort ins Auge gefassten Hauptbahnhofsvorplatz rechtzeitig für sich selbst angemeldet. Die IG Metall unterhielt eine ständige Handy-Verbindung zwischen dem Römerberg und dem Stadtteil Fechenheim. Der Frankfurter DGB-Vorsitzende Harald Fiedler benutzte in seiner Rede die mittlerweile eingängige Parole: »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.« Diese ersetzt selbstverständlich keine Faschismus-Analyse und darauf fundierte politische Position, ist aber aufgrund ihres häufigen Gebrauchs inzwischen mobilisierungsfähig bis ins linksbürgerliche Lager. Als Redner traten der Resistance-Kämpfer Peter Gingold mit einem kämpferischen antifaschistischen Beitrag, danach der IG-BAU-Vorsitzende Wiesehügel und das Attac-Mitglied Peter Wahl mit Anmerkungen zur »Globalisierung« auf.

Waren die Nazis im letzten Jahr mit zirka 1000 Demonstranten in Frankfurt eingefallen, so kamen diesmal nur etwa

350. Dies mag daran gelegen haben, dass sie 2001 aufgrund des harten Widerstandes der AntifaschistInnen nur eine Kundgebung an der Bertramswiese abhalten konnten, auf eine Demonstration in Richtung Innenstadt aber verzichten mussten. Diesmal traf es sie noch härter. Während sie im letzten Jahr mit Bussen an Frankfurter Stadtrand eintrafen und dann mit einem Sonderzug der U-Bahn kostenlos weiter transportiert wurden, weigerte sich diesmal die Verkehrsgesellschaft, diese Unterstützung zu leisten. Der weitaus größte Teil der Nazis von auswärts musste deshalb mit Bussen (Nummernschilder aus Hannover und dem Hochsauerlandkreis) in das 20 km entfernte Hanau fahren und dort in einen Sonderzug der Deutschen Bahn Richtung Frankfurt einsteigen. In Hanau wurde ein riesiges Polizeiaufgebot aus Hessen, Nordrhein-Westfalen und vom Bundesgrenzschutz zusammengezogen, um den Abmarsch der Nazis und ihre spätere Rückkehr zu sichern. Das »kooperative« Verhalten der Bahn, die in die Frankfurter Strategie offensichtlich nicht einbezogen war, wird hoffentlich zu Diskussionen in der Eisenbahnergewerkschaft Transnet führen.

In Frankfurt-Fechenheim wurde die breite, zentrale Hanauer Landstraße von der Polizei komplett abgeriegelt. Dies bedeutete, dass die Staatsmacht ihre Nazis unter Kontrolle hatte und vor allem die AntifaschistInnen auf Distanz hielt. Immerhin wurden deren Fahrzeuge geduldet, mit denen der Demonstrationzug der Nazis frühzeitig blockiert worden war. Unter den Augen von 15 Stadtverordneten der Römer-Parteien begann die Polizei um zirka 9.30 Uhr mit der als Verzögerungstaktik geplanten Leibesvisitation der über Hanau angereisten 300 Nazis. Denen lief die Zeit davon, so dass Obernazi Christian Worch zwischendurch mit den schon überprüften hundert Kameraden losmarschieren wollte. Dies wurde ihm untersagt, und nun gingen einigen seiner Kumpane die Nerven durch. Sie schlugen auf Polizisten ein, so dass die Polizeiführung die Kundgebung nunmehr als »unfriedlich« einstuft und die Kontrollen einstellt. Worch erklärte daher um zirka 11.10 Uhr die Veranstaltung für beendet und drohte für die nächsten Samstage neue Demonstrationen an, solange bis die Behörden das »Demonstrationsrecht« garantierten.

Für die Frankfurter AntifaschistInnen stellte sich dieser Tag als Erfolg, als massive Niederlage der »Freien Kameradschaften« um Christian Worch und Steffen Hupka dar. Eigentlich hatten die Nazis nach ihrer Pleite in Leipzig im April einen Prestige-Erfolg gebraucht. Dies scheiterte jedoch schon an ihrer Anzahl, denn im Unterschied zum letzten Jahr – tausend Teilnehmer – waren diesmal nur 350 erschienen, offenbar noch gebeutelt vom vorjährigen Scheitern an den massiven Protesten und Blockaden auf der Bertramswiese. Dies hatte sich wiederholt, so dass eben auch die Polizei nicht umhin konnte, sich der Nazis zu entledigen, damit die bürgerliche Presse am nächsten Tag erleichtert schreiben konnte: »Die Polizei hat am 1. Mai die geplante Demonstration der Neonazis nicht zugelassen.« (FR, 2. 5. 2002).

Erleichterung gab es auch auf der DGB-Kundgebung am Römerberg, als Harald Fiedler verkündete: »Die Neonazis haben in Fechenheim aufgegeben und sind abgezogen«, und so ähnlich ringsum auf den kleinen und größeren Gewerkschaftsveranstaltungen im Rhein-Main-Gebiet, soweit es sich überhaupt herumsprach. Die Polizei hat es geregelt, die Gewerkschaftsmitglieder haben Abscheu gegen Faschismus, vielleicht sogar Sympathie mit aktiven AntifaschistInnen

bekundet, aber das war es dann auch. Sie haben es nicht als ihre eigene Aufgabe betrachtet, sondern beobachtet, und sind dann zum gedeckten Tisch zurückgekehrt. Besonders deutlich wurde es anschließend in Hanau.

Nachspiel in Hanau

In Hanau begann der 1. Mai vor dem Gewerkschaftshaus mit einer im Vergleich zu früher kläglichen Beteiligung. Wegen der Tarifrunde hätte man eine Steigerung erwarten können, und im Falle der IG Metall, deren Mitglieder mit Kappen und Pfeifen erschienen, war es vielleicht auch so. Ansonsten war es wohl das miese Wetter, das viele abhielt, die sich im letzten Jahr noch die Reden angehört hatten. Nach Kundgebung und Demonstration versammelte man sich, um zirka 12.00 Uhr auf der Wiese vor dem Olof-Palme-Haus zum Feiern, und dort hätte alles wie gewohnt ablaufen können, wäre da nicht die Rückkehr der Nazis aus Frankfurt gewesen.

Deren Durchreise am Morgen war noch unbemerkt und somit unbehindert geblieben. Erst deren Rückkehr von der gescheiterten Kundgebung wurde von einem Mitglied der Hanauer Autonomen Antifa (die komplett nach Frankfurt gefahren war und erst allmählich zurückkam) auf der Festwiese bekannt gegeben. Ein Mobilisierungsversuch zum Bahnhofsvorplatz, um den Nazis einen gebührenden »Empfang« zu bereiten, scheiterte weitgehend: Die Anlage war noch nicht bereit, und ein statt dessen benutztes Megafon konnte nicht die ganze Wiese beschallen, zumal im Zelt die Musik schon begonnen hatte. Aber auch unter günstigeren Umständen wäre wohl nicht viel mehr zu erreichen gewesen. Türkische Jugendliche, in der DIDF (Dachverband türkischer Arbeitervereine) organisiert, gingen sofort los, später folgten noch Metaller und einige IG-BCE-Mitglieder, schließlich autonome AntifaschistInnen. Insgesamt waren es nie mehr als 30 Nazi-GegnerInnen, während die Faschos eben in Stärke von 300 aus dem Zug kamen.

Ein Polizeisprecher empfahl dem kleinen Häuflein, sich zurückzuziehen – zur eigenen Sicherheit, denn die Nazis seien »hoch motiviert«. »Wir auch«, hieß es dagegen, und so mussten die BGS'ler Spalier bilden. Die Nazis, die etwa um 13.00 Uhr aus dem Hauptbahnhof herauskamen, machten einen unerwartet kleinlauten Eindruck. Alle Altersgruppen zwischen 20 und 40 waren vertreten, und das Outfit war keineswegs einheitlich. Vermutlich gehörte ein beträchtlicher Teil nicht gerade zum harten Kern, sondern war vielleicht zum ersten Mal auf einer solchen Demonstration. Ältere Typen mit Glatze, Bomberjacke und Stiefeln waren es zumeist, die Parolen anstimmten: »Hier marschier ...« Sie konnten mühelos mit: »Nazis raus!« übertönt werden. Die Übermacht des Bundesgrenzschutz hatte jederzeit alles in der Hand, hessische und nordrhein-westfälische Landespolizei hielt sich im Hintergrund.

Zweimal eskalierte die Situation: Der BGS hatte die Nazis auf dem Pkw-Parkplatz eingekesselt, etwa sechs, sieben Meter von den AntifaschistInnen entfernt. Urpötzlich wurde die grüne Garde abgezogen, so dass die Nazis die wenigen Linken angreifen konnten. Türkische Jugendliche fassten sofort ihre Fahnenstangen an dem einen Ende und gingen auf die Nazis los, die verdutzt zurückwichen, bis sie sich ihrer Übermacht wieder bewusst wurden. Erst in dem Moment gingen die BGS-Beamten wieder dazwischen. Später kam es zu zwei Festnahmen auf der Seite der Linken. Die eine davon soll wegen »Widerstand gegen die Staatsgewalt«

und »Versuch zur Gefangenenbefreiung« vermutlich zur Anklage führen.

Der nicht vorbereiteten Hanauer Linken ist drastisch vorgeführt worden, dass sie politisch zum Großraum Frankfurt gehört. Eine frühzeitige Einmischung in die Frankfurter Diskussion bei der Vorbereitung des nächsten 1. Mai ist damit angesagt. Bei der autonomen Antifa läuft das schon länger, die gewerkschaftliche Linke muss das auch hinkriegen. Noch wichtiger ist, die Abwehr von Faschisten zur Angelegenheit der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder zu machen.

Nachtrag: Naziaufmarsch vom 4. Mai

Die Nazis machten ihre Drohung, ihr »Demonstrationsrecht« in Frankfurt durchzusetzen, am folgenden Samstag wahr. Sie bekamen allerdings nicht den Haupt-, sondern den etwas abgelegenen Ostbahnhof als Kundgebungsort zugewiesen.

Im folgenden ein kurzer subjektiver Bericht von der Web-Site der Frankfurter Antifa: »Meiner Einschätzung waren mindestens 1000 AntifaschistInnen gegen den Aufmarsch der »Freien Kameraden« vor Ort. Angesichts der kurzen Mobilisierungszeit halte ich das für einen Erfolg. Die Polizei war von Anfang an entschlossen, den Naziaufmarsch am Ostbahnhof durchzusetzen. Trotzdem gelang es, rund um die Demoroute alle Zufahrtsstraßen zu blockieren. Dies führte dazu, dass der Demo-Anmelder Worch und viele seiner Kameraden stundenlang durch Frankfurt kurvten, um eine Durchfahrt zum Kundgebungsplatz zu finden. An einem der Blockadepunkte wurde das Auto Worchs beschädigt. Schließlich wurde Worch zirka 17.00 Uhr von der Polizei gegen 150 AntifaschistInnen an der Ostparkstraße durchgeprügelt. Etwa um 18.00 Uhr setzten sich dann 70 Nazis zu einem sehr kurzen Demozug in Bewegung.« Fffm., 4.5.02 ■

■ HAUSHALTSSANIERUNG IN BERLIN

Die arbeitende und arme Stadtbevölkerung und der städtische Haushalt werden ausgeplündert.

»berlin von unten« heißt eine zum 1. Mai in Berlin von verschiedenen kritischen Gewerkschaftergruppen herausgegebene Zeitung. Der hier abgedruckte Artikel ist ein Beitrag der Berliner Gruppe Arbeiterpolitik.

Die Haushalte von Städten und Gemeinden sind – ebenso wie die Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik der Bundesregierung – längst zu einem Kampfplatz der Umverteilung geworden. Zwei Tatsachen belegen dies in Berlin besonders drastisch:

1. Am 9. April hat das Abgeordnetenhaus das Gesetz zur Risikoabschirmung der Berliner Bankgesellschaft in nichtöffentlicher Sitzung verabschiedet. Die Einlagen und Gewinne von 70.000 Immobilienfond-Besitzern wurden damit durch den Steuerzahler garantiert – angesichts zu erwartender Verluste durch die Krise auf dem Immobilienmarkt ein Milliarden Geschenk für die privaten Anleger. »Für die gesamte Passivbilanz der Bank in Höhe von 96 Milliarden Euro müsste Berlin haften, wobei die Aktiva gegenzurechnen wären. Die rund 20 Milliarden Euro über zwölf Jahre, mit denen die Bankrisiken per Gesetz abgeschirmt werden sollen, seien 'ein gesetzestechnischer, ein rechtlicher Vorgang' ... Wolf (PDS-Fraktionsvors.) schätzte die tatsächlichen Risiken auf zwei bis acht Milliarden Euro über 30 Jahre.« (Tagesspiegel, 22.3.02)

Worauf Kritiker der Bankgesellschaft seit ihrer Gründung hinwiesen, ist nun nicht mehr zu übersehen. Die Berliner Bankgesellschaft ist weder ein Instrument der städtebaulichen Planung und Regulierung, noch eine Quelle zusätzlicher Einnahmen für die Stadt. Über sie hat der Senat die Investitionen und Gewinne privater Investoren abgesichert während die Verluste durch Bürgschaften des Landes sozialisiert wurden.

Ähnlich sieht im übrigen die Konstruktion zum Bau des Großflughafens Schönefeld aus, des ersten Großflughafens auf dem euro-päischen Festland der privat gebaut und betrie-

ben wird. »Die Rechnungshöfe aller drei staatlichen Gewerkschafter (Bund, Berlin, Brandenburg) hätten schwerste Bedenken gegen das Privatisierungsverfahren geäußert. ... Allein der Brandenburger Rechnungshof ermittelte für das Haushaltsrisiko eine Summe von 'mindestens 1,3 Milliarden Euro'.« (Tagesspiegel, 13.3.02)

2. Die Schulden des Landes Berlin bescheren den Banken tägliche Zinseinnahmen von 3 Millionen Euro. In dreieinhalb Monaten sind damit die den Bezirken aufgezwungenen Einsparungen für zwei Jahre (178 Millionen Euro in 2002 und 138 Millionen Euro in 2003) aufgeessen.

Demontage der städtischen und sozialen Infrastruktur

Bereits seit Mitte der 90er Jahre wurde durch den Sparkurs der großen Koalition die städtische und soziale Infrastruktur Berlins scheinbarweise demontiert; allerdings ohne Erfolg für die Konsolidierung des Haushalts. Seither hat jeder neue Finanzsenator nach seinem Amtsantritt bisher unbekannte (sprich vertuschte oder schöngerechnete) Haushaltsrisiken und Milliardenlöcher entdeckt. Trotz des jeweils daraufhin verordneten strikten Sparkurses – der Schuldenberg wuchs beständig weiter, obwohl der Senat u.a.:

- ◆ allein seit 1995 über 35.000 Stellen im öffentlichen Dienst strich,
- ◆ große Teile des Stadt-Eigentums (BEWAG, GASAG, Wohnungsbaugesell., Krankenhäuser, etc.) privatisierte und



◆ entgegen allen Wahlversprechungen in den Bereichen Jugend, Bildung und Soziales den Rotstift regieren ließ.

Eine vollständige Auflistung der Sparmaßnahmen würde Seiten füllen.

Die Arbeitslosenrate in Berlin stieg auf real 20 Prozent. Zehntausende Familien, die auf soziale Leistungen des Staates angewiesen sind, wurden durch die Sparpolitik weiter ins soziale Elend und gesellschaftliche Abseits gedrängt. Für diejenigen, die noch einen Arbeitsplatz haben, sind bei geringer werdenden Einkommen Arbeitsdruck und Arbeits-
hetze gestiegen.

Rot-rote Senatskoalition als brutalstmöglicher Sanierer

Der neue Senat setzt die Sparpolitik seiner Vorgänger fort, allerdings mit noch weitergehenden Kürzungsvorschlägen. Was die große Koalition als Ruine von der öffentlichen und sozialen Infrastruktur noch stehen ließ, würde mit der Umsetzung der Beschlüsse des SPD/PDS-Senats weiter eingerissen. Kein Bereich wird davon ausgenommen. Es sprengt hier den Rahmen, die Kürzungssummen der einzelnen Ressorts aufzulisten, sie lassen sich der Tagespresse entnehmen. Aber zwei Beispiele seien genannt. Sie zeigen, daß die rot-rote Senatskoalition keine soziale Rücksichtnahme kennt:

1. Von den 178 Millionen Euro, die der Senat in diesem Jahr bei den Bezirken einsparen will, entfallen allein 130 Millionen auf Sozialhilfe und Transferleistungen.

2. Die geplante Anhebung der Eintrittspreise bei den öffentlichen Schwimmbädern (36 statt 25 Euro für die Zehnerkarte = 44% Preiserhöhung, Wegfall der Seniorenkarten = 100% Preiserhöhung) trifft vor allem kinderreiche Familien und Rentner, die sich keinen Urlaub leisten können. Sie sind auf bezahlbare städtische Freizeiteinrichtungen angewiesen.

Die zwei Millionen Euro, die 2002 von den Bäderbetrieben durch Schließungen und Preiserhöhungen eingespart werden sollen, finden sich nach nur 16 Stunden Zinszahlung auf den Konten der Gläubiger-Banken wieder.

»Die Stimmung unter den zwölf Bezirksbürgermeistern schwankt zwischen Ratlosigkeit, Resignation und Zorn.« schreibt der Tagesspiegel am 21.3.02. In den Bezirken wird deutlich, wie ernst und katastrophal die Lage imzwischen ist. Obwohl zum überwiegenden Teil Mitglieder der Koalitionsparteien, erwägen die Bezirksbürgermeister eine gemeinsame Klage vor dem Landesverfassungsgericht. »Dort soll überprüft werden, ob die Art und Weise der Zuweisungen an die Bezirke das sogenannte Globalsummensystem aushöhlt, das den Bezirken das Recht gibt, eigenständige Haushalte aufzustellen. Herbert Weber (CDU), Sprecher der CDU-Bürgermeister, und sein Kollege Wolfram Friedersdorfer, der die PDS-Bürgermeister vertritt, sehen durch das 'konsequente Herunterfahren der Zuwendungen' sowieso keine Gestaltungsspielräume für die Bezirke mehr.« (Tagesspiegel, 21.3.02) Die Bezirke können zum Teil ihre Pflichtaufgaben kaum noch erfüllen.

Den getrennten Widerstand zusammenführen

Die Sparbeschlüsse des Senats haben eine Welle der Empörung ausgelöst und zu zahlreichen Aktionen geführt:

◆ Auf mehreren Demonstrationen haben die Beschäftigten des Klinikums Steglitz gegen die Aberkennung als Universitätseinrichtung protestiert.

◆ 8.000 Schüler und Lehrer gingen gegen die Reduzierung der Zuschüssen für Privatschulen auf die Straße.

◆ Mitarbeiter der Bezirksämter protestierten gegen geplante Einsparungen auf ihren Ämtern vor dem roten Rathaus.

◆ Sportverbände und Schwimmvereine machten gegen die Schließung städtischer Bäder mobil.

◆ Im April haben die Erzieher/innen der Kindertagesstätten einen Warnstreik durchgeführt.

◆ Zum 12. Juni ruft die GEW Schüler, Eltern und Lehrer zu einer Großdemonstration auf.

In vielen Bereichen wächst die Bereitschaft, die verordneten Kürzungen nicht mehr nur zähneknirschend hinzunehmen. Bisher aber blieben die Protestaktionen voneinander isoliert. Dementsprechend unterschiedlich, zum Teil gegensätzlich, sind Forderungen, Vorstellungen und Begründungen, mit denen gegen den Senat zu Felde gezogen wird:

◆ Wegen der Bedeutung des eigenen Projektes/Bereichs für die Stadt dürfe hier nicht gespart werden,

◆ die vorgelegten Kürzungen würden sich gar nicht rechnen, sie wären kontraproduktiv,

◆ man arbeite schon effizienter und billiger als andere vergleichbare Träger oder

◆ man habe in der Vergangenheit ja schon genug eingespart, jetzt seien mal andere an der Reihe usw..

Der Senat versucht die Zersplitterung zu nutzen, um die Betroffenen gegeneinander auszuspielen, so die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes gegen die Lehrer, ver.di gegen die GEW. Sollte ver.di nicht zu Zugeständnissen bereit sein, so müsse man eben auf die versprochene Einstellung von 1.000 Lehrern verzichten, droht Finanzsenator Sarrazin. „Teilen in der Klasse“ oder der Kampf der Projekte und Bereiche untereinander, um sich selbst einen möglichst großen Anteil an den zusammengestrichenen Finanzmitteln zu sichern, das wäre dem Senat am liebsten. So kann er am ehesten seine Sparpläne gegen den Willen der Betroffenen durchsetzen.

Solidarität von unten statt

»Solidar«-Pakt mit dem Senat

»Für das Haushaltsjahr 2002 müssen die Senatsverwaltungen Stellen und Personalmittel von 121,3 Millionen Euro streichen. ... Konkrete Pläne müssen bis 15. Mai bei Finanzsenator Thilo Sarrazin eingereicht werden. 2003 will der rot-rote Senat weitere 250 Millionen Euro Personalkosten sparen und ab 2004 noch einmal 250 Millionen. Das entsprechen Gehaltseinbußen von durchschnittlich zehn Prozent, hatte der Finanzsenator mitgeteilt. Diese Summen müssen aber erst noch in den Solidaritätverhandlungen mit den Gewerkschaften im Herbst bestätigt werden.« (Tagesspiegel, 20.3.02)

Die Gewerkschaften, in erster Linie ver.di, tragen in den anstehenden Verhandlungen nicht nur Verantwortung für die eigene Mitgliedschaft. Bedroht sind nicht allein bestehende Tarifverträge sondern das gesamte soziale Gefüge Berlins. Die abhängig Beschäftigten sind darauf genauso angewiesen wie ihre Kinder auf eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung. Es kann in dieser Situation keinen sozialverträglichen Abbau von Arbeitsplätzen geben. Zahlreiche Wohlfahrtsverbände, Sozialstationen und Pflegeeinrichtungen sind schon pleite gegangen oder akut in ihrer Existenz gefährdet. Weitere Kürzungen würden für etliche das endgültige Aus bedeuten. Die Leidtragenden wären neben

arbeitslosen, kranken und alten Menschen die dort Beschäftigten. Vor einer ähnlichen Situation stehen viele Kultureinrichtungen sowie Freizeit- und Jugendheime.

Der 1995 eingeleitete Sparkurs hat das Haushaltsdefizit nicht reduzieren können. 1994 lag die Verschuldung des Landes Berlin noch bei »nur« 15 Milliarden Euro; heute ist der Senat bei 40 Milliarden angelangt. Während der Schuldenberg beständig wuchs, haben private Investoren auf dem Immobilienmarkt und bei der Privatisierung städtischer Betriebe horrenden Gewinne eingefahren. Abgewickelt wurden viele dieser Geschäfte über die landeseigene Berliner Bankgesellschaft, notfalls abgesichert durch Bürgschaften des Senats (Gesetz zur Risikoabschirmung u.a.). Was für die Parteien an Spenden und für Politiker an Einnahmen, z.B. über die Immobilien-Prominentenfonds, abfiel, sind nur Peanuts in diesen Milliardenengeschäften.

Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze – dies ist eine alte gewerkschaftliche Erkenntnis. In Berlin kann man nach den Erfahrungen der letzten Jahre zu Recht sagen: Stellenabbau und Lohnverzicht, Kürzungen bei Sozialausgaben, Bildung und Kultur sanieren keinen Haushalt. Es gibt für die Gewerkschaften keinen Grund, die Vorgabe des Senats – den »Sachzwang« zum Sparen – zu akzeptieren.

»Der Staat darf sich nicht aus seiner sozialen Verantwortung verabschieden.« Soll diese auf etlichen Gewerkschaftstagen, Kongressen und Pressekonferenzen erhobene Forderung keine leere Floskel bleiben, so muß sie in Berlin zu praktischen Konsequenzen führen. Es reicht nicht mehr aus, dem Senat in den anstehenden Verhandlungen das eine oder andere Zugeständnis abzuhandeln – nach dem Motto: »3.000 Arbeitsplätze gesichert, statt 15.000 sind nur 12.000 Stellen gestrichen«.

Die Gewerkschaften sollten mit eigenen Vorstellungen und Forderungen der Koalition entgegnetreten. Und sie sollten – unter Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände, der freien Träger, der Studenten und Schüler usw. – gemeinsam handeln und verhandeln.

Wir setzen uns ein für:

1. Die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zwischen Senat und Gläubigerbanken mit dem Ziel, die Zinszahlungen mindestens zu halbieren. (Einsparungen im ersten Jahr: eine halbe Milliarde Euro)

2. Die Rücknahme des Gesetzes zur Risikoabsicherung und aller Bürgschaften des Landes für private und gewerbliche Immobiliengeschäfte. Ein Risiko von mindestens 20 Milliarden Euro entfällt für zukünftige Haushalte.

3. Eine Initiative des rot-roten Senats im Bundesrat zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Die Einnahmen sollen den Städten und Kommunen zur Finanzierung ihrer sozialen Aufgaben zufließen. Der DGB in anderen Bundesländern wird aufgefordert, die Initiative durch öffentliche Auftritte und gewerkschaftliche Aktionen zu unterstützen.

4. Die Offenlegung von Einkommen und Nebeneinkünften der Senatoren und Abgeordneten. Empfänger/innen von Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfe müssen nicht nur die eigene, sondern auch die finanzielle Situation von Eltern oder Kindern belegen, während Politiker, die unsere Steuer-

■ DIE PRÄAMBEL ZUM KOALITIONSVERTRAG:

Historischer Prozess wird geleugnet

Die Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin, also in einem zur Hälfte westdeutschen Bundesland, ist ein Novum. Ein Novum ist aber auch der Inhalt der Präambel, die dem Koalitionsvertrag von SPD und PDS vorangestellt ist. Die PDS muss sich für den Mauerbau, die Vereinigung von KPD und SPD 1946 und die Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 entschuldigen. Die Distanzierung der PDS von der Geschichte der DDR ist quasi die Eintrittskarte für die Regierungsbeteiligung. Auch wenn dies einer Reihe von SPD-Mitgliedern nicht ausreichte. Über 100 sind inzwischen – öffentlichkeitswirksam von der Berliner Presse unterstützt – aus der SPD ausgetreten.

In der Präambel ist der Mauerbau nicht das Resultat der Blockkonfrontation, sondern ein weltweites »Symbol für Totalitarismus und Menschenverachtung«. ... »Die Mauer durch Berlin, das unmenschliche Grenzregime mitten in Deutschland haben Familien und Freunde auseinandergerissen. Wenn auch der Kalte Krieg von beiden Seiten geführt wurde, die Verantwortung für dieses Leid lag ausschließlich bei den Machthabern in Ost-Berlin und Moskau.« ... »Die Distanzierung der PDS von den Unrechtstaten der SED und dem Mauerbau waren wichtige Schritte zur Aufarbeitung der unheilvollen Geschichte der SED. Es waren wichtige Schritte im Prozess der notwendigen Erneuerung der PDS.«

Die BRD, die USA – der gesamte westliche Block – werden von den Ursachen und Folgen der Systemauseinandersetzung freigesprochen. Anstatt sich in der Präambel mit den Problemen Berlins zu befassen wird Geschichte entsorgt - vor allem auch die der SPD. Falls sich Entschuldigungen und Distanzierungen in Koalitionsverträgen einbürgern sollten, machen wir vorsorglich folgenden Vorschlag:

»Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914 und die Burgfriedenspolitik während des Ersten Weltkrieges haben Familien und Freunde auseinandergerissen und unendliches Leid über Millionen von Menschen gebracht ... Auch wenn das Versagen vor dem Faschismus beide Arbeiterparteien zu verantworten haben, liegt der entscheidende Anteil doch bei der SPD. ... Die Distanzierung der SPD von den Morden an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, von der Zerschlagung des Arbeiterwiderstandes gegen putschende Offiziere in der Weimarer Republik, aber auch die Distanzierung vom Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien waren wichtige Schritte zur notwendigen Erneuerung der Arbeiterbewegung in Deutschland.« S.M., Berlin ■

gelder verwalten, weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit agieren dürfen.

5. Die Veröffentlichung der Besitzer der Prominentenfonds sowie der Verantwortlichen für die kriminellen Immobiliengeschäfte der Berliner Bankgesellschaft. Bis heute wurden die Verantwortlichen des Banken-Skandals nicht zur Rechenschaft gezogen. Sie erhalten weiter ihre Bezüge, Abfindungen usw. Noch immer ist nicht bekannt, welche Banker, Politiker oder Gewerkschaftsfunktionäre sich an den Prominentenfonds bereichern durften. Arbeiterpolitik Berlin ■

Umstrukturierung der Bildungsarbeit

Seit etwas über 1 ½ Jahren wird vom Vorstand der IG Metall und der Abteilung Bildung die vollständige Umstrukturierung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in den Bildungsstätten der IGM betrieben. Schon seit Mitte der neunziger Jahre wurden schrittweise Veränderungen durch die Abteilung Bildung betrieben. Zur offenen Politik wurde die derzeitige Umstrukturierung dann mit der Wahl Wolf Jürgen Röders zum zuständigen Vorstandsmitglied auf dem Gewerkschaftstag 1999.

Diese Umstrukturierung, die vor allem unter dem Stichwort »Modularisierung« diskutiert wird, wird von den Gewerkschaftsmitgliedern bisher kaum wahrgenommen. Selbst im hauptamtlichen Apparat ist die Diskussion, soweit sie zur Kenntnis genommen wird, eher träge. Das Ergebnis wird jedoch erschreckend sein: Es bedeutet den weitgehenden Abschied von gewerkschaftlicher Bildungsarbeit als Massenbildung für Mitglieder. Auch der schon länger betriebene Ausstieg aus einer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Bildungsarbeit, die eine kritische Haltung gegenüber dem Kapitalismus einnimmt, wird damit voran getrieben. Die IG Metall-Bildungsarbeit wird sich wieder zur Funktionärsbildung zurück entwickeln und es wird eine weitere Ausweitung auf Bildung für Betriebsräte betrieben, die am Ende eines Kurses sogar noch ein Zertifikat erhalten sollen.

Die den meisten aktiven MetallerInnen bekannten A-Seminare (»Arbeitnehmer im Betrieb«), früher hießen sie F-Seminare, die regional und in den Bildungsstätten stattfinden, wird es nach Ende der Umstrukturierung in den Bildungsstätten nicht mehr geben. An deren Stelle sollen so genannte modulare Ausbildungsgänge für Betriebsräte einerseits, für Vertrauensleute andererseits treten, die für Mitglieder ohne betriebliche Funktion nicht mehr zugänglich sein werden. Damit wird sich auf der zentralen Ebene von einer inhaltlichen Konzeption und Struktur der Bildungsarbeit verabschiedet, die inzwischen 30 Jahre alt ist. Die derzeitige Umstrukturierung ist noch im Entstehen, so dass in diesem Artikel auf viele Fragen keine Antworten gegeben werden können. Bis zum nächsten Gewerkschaftstag im Herbst 2003 soll der Prozess jedoch »unumkehrbar« sein. Es bedürfte da schon gewaltiger Anstrengungen und eines gehörigen Knalls, um diese Entwicklung noch zu stoppen. Diese Umstrukturierung betrifft zunächst nur die Bildungsstätten bzw. die zentral ausgeschriebenen Seminare. Auf die Bildungsarbeit der Verwaltungsstellen hat der Vorstand nur begrenzt Einfluss. Trotzdem werden diese Veränderungen auch regionale Auswirkungen haben, da die Bildungsarbeit in der IG Metall eng verzahnt ist.

Ein Blick zurück

Die Bildungsarbeit der Gewerkschaften spiegelte immer schon die Auseinandersetzungen um das gewerkschaftspolitische Selbstverständnis, die Ziele und Strategien zwischen Sozialpartnerschaft und antikapitalistischer Reformpolitik wieder. Die heutige inhaltliche Ausrichtung der Bildungsarbeit in der IG Metall ist Mitte/Ende der sechziger Jahre entstanden. Geprägt war sie von linkssozialdemokratisch-/sozialistischen Kräften um Otto Brenner wie z.B. dem damaligen für Bildungsarbeit zuständigen Vorstandsmitglied

Heinz Dürrbeck, die aus der Tradition des antifaschistischen Widerstands kamen.

Bis dahin war die Bildungsarbeit in allen Gewerkschaften zu einem großen Teil Funktionärsbildung für Betriebsräte, wo sich eine Reihe von Fachreferenten die Klinke in die Hand gaben und zu einzelnen Themen des Arbeitsrechts oder der Betriebsverfassung referierten. Relativ wenige Menschen durchliefen damals die zentralen gewerkschaftlichen Lehrgänge, in der IG Metall waren es Anfang der sechziger Jahre etwa 3000 TeilnehmerInnen pro Jahr. Mitte der sechziger Jahre wurde dann von Kolleginnen und Kollegen sowie einem Teil der IG Metall der Blick wieder auf die gewerkschaftliche Betriebspolitik gelegt. Im Handbuch für Vertrauensleute der IG Metall hieß es 1964: *»Der Betrieb ist der eigentliche Ort der Gewerkschaftsarbeit, ihr 'Schützengraben'. Hier und nur hier erleben die Kollegen den Zusammenstoß und damit den Interessengegensatz zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, nur hier werden sie davon bewegt, weil ihre eigene Existenz unmittelbar betroffen wird.«*

1965 wurde mit der Konzeption einer umfassenden Mitgliederbildung begonnen und Überlegungen für eine neue große Bildungsstätte angestellt. Thema war die Schaffung von Bildungsobleuten in den Betrieben und eine engere Verzahnung der Bildungsarbeit mit der betrieblichen Gewerkschaftspolitik unter dem Stichwort 'betriebsnahe Bildungsarbeit'. 1968 wurde dies auch vom Vorstand beschlossen. In Betrieben über 100 Beschäftigte sollten Bildungsobleute gewählt werden, die in Zusammenarbeit mit den Vertrauenskörpern und den Verwaltungsstellen die betriebliche und örtliche Bildungsarbeit organisieren sollten. Es wurden regionale ReferentInnenarbeitskreise aufgebaut, insgesamt die regionale Bildungsarbeit auf ehrenamtliche Füße gestellt. Die Ausbildung der betrieblichen Bildungsobleute hatte einen für heute unvorstellbaren Umfang von neuen Wochen (ein 1-wöchiges, ein 2-wöchiges und ein 6-wöchiges Seminar). Die Bildungsarbeit nahm betriebliche Konflikte zum Ausgangspunkt, um dann gesellschaftliche, ökonomische und politische Ursachen für die Lage der abhängig Beschäftigten zu erarbeiten. Insgesamt kann die damalige Debatte und auch Umsetzung unter den Stichworten 'Demokratisierung der Wirtschaft/Verstaatlichung der Schlüsselindustrien', 'mitgliedernahe Bildungsarbeit', 'betriebsnahe Tarifpolitik', 'aktive Vertrauensleutearbeit', 'Mitbestimmung am Arbeitsplatz' zusammengefasst werden.

Das sichtbarste äußere oder bauliche Zeichen dieser Veränderungen in der IG Metall war die Eröffnung des Bildungszentrums Sprockhövel in NRW (zwischen Bochum und Wuppertal liegend). In NRW und damit im unmittelbaren Umfeld der Bildungsstätte lebten und arbeiteten damals etwa 1/3 aller IG Metall-Mitglieder. Die Bildungsstätte umfasst acht Seminareinheiten und hat Platz für etwa 240 TeilnehmerInnen. In der Broschüre zur Eröffnung hieß es: *»Ziel gewerkschaftlicher Bildung ist es, den abhängig Beschäftigten ihre Lage unter den Bedingungen kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft erkennbar zu machen und den gemeinsamen Weg zur Veränderung dieser Lage zu verdeutlichen.«* Die massenhafte Stärkung der Vertrauensleutearbeit und die Schaffung von Bildungsobleuten war in der IG

Metall nie unumstritten. Zuviel Basisdemokratie und eine kritische Haltung auch der eigenen Führung und den »großen« Betriebsratsvorsitzenden gegenüber wurden von den rechten Sozialdemokraten in der IGM als Gefahr angesehen. Die Ausbildung von Bildungsobleuten wurde 1972 eingestellt und die Vertrauensleutearbeit zunehmend der Betriebsrätearbeit untergeordnet. 1972 bekam auch Heinz Dürrbeck einen anderen Vorstandsbereich zugeordnet.

In der Bildungsarbeit hat sich dennoch ein antikapitalistischer Grundkonsens und eine auf Konflikt orientierte Bildungsarbeit durchgesetzt. Deutlichstes Zeichen waren die vom Vorstand herausgegebenen und von Gewerkschaftstag 1972 beschlossenen »17 Thesen zur Bildungsarbeit«. Ausgearbeitet wurden sie vom dann zuständigen Vorstandsmitglied Hans Preiss. Dort hieß es: »*Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist Zweckbildung für die sozialen Auseinandersetzungen. (These 1) ... Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist Massenbildung, das heißt, sie richtet sich an alle Mitglieder und soll sie zur selbständigen Analyse und Kritik der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit und zur solidarischen Aktion befähigen. (These 2) ... Gewerkschaftliche Bildungsarbeit muß den Interessenkonflikt zwischen abhängig Beschäftigten und Unternehmern zeigen, darstellen und Möglichkeiten seiner Lösung erarbeiten. (These 5)*« Diese Thesen stießen nicht nur in der IG Metall sondern auch in anderen Gewerkschaften auf breite Unterstützung. Bis heute stellen sie das Selbstverständnis vieler hauptamtlicher und auch ehrenamtlicher ReferentInnen dar.

Die Bildungsurlaubsgesetze von Anfang der siebziger Jahre und die erweiterten Freistellungsmöglichkeiten für Betriebsräte durch das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 eröffneten dann auch die gesetzliche Grundlage für die angestrebte Massenbildung. Erstmals wurde es den Beschäftigten sowie den Betriebsräten möglich, für politische Bildung von der Arbeit freigestellt zu werden. Diesen Aufschwung konnte man auch in Zahlen feststellen. 1972 nahmen schon über 17.000 Gewerkschaftsmitglieder an IG Metall-Seminaren teil. Waren es 1962 noch 1,6 Teilnehmer auf 1000 Mitglieder, wuchs diese Zahl bis 1972 auf 7,2 Teilnehmer pro 1000 Mitglieder.

Der derzeitige Stand der Bildungsarbeit

Nach den inhaltlichen Diskussionen der sechziger Jahre entstand in den Siebzigern die auch heute noch weitgehend gültige Struktur der Bildungsarbeit. Die Bildungsarbeit teilt sich einmal in die regionalen Seminare, die von den Verwaltungsstellen, Bezirken oder in Bildungsregionen zusammen gefassten Verwaltungsstellen angeboten werden, und den Seminaren, die zentral ausgeschrieben werden und in den Bildungsstätten statt finden. Die zweite Unterscheidung kann zwischen den so genannten 'grundlagenbildenden' Seminaren und den 'Fachseminaren' gemacht werden. Zu den grundlagenbildenden Seminaren gehören die einwöchigen »Arbeitnehmer im Betrieb I«, die von den Verwaltungsstellen angeboten werden, die zweiwöchigen Seminare »Arbeitnehmer im Betrieb II« und »A III (Zukunft der Arbeit)«, die von den Bildungsstätten angeboten werden sowie Seminare zur Ökonomie, Ökologie, frauenspezifische Seminare oder auch Seminare zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die in der Regel ebenfalls in den Bildungsstätten statt finden. Die Teilnahme zu den grundlagenbildenden Seminaren ist für alle Mitglieder offen. Die Freistellung

erfolgt u.a. über die Bildungsurlaubsgesetze (außer in Bayern, Thüringen, Sachsen und Baden-Württemberg, wo es diese nicht gibt), nach dem Betriebsverfassungsgesetz (§ 37,7) oder in einzelnen Bezirken nach tarifvertraglichen Regelungen.

In weiteren Seminaren werden Themen wie Arbeitsrecht, Betriebsverfassungsgesetz, Lohn und Gehalt, Arbeitssicherheit, Wirtschaftsausschuss usw. behandelt. Auch diese Seminare finden regional als auch in den Bildungsstätten statt. Die Teilnahme ist hier in der Regel nur für Betriebsratsmitglieder offen. Im Gegensatz zu den vorher genannten sind diese Seminare nach § 37,6 BetrVG anerkannt sind und somit eine Einnahmequelle der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Nicht nur der Lohn sondern auch die Seminarkosten werden von den Unternehmern bezahlt. Hier ist auch schon einer der Gründe für die gegenwärtige Umstrukturierung zu finden: Kosten sparen und Geld einnehmen. Gerade bei den grundlagenbildenden Seminaren kommen oftmals noch Kosten für Lohnausfall hinzu, wenn KollegInnen beispielsweise unbezahlten Urlaub hierfür genommen haben. Die meisten Seminare sind im wesentlichen stufenmäßig aufgebaut. D.h. die Teilnehmenden sollten beispielsweise zunächst das A I-Seminar besuchen, dann das A II und dann das A III. Die Inhalte der Seminare sind entsprechend aufeinander aufgebaut. Die regionalen Seminare werden zum überwiegenden Teil von ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen durchgeführt, die Seminare in den Bildungsstätten von den dort beschäftigten LehrerInnen.

Dies stellt nur einen kleinen Überblick über die Bildungsarbeit der IG Metall dar. Insgesamt haben sich seit den achtziger Jahren die Seminarthemen und die konkreten Angebote vervielfacht. Mit der 35-Stundenwoche, den Angriffen der Unternehmer auf die Flächentarifverträge und der internationalen Vernetzung der Unternehmen ist den Betriebsräten eine Vielzahl an neuen Aufgaben erwachsen ist. Gerade auf regionaler Ebene ist das Angebot an Seminaren selber für Gewerkschaftssekretäre kaum noch zu überblicken.

Auch wenn in den grundlagenbildenden Seminaren die Mehrzahl der Teilnehmenden Betriebsräte oder zumindest Vertrauensleute sind, war ein wesentlicher Charakter der Bildungsarbeit, dass es ein breites Angebot für Mitglieder ohne Funktionen gab. Im Jahr 2000 wurden von den Bildungsstätten alleine fast 90 Seminare A II und A III angeboten, was einer Kapazität von über 2000 Seminarplätzen entspricht. Hinzu kamen unter anderem 27 Seminare (etwa 650 Seminarplätze) speziell für Jugendliche. Insgesamt nahmen im Jahr 2000 etwa 10.000 Mitglieder an Seminaren der Bildungsstätten teil und etwas über 20.000 an regionalen Seminaren.

Die Module spiel'n verrückt, ...

Die jetzt geplanten Veränderungen in der Bildungsarbeit sind eingebettet in ein verändertes gewerkschaftliches Selbstverständnis: Zusammenarbeit mit Unternehmern zur »Standortsicherung«, Ko-Management der Betriebsräte, »Bündnis für Arbeit« um nur einige Stichworte zu nennen. An die Stelle der breit angelegten Grundlagenseminare, der Seminare Betriebsräte I und II sowie den darauf aufbauenden Spezialseminaren zu Tarifpolitik und Arbeitsrecht sollen nun so genannte modulare Ausbildungsgänge für Betriebsräte und Vertrauensleute treten. Diese werden - die Diskussion ist wie

Probleme mit der Vergangenheit

Im vergangenen Jahr ist Heinz Dürrbeck im Alter von 89 Jahren in Ungarn gestorben. Dürrbeck war Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre für die Bildungsarbeit zuständiges Vorstandsmitglied der IG Metall. Unter seiner Leitung sind die im nebenstehenden Artikel angesprochenen inhaltlichen und strukturellen Veränderungen in der Bildungsarbeit durchgeführt worden. 1975 wurde Dürrbeck unter dem Verdacht verhaftet, für die DDR spioniert zu haben. Die Verhaftung hatte damals eine relativ große Kampagne der bürgerlichen Presse gegen die IG Metall zur Folge. Nach Untersuchungshaft, Freilassung auf Kautionsfolge und 1979 erfolgter Anklageerhebung flüchtete Dürrbeck erst nach Italien und dann nach Budapest. Der Vorwurf der »Ost-Spionage« wurde allerdings nie belegt. Nach eigenen Auskünften flüchtete Dürrbeck damals auf Grund seiner insgesamt schlechten Erfahrungen mit der deutschen Justiz. So erinnerte er sich an seine Verhaftung 1933 durch die Nazis (Dürrbeck war damals Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend).

1994, die Anklage wegen Spionage war inzwischen verjährt, wurde Dürrbeck bei der Einreise nach Deutschland erneut verhaftet – im Alter von 84 Jahren. Diesmal lautete der Vorwurf, er wäre 1961 an der Entführung des damaligen »metall«-Redakteurs Heinz Brandt nach Ost-Berlin beteiligt gewesen. Heinz Brandt hatte, so der Vorwurf der DDR, für das Ost-Büro der SPD gearbeitet. Heinz Brandt war im KZ Buchenwald inhaftiert, nach der Befreiung wurde er Propagandasekretär in der SED, ging dann aber nach Westdeutschland. Er wurde nach seiner Entführung zu 13 Jahren Zuchthaus in der DDR verurteilt, kam 1964 aber wieder frei und in die BRD zurück. Die Anklage gegen Dürrbeck basiert auf Pro-

tokollen, die bei der Gauck-Behörde aufgetaucht sind und in denen er angeblich von Brandt beschuldigt wird. Nach einer Zahlung von 70.000 DM Kautionswurde Dürrbeck aus der Haft entlassen, er ging nach Ungarn zurück. Dieser Fall ist sehr ausführlich in dem Buch »Wissen, um zu handeln. Ein Buch der Solidarität mit Heinz Dürrbeck.« von Edith Grospietsch und Georg Benz (Göttingen 1998) dargestellt.

Dem Funktionsblatt der IG Metall, »direkt«, war der Tod Dürrbecks allerdings nur eine Kurzmeldung wert: »Heinz Dürrbeck, 89, in den 70er Jahren Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall, ist in Budapest gestorben. Er war früher mehrmals in Visier der Justiz geraten. 1975 war er drei Wochen wegen »Ostkontakten« in U-Haft. Dem späteren Prozess zog er die Flucht nach Ungarn vor. ... Bewiesen wurden die Vorwürfe gegen Dürrbeck nicht.« (direkt 23/2001) Es folgte kein Wort über die Medienkampagne gegen die IG Metall, auch kein Wort über politische Justiz in der Bundesrepublik.

Die Leserbriefe in den beiden darauf folgenden Ausgaben mussten dann das Bild zurecht rücken: »Euer Hinweis ... liest sich wie ein Verfassungsschutzdossier.« »Ich bin entrüstet über euren schlampigen und politisch unverantwortlichen Absatz, den ihr Heinz Dürrbeck anlässlich seines Todes widmet. Diesen Stil traue ich nicht einmal der Bild-Zeitung zu ...« »Wie kann eine Redaktion einer Gewerkschaftszeitung etwas so Niveauloses und politisch Instinktlöses abliefern? Heinz Dürrbeck war nicht »in den 70er Jahren« Mitglied im geschäftsführenden Vorstand, sondern von 1954 bis 1977. In dieser Zeit hat er wesentliche Entwicklungen in der gewerkschaftlichen Jugend- und Bildungsarbeit in Gang gebracht und – auch gegen massive Widerstände – vorangetrieben ...«.

15.3.2002 ■

an den meisten anderen Punkten noch nicht abgeschlossen – aus fünf bis sieben Modulen zu den Themen Arbeitsrecht, Ökonomie, Tarifpolitik, Gewerkschaftsarbeit etc. bestehen. Das Modulkonzept ähnelt früheren, in der Bildungsarbeit immer wieder abgewehrten »Baustein«-Konzepten, in denen einzelne Einheiten in sich abgeschlossen und auf relativ enge Sachgebiete und Fachfragen begrenzt sind. Solch ein »Baustein«- bzw. Modulkonzept tendiert dazu, dass die einzelnen Themen ohne Bezug neben einander stehen und betriebliche Einzelprobleme ohne Zusammenhang zu gesellschaftlichen und ökonomischen Hintergründen behandelt werden, von einer antikapitalistischen Kritik ganz zu schweigen. Für die Teilnahme an den Ausbildungsgängen für Vertrauensleute bzw. Betriebsräte, die entsprechend nur noch für Vertrauensleuten und Betriebsräten offen sind, wird es dann abschließend ein Zertifikat geben.

Über die Inhalte dieser zukünftigen »Ausbildungsgänge« kann bisher nicht viel gesagt werden. Dies zeigt, dass die gesamte Anlage der Umstrukturierung bisher nur die Form, nicht aber den Inhalt behandelte. Alles soll »anders« werden, das Vorstandsmitglied Röder und die Abteilung sagen nur nicht »wie«, um einen Sturm der Entrüstung und der Gefährdung ihrer Pläne zu entgehen. 1993 wurde das damals zuständige Vorstandsmitglied für Bildungsarbeit Hiesinger auf dem Gewerkschaftstag abgewählt, weil er allzu offenerzig die Revision der Bildungsarbeit von den »Traditionali-

sten« hin zur »Moderne« veröffentlicht hatte. Seit dem ist es die Strategie der Abteilung Bildung, keine schriftlichen Unterlagen mehr über geplante inhaltliche Veränderungen heraus zu geben. Auch die vor vier Jahren herausgegebene »Rahmenkonzeption für die Bildungsarbeit der IG Metall« mit ihren antikapitalistischen Grundpositionen kann über die geplanten Veränderungen in den Zielen und in der Didaktik der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit nicht hinweg täuschen. Da diese Rahmenkonzeption damals in den Bezirken und auf Konferenzen breit diskutiert wurde, sind viele Kolleginnen und Kollegen, die sonst sehr wachsam sind, erstmal beruhigt

Im vergangenen Jahr wurden vier Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit den Inhalten auseinandersetzen sollen (Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugend, Qualitätssicherung). Vorgegeben wurde vom Vorstand lediglich, dass die zukünftige Seminarstruktur modular sein solle. Die Arbeitsgruppe Vertrauensleute ist übrigens die einzige, in der auch ehrenamtliche GewerkschafterInnen vertreten sind. Die anderen drei sind aus Beschäftigten der Bildungsstätten und der Vorstandsabteilungen zusammengesetzt. Von einer demokratischen Diskussion um die Ausrichtung der Bildungsarbeit kann hier nicht die Rede sein. Im vergangenen Jahr haben auch einige so genannte Zielgruppenworkshops stattgefunden. Dort wurde mit Mitgliedern, ehrenamtlichen ReferentInnen, Vertrauensleuten, Betriebsräten und Hauptamtlichen

über den gegenwärtigen Stand der Bildungsarbeit diskutiert und es sollte der »Bedarf« ermittelt werden. Dort wurde zwar deutlich, dass ein starker Wunsch nach Beratung für die konkreten betrieblichen Probleme sowie nach zahlreichen anderen Angeboten besteht. gleichzeitig wurde aber auch betont, dass die derzeitige Bildungsarbeit erhalten werden soll. Wie sich diese Ergebnisse mit der Umstrukturierung vertragen, wird von den Verantwortlichen nicht beantwortet.

Wie diese Ausbildungsgänge nun aussehen werden, ist also noch unklar. Relativ sicher ist allerdings, dass es zukünftig keine 2-wöchigen Seminare mehr geben wird. Völlig losgelöst von methodischen und didaktischen Überlegungen werden diese Seminare schon seit einiger Zeit von der Abteilung Bildung beim Vorstand unter Beschuss genommen. Auch gibt es bisher keine festen Zusagen, dass Seminare zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Ökonomie oder Ökologie erhalten bleiben sollen. Es ist nicht anzunehmen, dass sie vollkommen abgeschafft werden, in ihrem Umfang werden sie jedoch – trotz großer Nachfrage bei den Mitgliedern – eingeschränkt werden. Und das, obwohl es beispielsweise bei den Geschichtsseminaren Wartelisten von mehreren Jahren gibt.

Die Abnahme dieser Grundlagenseminare ist schon jetzt zu beobachten. Für 2002 werden nur noch 66 A II und A III-Seminare angeboten, was einer Kapazität von etwa 1600 Seminarplätzen entspricht. Das bedeutet einen Rückgang von 25 %. An deren Stelle sind (nicht erst seit dem vergangenen Jahr) besondere Beratungsangebote für Betriebsratsgremien getreten, also Prozessberatung und -begleitung, Supervisionen, Verhandlungsführung etc. Schon daran ist eine Entwicklung weg von politischer Bildung und »Zweckbildung für die sozialen Auseinandersetzungen« zu erkennen. Statt auf den Rückhalt und die Konfliktfähigkeit der Belegschaften zu bauen und hierfür Seminar- und vor allem gewerkschaftspolitische Konzepte zu entwickeln, werden Betriebsräte fit gemacht, wenigstens die selben 'sozialen Kompetenzen' zu entfalten wie ihr bourgeoises Gegenüber. Hier sei noch mal an Hans Preiss erinnert: »*Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist Vorbereitung auf die Klassenauseinandersetzungen in Betrieb und Gesellschaft.*« (Gewerkschaftstag 1977) Davon ist in der derzeitigen Debatte nichts zu hören.

Ebenso völlig ungeklärt und bisher auch nicht diskutiert ist die Frage der regionalen Bildungsarbeit. Zur Zeit werden die meisten einführenden Seminare (A I, Lohn und Gehalt I, Betriebsräte I, Arbeits- und Gesundheitsschutz I, ...) auf regionaler Ebene und von ehrenamtlichen ReferentInnen durchgeführt. Bei konsequenter Einführung der modularen Struktur auf zentraler Ebene werden diese Seminare und damit auch eine große Anzahl der ehrenamtlich aktiven Gewerkschaftsmitglieder überflüssig. Auch inhaltlich stellt sich die Frage, was dort passieren soll. Es müsste eine umfassende Debatte über die inhaltliche Abgrenzung der verschiedenen Seminartypen geführt werden. Welche/r TeilnehmerIn möchte sich schon zweimal das selbe anhören. Wird insgesamt derzeit mehr über die Form als über den Inhalt geredet, gibt es hier nicht einmal eine Diskussion über die Form.

... und Budgets zurecht gerückt

Seit zwei Jahren wird auch die Budgetierung der Bildungsarbeit in der IG Metall umgestellt. Von den Kapazitäten der Bildungsstätten sollen nun 50 % den Wünschen der regionalen

Bildungsarbeit, also den Verwaltungsstellen, Bezirken oder Bildungsregionen zur Verfügung stehen. Die Beratung von Betriebsratsgremien, Verwaltungsstellen, Vertrauenskörpern oder Arbeitskreisen ist in der Bildungsarbeit nichts neues. Allerdings wird der Umfang mit dieser Umstellung erheblich ausgeweitet. "Bildung nach Maß" wird dies in der IG Metall genannt. Gemeint ist, dass Betriebsräte - um die geht es vor allem - durch die Angriffe der Kapitaleseite einen zunehmend größeren Beratungsbedarf in Fragen von Umstrukturierung etc. haben. Gemeint ist mit "Bildung nach Maß" auch, dass so genannte "Spitzenfunktionäre" wie Betriebsratsvorsitzende, freigestellte Betriebsräte, Mitglieder von Betriebsausschüssen und Leitungen von Vertrauenskörpern von der bisherigen Bildungsarbeit kaum noch erreicht werden. Nach einigen Jahren hätten sie die Stufenbildung durchlaufen (A I, II, III, BR I, II ...) und würden die Bildungsarbeit nicht mehr wahrnehmen. Was hier allerdings zum Ausdruck kommt ist, dass die Betriebsräte immer weiter in die Unternehmensstrategien eingebunden werden, dass sie den Kapitaleignern weniger Druck entgegenzusetzen können und deswegen versuchen, mit eigenen "Strategien" auf Unternehmensentscheidungen Einfluss zu nehmen. Dieses Angebot an Bildungsarbeit versucht also Betriebsräte fit zu machen für effektives Ko-Management. Angebote, wie die Einbeziehung der Belegschaften und die Entfaltung von Druck durch die KollegInnen organisiert werden können, finden sich entsprechend wenige.

Auch aus anderen Gründen macht die Ausweitung der Beratungsangebote wenig Sinn. Derzeit sind etwa 50 KollegInnen mit der Bildungsarbeit in den Bildungsstätten befasst. Wenn 50 % der zentralen Kapazitäten nun aus Beratungsangeboten bzw. der Unterstützung vor Ort bestehen sollen, heißt dies, dass 25 pädagogische MitarbeiterInnen 170 Verwaltungsstellen, 2700 Vertrauenskörper und noch mehr Betriebsratsgremien betreuen sollten. Dies ist wohl nicht zu leisten. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit wird an dieser Stelle zum Ausputzer für Probleme in den Betrieben, überforderte Betriebsräte und Gewerkschaftssekretäre in den Verwaltungsstellen.

Bleibt noch anzumerken, dass die den Regionen zur Verfügung stehenden 50 % von den Bildungsstätten wieder eingeworben werden müssen. Bisher war die Nennung der Namen von ReferentInnen bei Seminaurausschreibungen eher die Seltenheit. Mit der Umstrukturierung der Budgets stehen die Bildungsstätten jetzt aber in Konkurrenz zueinander, da sie ihre Heime natürlich auslasten und ihre Personalkosten rechtfertigen müssen. Es wird sich zeigen, ob hier die Konkurrenz um pädagogische Konzepte, Kosten (die den Regionen beim Mieten entstehen) oder um politische Fragen entscheidend sein werden. Damit wird ein Trend eingeleitet, der bspw. in der IG BCE schon länger besteht. Eine IG BCE-Bildungsstätte hatte während der EXPO in Hannover ihre Bildungsarbeit eingestellt und das Haus zum Hotelbetrieb gemacht.

Es kommen die falschen KollegInnen auf die Seminare

Die Argumente für die Umstrukturierung der Bildungsarbeit beziehen sich zumeist darauf, dass ein großer Teil von Funktionären aus Klein- und Mittelbetrieben von der Bildungsarbeit nicht erreicht werden. So stellen beispielsweise knapp 20 % der Verwaltungsstellen etwa die Hälfte aller SeminarteilnehmerInnen. Auch würden die Großbetriebe

(hier über 1.000 Beschäftigte) die grundlagenbildenden Seminare dominieren. Insgesamt gäbe es in der IG Metall-Bildungsarbeit erhebliche »weiße Flecken«, also Betriebe und Regionen die kaum erreicht werden. Die Gründe hierfür liegen in der noch funktionierenden Vertrauenskörperarbeit in den Großbetrieben und der Bildungsarbeit in den entsprechenden Verwaltungsstellen. KollegInnen werden angesprochen und auf Seminare geschickt und es existieren Verantwortliche in den Vertrauenskörpern und Betriebsratsgremien für die Bildungsarbeit. Andererseits seien die grundlagenbildenden Seminare für viele KollegInnen aus Klein- und Mittelbetrieben nicht attraktiv, da sie dort angeblich nur ideologisch geschult würden und auf ihre »konkreten« Probleme nicht genügend Antworten bekämen. Ein weiteres zentrales Problem – so wird argumentiert – seien die Zweiwochenseminare. Die KollegInnen kämen nicht mehr für eine solch lange Zeit aus den Betrieben heraus.

Die Modularisierung der Bildungsarbeit wird also vor allem die TeilnehmerInnen aus den Groß- und Mittelbetrieben betreffen, die allerdings immer noch die kampffähigsten in der IGM sind. In der A-Reihe (A II und 'Zukunft der Arbeit') stellen sie etwa drei Viertel aller TeilnehmerInnen. Die beiden A-Seminare binden mit ihren etwa 2000 Seminarplätzen etwa 20 % der Kapazitäten in den Bildungsstätten – und sie kosten! Das Verhältnis der Seminare, wo die Kosten von den Unternehmern getragen werden (BetrVG § 37,6) zu denen, wo die IG Metall die Seminarkosten trägt, beträgt zur Zeit etwa 1/3 zu 2/3. Hier ist auch einer der Hauptgründe für die gesamte Debatte zu finden. Es geht darum, einen größeren Anteil von Seminaren über BetrVG § 37,6 abrechnen zu können. Ein zweiter Grund ist, insgesamt mehr den Bereich der Betriebsräte und der so genannten Spitzenfunktionäre zu erreichen. Hinter vorgehaltener Hand bekommt man auch schon zu hören, dass auf die A-Seminare ja lediglich die zweite und dritte Garnitur der Vertrauensleute der Großbetriebe kämen.

Folgt man nun der Argumentation in der IG Metall, stellen sich selbst dort etliche Fragen. So wurden bisher keinerlei Zahlen über die bisherigen Beratungsangebote und die schon bestehende »Bildungsarbeit nach Maß« vorgelegt. Nur aus Gesprächen kann man erfahren, dass dort etliche Seminare und angebotene Reihen ausfallen, obwohl sie vorher mit SekretärInnen aus den Regionen abgesprochen wurden. Auch wurde bisher nicht belegt, dass tatsächlich die Dauer der Seminare ein Problem darstellt. Man kann eher vermuten, dass für viele KollegInnen grundsätzlich ein Problem besteht, für Seminare freigestellt zu werden. Dem Unternehmer ist es in dieser Auseinandersetzung zunächst gleich, für wie viele Tage die Leute aus dem Betrieb weg sind. Auch wenn es keine zweiwöchigen Seminare mehr geben wird, wird der Umfang der Module insgesamt bei fünf bis sieben Wochen liegen, welche innerhalb der ersten Wahlperiode besucht werden sollten. Neben vielleicht anderen notwendigen Fortbildungsmaßnahmen wären Betriebsräte dann ebenfalls für fünf bis zehn Wochen in vier Jahren freigestellt. Wie Vertrauensleute solch einen Umfang bewältigen sollen, ist auch unklar. Insgesamt ist diese Debatte sehr fadenscheinig. Die Probleme und Unklarheiten, die für die regionale Bildungsarbeit entstehen werden, wurden oben schon angesprochen.

Im wesentlichen handelt es sich bei der »Modularisierung der Bildungsarbeit« um einen Angriff auf die sich in

Teilen noch antikapitalistisch verstehende Bildungsarbeit in der IG Metall. Die Grundlagenbildung wird abgeschafft bzw. weitgehend eingeschränkt, der Fokus stärker auf die Betriebsräte gelegt. Zugleich sollen damit Kosten eingespart werden. Auch die Überlegungen, den Teilnehmenden ein Zertifikat für den Besuch eines Ausbildungsgangs auszustellen, kann nur so verstanden werden. Welche/r Kollege/in wird sich bei der Arbeitssuche schon mit einer Bescheinigung bewerben, die belegt, dass er oder sie von der IG Metall für die betriebliche Gewerkschaftsarbeit geschult wurde? Bei dem zunehmenden Zertifizierungsunwesen in der Bildungslandschaft locken dagegen irgendwann öffentliche Zuschüsse. Und zwar dann, wenn gewerkschaftliche Seminare im Rahmen der beruflichen Weiterbildung anerkannt werden!

Der innergewerkschaftliche Angriff auf die Bildungsarbeit ist nicht neu. Der letzte erfolgte mit einer Veröffentlichung der Grundsatzabteilung der IG Metall (vgl. Arpo 4/1994). Dort wurde der Bildungsarbeit vorgeworfen, ein Refugium sozialistischen Denkens zu sein und eine zu »große Distanz zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland und der parlamentarischen Demokratie« zu haben. Damals handelte es sich allerdings noch um einen ideologischen Angriff, der bei vielen KollegInnen auf Ablehnung stieß. Heute wird dagegen mit Zahlen und Budgets argumentiert. Die »weißen Flecken« können allerdings nicht durch die Bildungsarbeit beseitigt werden, sondern nur durch eine kämpferische Gewerkschaftspolitik in den Betrieben und Verwaltungsstellen.

22.4.2002 ■

ZUR DISKUSSION:

Zentrale Aussagen der vorstehenden Korrespondenz »In der IG Metall wird gemodelt: Umstrukturierung der Bildungsarbeit« sind nach unseren eigenen, zum Teil jahrzehntelangen Erfahrungen als Seminarteilnehmer, aber auch als Teamer mit dieser Bildungsarbeit problematisch. Indem diese Korrespondenz so tut, als ob es erst jetzt einen starken negativen Einbruch gäbe, schön sie nicht allein die Vergangenheit, sondern lässt grundsätzlich die aktuellen Möglichkeiten gewerkschaftliche Bildungsarbeit in zu rosigen Licht erscheinen.

Falls wir das nicht sehr falsch verstehen, lauten die beiden zentralen Argumente der Korrespondenz: Erstens: Die IGM will sich von der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit als Massenbildung für normale Mitglieder verabschieden. Zweitens: Damit geht eine Bildungsarbeit flöten, die einen antikapitalistischen Grundkonsens hatte und Bildung vermitteln wollte, die auf Konflikte orientierte.

Ohne Frage wird bei der heutigen und noch stärker bei der absehbaren IGM-Bildungsarbeit gespart und auf einen kleineren Kreis von Mitgliedern abgezielt. Symptomatisch dafür ist es, dass früher der Anteil derjenigen, die von sich aus sich für ein Seminar meldeten, größer war. Heute kommt es sehr viel häufiger vor, dass die Verwaltungsstellen jemanden auswählen. Allein deswegen ist die Zahl derjenigen gestiegen, die hauptamtlich Gewerkschafts- bzw. Betriebsratsarbeit machen. Fakt ist auch, dass die heutige Bildungsarbeit von weniger als früher durchlaufen wurden. Aber was von der Korrespondenz als furchtbarer Abstieg geschil-

dert wird, ist kein wirklicher: Natürlich ist es heute schlimmer, aber früher war es nicht real besser.

Auch die frühere Bildungsarbeit schloss nur zu einem sehr kleinen Teil wirklich die breite Mitgliedschaft ein. Die Einschränkungen, die es in den letzten Jahren gegeben hat, betreffen deshalb eigentlich nur unterschiedliche Kreise der Funktionäre: Es ist richtig, in wachsendem Maße können fast nur noch Betriebsräte an den Schulungen teilnehmen – und selbst da sind es meist nur Freigestellte. Aber auch früher ging es nur selten über den Kreis der Aktivisten hinaus: Vertrauensmann musste man schon sein, bevor solch ein Seminar in Frage kam. Das normale Gewerkschaftsmitglied verirrt sich nur ganz ausnahmsweise auf solchen Seminaren.

Diese Verengung ist freilich nicht etwas, weswegen Kommunisten aufgefordert wären, auf die Barrikaden zu gehen. Natürlich sind wir keine Freunde dieser Co-Manager. Hätte die Korrespondenz aufgezeigt, wie sehr die heutige Bildungsarbeit Ausdruck des Standortdenkens wäre, hätten wir nichts dagegen einzuwenden gehabt. Aber es wird der Eindruck erweckt, die vorherige Bildungsarbeit wäre aus unserer Sicht ‚besser‘ gewesen. Haben wir wirklich einen Grund jene alten betriebsbornierten Sozialdemokraten zu verteidigen, die vom Ergebnis her kein Deut besser mit uns umgesprungen sind als die heutigen? Auch wenn sie von ‚Schützengraben‘ und ‚Klassenauseinandersetzungen‘ schwätzten, in der Praxis haben sie Sozialpartnerschaft betrieben und sonst nichts. Trotz all dieser Probleme stört uns bei der Kor-

respondenz allerdings nicht einmal in erster Linie, dass die Vergangenheit der IGM-Bildungsarbeit geschönt wird. Viel entscheidender ist es, dass in der Konsequenz zwangsläufig unsere gegenwärtigen Möglichkeiten zu optimistisch wahrgenommen werden müssen. Wenn man nämlich die Kritik an den Veränderungen an der IGM-Bildungsarbeit nur auf die Vorgaben des IGM-Apparates verengt, tut man faktisch so, als ob wir nur den Hauptamtlichen die richtigen Ideen einbläuen müssten und dann gäbe es a) eine andere Bildungsarbeit, die sich b) eines Massenandrangs erfreuen würde.

Es gibt eine Reihe von Linken, die, nachdem sie von den Sozialpartnern im betrieblichen Alltag kaltgestellt worden waren, sich erhofften, sie könnten wenigstens durch die Bildungsarbeit etwas verändern. Doch Bildungsarbeit ist nun einmal eine Spielwiese, auf der sich so viele Linke tummeln dürfen, weil die praktische Relevanz gering ist. Nur das Sein bestimmt das Bewusstsein. Der Co-Management-Kurs muss auch im Bildungsbereich nicht von oben, vom Apparat gegen vermeintlich rebellische Kollegen, durchgesetzt werden. Die Veränderungen sind natürlicher Ausfluss einer veränderten Haltung bei der Masse der Gewerkschaftsmitglieder und innerhalb der Arbeiterschaft. Die Mehrheit will genau diese ‚betriebsnahe‘ Bildungsarbeit, welche hilft, Argumente für die Verteidigung des jeweiligen Standortes zu finden. Erst wenn es wieder zu Klassenkämpfen kommt, verändert sich was an der Bildungsarbeit der Gewerkschaften.

Gruppe Arbeiterpolitik PB, 9. 05. 2002 ■

■ JUGOSLAWIEN

Die Enteignung der Arbeiterklasse geht weiter

Zum 12. Kongress des Serbischen Gewerkschaftsbundes am 18. / 19. April in Belgrad

Mitglieder der Initiative »Dialog von unten« waren eingeladen, am 12. Kongress des Serbischen Gewerkschaftsbundes am 18. und 19. April in Belgrad teilzunehmen. Nachstehend ihr Bericht. "Dialog von unten" war während der Nato-Bombardements in Jugoslawien, um dem Widerstand zahlreicher KollegInnen und Kollegen, die gegen den Krieg und die deutsche Beteiligung daran waren, Ausdruck zu geben und der Vernichtung von Arbeitsplätzen und Lebensbedingungen ein Zeichen der Solidarität entgegenzusetzen.

Der DGB war, anders als die Mehrzahl der Gewerkschaften aus Nato-Ländern, nicht auf dem Kongress vertreten, ließ aber Grüße übermitteln. Der Grund für die Zurückhaltung bei gleichzeitigem Offenhalten der Möglichkeit künftiger Kontakte: Die Erwartungen, der Jugoslawische und der Serbische Gewerkschaftsbund würden spätestens mit dem Sturz von Milosevic zerfallen oder von der Opposition zerschlagen werden, haben sich bis heute nicht erfüllt. Zwar wurde das »sozialistisch« im Namen der Gewerkschaft gleich nach dem konterrevolutionären Umsturz am 5. Oktober 2000 gestrichen und fast alle Vorstände mussten zurücktreten, vielfach unter dem Druck der neuen Regierung und ihrer meist bewaffneten Schlägertrupps, aber die Kontinuität der Organisation blieb trotz allem weitgehend erhalten, was sich auch in der fortlaufenden Nummerierung des Kongresses ausdrückt. Die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen hält nach wie vor an ihren alten Gewerkschaften fest und demonstriert so, dass

die von der Opposition in Jugoslawien und aus Nato-Staaten, insbesondere der BRD, vorbereiteten Vorwürfe und Beschuldigungen gegen ihre gewerkschaftlichen Einrichtungen und Funktionsträger zumindest auf Betriebs- und Ortsebene nicht geteilt werden. Es gab auf dem Kongress beispielsweise viel Beifall, als der neue Präsident des Serbischen Gewerkschaftsbundes, Milenko Smiljanic, seinen Vorgänger aus der Zeit von Milosevic, Tomislav Banovic, als Ehrengast begrüßte.

Insbesondere die IG Metall hatte mit ihrem eigens dafür eingerichteten Büro »Novi Most« (Neue Brücke) und in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung bereits vor dem Krieg und dann verstärkt während der Bombardements durch Nato und Bundeswehr den Aufbau der oppositionellen Gewerkschaft Nezavistnost gefördert. Obwohl die Unterstützung weitergeht, verweigert sich die Mehrzahl der organisierten Kolleginnen und Kollegen trotz in Aussicht gestellter Vorteile (z.B. größerer Sicherheit für die Arbeitsplätze ihrer Mitglieder) den alternativen Organisationsmöglichkeiten. Etwa 800.000 sind noch im Serbischen Gewerkschaftsbund organisiert, etwa 300.000 bei Nezavistnost, etwa 20.000 bei AZNE und jeweils 1.000 bis 2.000 Mitglieder bei weiteren neu gegründeten Gewerkschaften. AZNE gilt als Gewerkschaft ihres früheren Vorsitzenden, des heutigen Arbeitsministers Milovanovic, eines Cousins von Ministerpräsident Djindjic. Innerhalb des Serbischen Gewerkschaftsbundes

gelten als noch nicht angepasst die Einzelgewerkschaften für Landwirtschaft, Medien und Tourismus, die übrigen als regierungsfreundlich, mit Ausnahme der Metaller, bei denen beide Flügel etwa gleichstark sind.

Ausdruck der Tatsache, dass IG Metall und DGB ihren ursprünglichen Kurs zu korrigieren beginnen, sind von ihnen (mit-)veranstaltete Schulungen in Sofia, Budapest und vor Ort in Jugoslawien auch für Funktionäre des Serbischen Gewerkschaftsbundes, um die jetzt wieder willkommenen KollegInnen mit ihren neuen Aufgaben unter den Bedingungen freier Marktwirtschaft vertraut zu machen (vergleichbar der Schulung früherer ADGB-Vertreter nach 1945, die in die USA geflogen wurden, um sie auf ihre Aufgaben beim Aufbau der Nachkriegsgewerkschaften in den Westzonen Deutschlands vorzubereiten). Unterschlagen wird dabei, dass für eine Sozialpartnerschaft, wie sie in Aussicht gestellt wird, zumindest im heutigen Jugoslawien die Voraussetzungen fehlen.

»Alle Menschen werden Brüder« – mit Beethovens Hymne wurden die Versammelten von einem Chor in Festtracht wie bei einer Eurovisionssendung begrüßt: 455 Delegierte (darunter 111 fest angestellte Funktionäre), an die 700 Gäste, 25 davon aus europäischen, 35 aus jugoslawischen Gewerkschaften, auch aus den regierungsnahen Neugründungen Nezavistnost und ASSN, 580 betriebliche und lokale Vertreter aus allen Landesteilen, 15 Beobachter aus Unternehmereinrichtungen wie der Wirtschaftskammer, Ökonomen der »Expertengruppe G17« und Mitglieder der Regierung. Sie alle erhoben sich, wie in alten Zeiten, von den Plätzen, als, wie unbeabsichtigt im Rhythmus eines Trauermarsches, »Die Internationale« angestimmt wurde, eine notwendige Konzession offenbar an die, die sich dem neuen Kurs verweigern. Nur wenige, meist in den hinteren Reihen, sangen mit.

Dem feierlichen Auftakt folgten bereits in der Eröffnungsrede des Vorsitzenden Milenko Smiljanic zahlreiche Pfiffe, als er unter den Gästen den Arbeits- und den Sozialminister der Djindjic-Regierung begrüßte. Hingenommen wurde, bis auf geringe Unruhe, wieder in den hinteren Reihen, was der deutsche Vertreter im Internationalen Gewerkschaftsbund (International Confederation of free Trade Unions - ICFTU), Jürgen Buxbaum (IG Metall), den Versammelten in erniedrigender und Wahrheit verfälschender Weise zumutete: »Wir haben über zehn Jahre auf euch gewartet, endlich seid ihr zu uns gekommen.« »Ihr habt uns allein gelassen«, war der Inhalt einer der wenigen Zwischenrufe. Bis 1989 hatten der DGB und seine Einzelgewerkschaften vielfältige Kontakte zu den Gewerkschaften im damals blockfreien Jugoslawien unterhalten, das von den Westmächten politisch hofiert und mit Krediten unterstützt wurde, um es auf Distanz zu Moskau und den übrigen Warschauer Paktstaaten zu halten. Als nach dem Fall der Mauer die Kohl-Genscher-Regierung mit der Anerkennung der Teilrepubliken Slowenien und Kroatien den Zerfall Jugoslawiens einleitete, brachen die deutschen Gewerkschaften alle Kontakte nach Jugoslawien ab. Das Ja zum Angriffskrieg von DGB-Chef Schulte im Schlepptau der neuen Außen- und Militärpolitik Deutschlands schloss die Zustimmung zur Zerstörung von Produktionsanlagen und Arbeitsplätzen der jugoslawischen Kolleginnen und Kollegen ein: Bomben statt Solidarität. Das soll vergessen sein? Weggewischt mit der Phrase eines Schlusssatzes, im dem der Kollege Buxbaum als Botschaft der

europäischen Gewerkschaften zusammenfasste: »Gemeinsam für Demokratie und Menschenrechte, für Freiheit, Arbeit und Brot!« Wie sie eingelöst werden soll, sagte er nicht. Es fragte auch keiner. Das Präsidium des Kongresses erhob sich von den Plätzen und klatschte sich selbst erniedrigend Beifall. Und die Mehrzahl im Saal klatschte mit.

Thema des Kongresses sollten die von der Regierung im vergangenen Jahr erlassenen neuen Privatisierungs- und Arbeitsgesetze sein. Außerdem waren die Delegierten zu bestätigen, ein neues Statut zu verabschieden, Vorstand und Gewerkschaftsrat (101 Mitglieder) neu zu wählen. Um es vorweg zu nehmen: Die notwendige inhaltliche Debatte kam zu kurz, statt dessen gab es heftige Auseinandersetzungen um formale Fragen – wie die Festlegung des Delegiertenschlüssels für betriebliche und örtliche Kandidaten –, die sich so sehr zuspitzten, dass die ausländischen Gäste aus dem Saal komplimentiert werden mussten. Die Sitzungen des ersten Tages wurden verlängert bis ein Uhr nachts, ohne dass es zu einer Einigung kam. Am zweiten Tag gingen die Debatten weiter, bis sich durch die Abreise übermüdeteter und verärgerter Delegierter die Anzahl der Stimmberechtigten so weit verringert hatte, dass das neue Statut, zu dem eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich gewesen wäre, zur Verabschiedung an den am 14. und 15. Mai tagenden Gewerkschaftsrat überwiesen werden musste. Die Vorstandswahl, zu der einfache Mehrheiten ausreichten, konnte dagegen stattfinden, Milenko Smiljanic wurde allerdings erst im zweiten Wahlgang mit 256 zu 136 Stimmen gegenüber Slobodan Jovanovic im Amt bestätigt – Slobodanka Brankovic, die ebenfalls für den Vorsitz kandidiert hatte, war bereits im ersten Wahlgang mit 81 Stimmen ausgeschieden.

Hintergrund für das weitgehende Scheitern des Kongresses sind politische Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs der Gewerkschaft. Für die Regierungsanhänger, zu denen als Mitglied der Partei von Djindjic auch der gerade im Amt bestätigte Präsident des Gewerkschaftsbundes gehört, geht es vor allem darum, die Ausrichtung der Gewerkschaft auf die neue Partnerschaft mit Unternehmern und Regierung voranzutreiben. Wer sich dem widersetzt, wird als Milosevic-Anhänger diffamiert. Milenko Smiljanic wies auf einer dem Kongress vorausgegangenen Sitzung die frühere Gewerkschaftsvorsitzende bei ZASTAVA, Ruzica Milosavljevic, bei einer inhaltlichen Differenz mit der Bemerkung zurück: »Du hast Milosevic die Hand gegeben«. Denunziation als Mittel, um zu verhindern, daß die entmachtete Führung erneut Einfluss bei den Arbeitenden gewinnt, die angesichts ihrer Lage zunehmend misstrauisch werden.

Der Kredit der neuen Führung bei den Mitgliedern schwindet, seit sie dem Protest gegen die Verabschiedung der neuen Arbeitsgesetze im vergangenen Dezember die Spitze abgob und zur Einstellung aller Kampfmaßnahmen bis zur Verabschiedung durch das Parlament aufrief (vgl. ARBEITERPOLITIK 4/2001). Als die neuen Gesetze dann verabschiedet waren, ohne dass den Gewerkschaften von der Regierung zugesagte Veränderungen berücksichtigt wurden, geschah wieder nichts – die Bereitschaft der Basis zum Widerstand wurde von der Führung missachtet.

Die Debatte um Satzungsfragen und Kompetenzen wurde immer wieder durchbrochen von Beiträgen, in denen Delegierte gegen die Zeitverschwendung für Formalitäten protestierten und auf die Probleme der Bevölkerung hinwiesen.

Brief eines ZASTAVA-Arbeiters

Liebe Freunde, Kragujevac, 29. April 2002
ich möchte Euch auch ein bisschen über die momentane Situation bei ZASTAVA informieren. Ich bin nämlich ganz allein jetzt bei ZASTAVA, der letzte aus der alten Gewerkschaftsführung, die Ihr kennengelernt habt. Obwohl ich auch nicht mehr im Vorstand bin, hindert mich das nicht, gewerkschaftlich aktiv zu bleiben und bei jeder Gelegenheit den Arbeitern die Situation zu erklären und auf das Vorgehen der Werksführung aufmerksam zu machen.

Euch ist sicher bekannt, dass durch einen Regierungsbeschluss 15.000 Arbeiter aus ZASTAVA rausgeschmissen wurden. Es ist absurd, aber die Gewerkschaftsführer stimmten diesem Betrug zu. Sie haben sogar diese schamlose Entscheidung unterschrieben. Bei dem ganzen Verfahren stand an der Spitze die Gewerkschaftsorganisation, die nach der »Baggerrevolution«¹⁾ entstand und sich »Asocijacija Slobodnih i Nezavisnih sindikata« (Verband der freien und unabhängigen Gewerkschaften) nennt, AZNE, und im gesamten Betrieb ca. 2.500 Mitglieder zählt. Der Gründer war Zoran Djindjic, der seinen Cousin Dragan Milovanovic als 1. Vorsitzenden dieses äußerst aggressiven, wilden Vereins einsetzte (Dragan Milovanovic wurde schließlich Arbeitsminister in der Regierung Serbiens). Er, als hoher Beamter, setzt die Vorsitzenden aller anderen Gewerkschaften unter Druck und schüchtert die Arbeiter ein (die sich nach dem »schwarzen Oktober 2000«¹⁾ noch immer wie in einem Vakuum befinden). Ihre Regional-Vorsitzenden aus verschiedenen Städten Serbiens brachten sie zunächst nach Budapest, zur »Schulung«, damit sie lernten, wie man unsere Wirtschaft zerschlägt, dann brachten sie die einzel-

nen Vorsitzenden aus ZASTAVA nach Sofia zur »Schulung«, wie man die alte Gewerkschaftsführung bei ZASTAVA-Kamioni (Auto-Herstellung) und im ZASTAVA-Kraftwerk stürzt, denn mit dem Sturz der Gewerkschaftsführung in diesen zwei stärksten Werkteilen von ZASTAVA fiel auch der Rest der ZASTAVA-Betriebe, und dann konnten sie machen, was sie wollen. Euch ist bekannt, dass ihnen das in der Zeit der Euphorie in Serbien und auch bei ZASTAVA gelungen ist. Letztlich haben sie sich aber bezüglich der Zahl der Mitglieder verrechnet, sie rechneten mit 10.000 und nicht mit nur 2.500 – und auch diese Zahl fällt langsam, nicht zuletzt durch unsere Aktivitäten.

Seitens der IG Metall aus Deutschland kam der Vorschlag, vom 27. bis 29. April eine Art Seminar im Studentenheim »Vita Janic« in Kragujevac abzuhalten. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter der »Unabhängigen Gewerkschaft« (Nezavistnost) bei ZASTAVA haben den Vorschlag angenommen, obwohl die meiner Meinung nach nicht viel darüber wissen, um was für eine Gewerkschaft es sich handelt und was diese tut. Vor ein paar Tagen sah ich im Fernsehen (Satellitenprogramm) eine Demonstration der IG Metall in Deutschland. Weil ich Deutsch nicht verstehe, bitte ich Euch mir zu schreiben, worum es dabei ging, damit ich mich besser auf Diskussionen im Betrieb vorbereiten kann. Ich wäre Euch für jede Anregung dankbar.

Ich Grüße Euch alle, B.

(Übersetzt vom einem Werkskollegen)

1) »Baggerrevolution« nennt der Volksmund in Jugoslawien den Umsturz des 5. Oktober 2000, weil an der Spitze des Zuges, der sich zum Sturm auf das Parlament bildete, ein Bagger fuhr. Viele aber sprechen auch vom »Schwarzen Oktober«.

Was wird aus der Jugend, für die es kaum Ausbildung und Arbeit gibt - was machen wir falsch, warum ist sie auf der Konferenz nicht vertreten? Wie ist ihre Landflucht zu stoppen, die zunimmt, obwohl das Leben in den Agrargebieten ungleich billiger ist? Was ist mit den Arbeitslosen? Umgerechnet 30 Euro erhalten sie jetzt, bei ständig steigenden Preisen. Mehr als 30 Prozent sind es mittlerweile, über eine Million von insgesamt 3,5 Millionen Beschäftigten. Was tun gegen den weiteren Arbeitsplatzabbau? Wie sollen Beschäftigte, deren Löhne seit bis zu fünf Monaten ausstehen, ihre Familien ernähren, Mieten und Steuern, Wasser, Strom und Telefon bezahlen? Die Anzahl der Selbstmorde steigt. Die der Krankheitsfälle auch, vor allem aufgrund unzureichender Ernährung, aber auch infolge zunehmender Depressionen. Die Krankenhäuser sind in schlechtem Zustand, es fehlt an Geld für die Anschaffung neuer und die Reparatur alter Geräte, Medikamente, die importiert werden müssen, gibt es nur für die, die in Euro oder Dollar bezahlen können.

Eine Delegierte der Gewerkschaft Textil und Leder beschrieb die Lage in ihrer Branche als nahezu ausweglos. Früher sei von jugoslawischen Textilfabriken viel exportiert worden, jetzt seien Konkurrenzprodukte aus dem Ausland so billig, dass es sich nicht rechne, die durch Bomben zerstörten Betriebe wieder aufzubauen. Und ohne den Wiederaufbau müssten auch noch die Zuliefererbetriebe, die von Bomben verschont geblieben seien, schließen, sodass die Zahl der Entlassungen zunähme.

Eisenbahner (organisiert im Serb. Gewerkschaftsbund: ca. 35.000) berichteten von positiven Erfahrungen. Zehn Tage haben sie für eine Anhebung ihrer Löhne gestreikt. Nur internationale Züge fahren noch. 2 Prozent Erhöhung wollte ihnen die Regierung zugestehen, ein Hohn angesichts der Verdoppelung bis Vervierfachung der Preise für Grundnahrungsmittel. Die Empörung über den zuständigen Minister war so groß, dass sie abends vor seiner Wohnung demonstrierten. Am Ende des Ausstands waren es 5 Prozent, die die Regierung für die ersten drei Monate bewilligen musste, ab dann 10 Prozent. Unterstützung aus dem Ausland und eine Delegation aus dem Europäischen Gewerkschaftsbund haben dazu beigetragen, den Arbeitskampf erfolgreich zu beenden. Allerdings waren die Bedingungen für sie günstiger als beispielsweise in der Textilbranche, weil die wenigen Gelder, die bisher nach Jugoslawien geflossen sind, vorrangig in die Wiederherstellung der Verkehrswege investiert wurden.

Auch aus dem Kosovo waren Delegierte gekommen. Laut UNO-Beschluß 1244 gehört das von der K-FOR kontrollierte Gebiet nach wie vor zu Jugoslawien (bis zum Waffenstillstand im Juni 1999 war sogar unstrittig, dass Kosovo zu Serbien gehörte und als Teil Serbiens zu Jugoslawien). Delegierte aus dem überwiegend von Serben bewohnten nördlichen Teil von Kosovska Mitrovica berichteten, daß die Trepca-Werke mit finanzieller Unterstützung der UMNİK schrittweise wieder in Betrieb genommen werden sollten, auch der im serbischen Teil gelegene Teil des Werkes. 4.000 waren hier beschäftigt, bis der Betrieb stillgelegt wurde, jetzt

haben 1.000 davon wieder Arbeit. Damit die Belegschaft nicht zerfällt und die Lebensbedingungen fürs erste für alle in etwa gleich bleiben, wird umschichtig gearbeitet, in Rotation. 125,- EUR beträgt der durchschnittliche Monatslohn, Arbeitslose erhalten 30,- EUR. Geplant ist mit der Erneuerung überalterter Maschinen und der Umorganisation der Produktionsabläufe allerdings ein weiterer Arbeitsplatzabbau auf 700 Beschäftigte. Was dann aus den 3.300 Entlassenen wird, weiß niemand. Unbekannt ist noch, woher die von der UMNİK bewilligten Gelder für Löhne und Investitionen kommen. Eine Neugründung mit internationaler Beteiligung, heißt es. Die Beschäftigten wissen nicht, was hinter ihrem Rücken verhandelt wird. Sie begrüßen aber, dass sie wieder erste Kontakte haben zu ihren albanischen Kolleginnen und Kollegen.

Wiederholt wurde von den einen Enttäuschung über das Ausbleiben der von den Nato-Staaten zugesagten Gelder und Investitionen geäußert, von den anderen Zuversicht, dass mit der Erfüllung aller Auflagen dem Weg nach Europa und in die internationale Gemeinschaft nichts mehr entgegensteht, die erhofften Mittel könnten nicht mehr lange ausbleiben.

Die Unterstützung bleibt aus, weil die Bedingungen, die Jugoslawien im Februar 1999 in Rambouillet aufgezwungen werden sollten, auch nach dem Sturz der Milosevic-Regierung noch nicht vollständig erfüllt sind. Die Banken des Landes sind zwar unter der Kontrolle von IWF und EU, aber zwei entscheidende Forderungen von Rambouillet müssen erst noch erfüllt werden:

1. Die bedingungslose Öffnung des Landes für die Truppen der Nato – außerhalb der Gerichtsbarkeit Jugoslawiens –,

sowie die Unterstellung der jugoslawischen Armee unter Nato-Kommando, und

2. die vollständige Enteignung und Unterwerfung der jugoslawischen Arbeiterklasse. Zwar sind die Arbeits- und Privatisierungsgesetze trotz Protest vom Parlament verabschiedet worden und die Beschäftigten sind mit Hilfe der neuen Gewerkschaftsführungen vorläufig ruhig gestellt, aber wegen des befürchteten Widerstands zögern Unternehmen und Regierung mit der Umsetzung

Aus Sicht von Investoren muss politisch ausgeschlossen werden, dass sich im Fall sozialer Unruhen das Militär auf die Seite der Bevölkerung schlägt. »Der Feldzug ist noch nicht zuend« (Brecht) – der Waffenstillstand ist kein Frieden. Die Lebensbedingungen heute sind weitaus schlechter als während der Bombardements. Die arbeitende Bevölkerung Jugoslawiens macht erstmals die Erfahrung, dass Unterwerfung und Wohlverhalten in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht belohnt werden – im Gegenteil. Sie steht nicht mehr nur den Unterdrückern von außen, sondern auch deren Helfern und Helfershelfern im eigenen Land gegenüber. Jeder Ansatz von Widerstand braucht unsere Unterstützung.

»Gerechtigkeit für Serbien!« Die moralische Forderung Peter Handkes schlägt, wenn sie umgesetzt wird, in eine politische um, beispielsweise mit der immer noch ausstehenden Diskussion über das Ja des DGB zum Nato-Krieg. Was sollen künftige Kontakte des DGB zu Gewerkschaften in Jugoslawien wert sein, solange diese Frage nicht geklärt ist. Nochmals Peter Handke: »Das öffentliche Bild basiert auf einer reinen Konstruktion von Lügen. Jugoslawien wurde mit Hilfe westlicher Regierungen zerbrochen.« Auch mit Hilfe westlicher Gewerkschaftsführungen. 4. Mai 2002 ■

Aktuelle Probleme im dänischen Gewerkschaftsapparat

Ende März 2001 machte der Gewerkschaftsbund (Landsorganisationen, LO) überraschend die letzte Arbeiterzeitung dicht. »Aktuell« hatte immerhin seit 1871 existiert. Arbeiterzeitung war sie allerdings inzwischen nur insofern, als die Arbeiter über die Gewerkschaftsbeiträge den Überschuss der Zeitung deckten, inhaltlich hatte sie seit mehreren Jahren schon keine Berührung mehr zu Fragen oder Problemen der Arbeiter. Der Überschuss der Zeitung war in der Nachkriegszeit immer höher geworden, die Auflagenzahl stagnierte und fiel dann zum Schluss recht schnell, die Zeitung hatte im März noch eine Auflage von ca. 25.000, der Überschuss betrug jährlich etwa 65 Millionen DKK (etwa 8.5 Mill. Euro).

Die Gewerkschaften hatten diese beträchtliche Summe bezahlt und darüber hinaus noch in verschiedene Versuche die Zeitung neu aufzubauen etliche Millionen investiert. Alles war vergebens, weil die Zeitung, die sich von ihrem sozialdemokratischen Ursprung trennen wollte, keine Linie finden konnte, die genügend Abonnenten bzw. Leser ansprach. »Aktuell« wurde weiterhin als Organ der Gewerkschaften aufgefasst und nicht als die liberal-bürgerliche Zeitung, die sie gern sein wollte. Trotzdem war sie aber noch ein gewisser Garant dafür, dass Sozialdemokraten und Gewerkschafter notfalls ihre Einschätzungen auch an die Öffentlichkeit bringen konnten. Dass der Geldhahn dann plötzlich zugedreht wurde, ist also ein Verlust für die Führungs-

schicht der sozialdemokratischen Organisationen. Die LO verlässt sich auf die neo-liberalen Manager, die sie angestellt hat, und in deren Verständnis kann die Gewerkschaft nur »markt-gerecht« handeln.

Dies ist kein isoliertes Phänomen; geschlossen wurde weiterhin eine der drei Volkshochschulen der LO, die gewerkschaftliche Bildungsarbeit wurde stark reduziert, d.h. die Ausbildung soll sich weitgehend selbst finanzieren, wie aus den Ankündigungen der LO hervorgeht. Den bisher vom LO unterstützten Kultur-Organisationen wurden die Zuschüsse gekürzt; noch vor wenigen Jahren waren diese Organisationen z.T. erst neu aufgebaut bzw. in ihrer Aktivität gestärkt worden. Die Kürzungen trafen schließlich auch das Arbeitermuseum und die zentrale Arbeiterbibliothek und deren Archiv in Kopenhagen. Im Frühjahr 2002 wird diskutiert, ob auch die letzten genossenschaftlichen Betriebe – die etwa 6000 Arbeiter beschäftigen – abgestoßen werden sollen. Ausgelöst wurde das durch einen kleineren Korruptionsfall in einer Gewerkschaft.

Warum aber diese Erscheinungen gerade jetzt? Seit einigen Jahren ist ein leichter Mitgliedsrückgang bei den der LO angeschlossenen Organisationen festzustellen: Sie organisiert etwa 50.000 Mitglieder weniger als noch vor 5 Jahren. Dabei sind weiterhin knapp 1,5 Mill. in den Organisationen der LO vereinigt, der Organisationsgrad ist weiterhin über 80%. Auf jeden Fall ist kein Mitgliedsrückgang eingetreten,

der auch nur annähernd dem der übrigen EU-Gewerkschaftsverbände entspricht (Schweden und Finnland haben entsprechend hohe Organisationsgrade).

Natürlich gibt es auch in DK strukturelle Probleme, die es ja schon immer gegeben hat: Bestimmte Ausbildungen verlieren ihren Wert, im 18. Jahrhundert gehörten die Verbände der Schneider, Schuster, Stellmacher und weitere zu den zentralen Organisationen der Arbeiterbewegung. Heutzutage verlieren viele Industriearbeiterberufe ihre Bedeutung – am deutlichsten ist das im Druckgewerbe. Dafür steigt aber die Zahl der Beschäftigten in den Dienstleistungsgewerben schnell an; ebenso wächst die Bedeutung von Berufen wie Kindergärtner, Krankenschwester, Lehrer usw. Die Organisationen dieser Berufe entwickeln sich von Standesorganisationen zu richtigen kampfbereiten Gewerkschaften (dazu: Arbeiterpolitik Nr. 2 und 3/1995, 3/1996, 3/1999 über Streiks der Krankenschwestern. Nr. 2/3-1998 über den allgemeinen Streik). Diese Organisationen haben einen eigenen Zentralverband (FTF), wie auch die Gewerkschaften der akademisch Ausgebildeten (AC) und nehmen deshalb der LO Mitglieder weg – der Anteil der LO-Gewerkschaften an sämtlichen Organisierten dürfte heute bei 68 – 70% liegen. Darüber hinaus gibt es noch einige kleinere Zusammenschlüsse; die meisten sind ohne große Bedeutung, weil sie kein Verhandlungsrecht haben. Dieses liegt weiterhin bei den LO-Verbänden, die das Gros der Arbeiter organisieren. Es gibt einige kleine Verbände wie die EDV-Arbeiter (Prosa) und Korrespondentinnen, die beide gute Arbeit leisten, und zumindest Prosa möchte gern der LO beitreten, aber die LO-Angestellten-gewerkschaft (HK) verhindert dies aus organisationsegoistischen Gründen.

Der nominelle Rückgang bei den LO-Gewerkschaften lässt sich nicht durch organisatorische Zusammenschlüsse aufhalten. Diese sind seit einigen Jahren verstärkt worden, weil die finanziellen Belastungen für kleine Gewerkschaften zu groß geworden sind: Die Gewerkschaften und ihre Arbeitslosenkassen erfordern immer größere Verwaltungskosten und u.a. deswegen werden Zusammenschlüsse notwendig – im wesentlichen bedeutet es aber nur, dass es weniger, aber grössere Organisationen gibt. Bisher fanden diese Vereinigungen sozusagen »in der Familie« statt – zwischen den LO-Gewerkschaften.

Die drei größeren Gewerkschaftsbünde – LO, FTF und AC – arbeiten auf der europäischen Ebene (gut) zusammen; die Entwicklung drängt auch im nationalen Rahmen auf verstärkte Zusammenarbeit und Verhandlungen zwischen den drei Organisationen sind eingeleitet. Das bedeutet, dass vor allem LO dazu gezwungen werden könnte, Befugnisse abzugeben, und wie die Mitgliederentwicklung ist, meinen die zwei kleinen Dachverbände, dass sie etwas mehr Zeit haben als LO. Trotzdem haben FTF und AC beschlossen, Gespräche einzuleiten, die die schon bestehende Zusammenarbeit z.B. in Fragen des Arbeitsmilieus fördern soll.

Seit Ende 2000 verhandelten die Gewerkschaft der Kindergartenhelfer (PMF, d.h. ungelernte) mit der der Kindergärtner (BUPL, die Facharbeiter). PMF mit ca. 30.000 Mitgliedern ist in der LO, während BUPL mit nicht ganz 50.000 im FTF ist. Die Frage war offen, ob die vereinigte Gewerkschaft sich der LO oder dem FTF anschließen würde. Wenn sich die vereinigte Gewerkschaft der LO angeschlossen hätte, wäre das eine wichtige Vorentscheidung für die Vereinigung von LO und FTF geworden und zwar unter Führung der LO-

Gewerkschaften. Dazu müssen aber einige Voraussetzungen erfüllt sein. Eine der wichtigsten ist, dass die LO umfassendere gemeinsame Aufgaben erfüllt als die FTF und dass der Beitrag der Einzelgewerkschaften an die LO daher höher ist als im FTF. Die Schließung der Zeitung ermöglicht ab 2002 eine Kürzung der Beiträge der Einzelgewerkschaften an den Dachverband und ist schon angekündigt (die Kürzung soll angeblich pro Mitglied ca. 65 DKK jährlich betragen, etwa der Preis von 40 Zigaretten). Wenn auch diese Kürzung für das einzelne Mitglied ohne große Bedeutung sein wird, macht es natürlich etwas aus, wenn es sich um 50.000 Mitglieder handelt, deren Beitrag an die LO gehen soll. Die Führungen von BUPL und PMF wurden sich aber nicht einig und aus dieser Vereinigung wird nichts; gleichzeitig ist das ein Rückschlag für die LO.

Längerfristig wird es aber doch zu einer Vereinbarung kommen müssen und hier liegt einer der Gründe für die Schließung der Zeitung und für die anderen Sparmaßnahmen, mit denen u.a. der hohe »Gewerkschaftsbeitrag« gekürzt werden soll: Dieser setzt sich zusammen aus dem Mitgliedsbeitrag, dem Beitrag für die Arbeitslosenversicherung und einem Beitrag für Vorpensionierung, insgesamt eine Summe von jährlich 13.000 Kronen (ca. 1800 Euro); manche Mitglieder überlegen sich dann doch, ob da nicht gespart werden kann und treten aus der Gewerkschaft oder der Arbeitslosen-Versicherung aus bzw. bezahlen nichts für die Vorpensionierung ein. Den LO-Gewerkschaften ist klar, dass sie derzeit nicht die Beiträge erhöhen dürfen/können, wenn sie nicht mehr Mitglieder verlieren wollen. [Die Arbeitslosenkassen sind seit dem 19. Jh. mit den Gewerkschaften gekoppelt; erst seit einigen Jahren kann man Mitglied einer Arbeitslosenkasse sein ohne gleichzeitig auch gewerkschaftlich organisiert sein zu müssen].

Ein weiterer Hemmschuh bei dem Zusammenschluss der drei Gewerkschaftsbünde ist, dass die LO-Gewerkschaften offen politisch sind und vor allem die Sozialdemokratie, in geringerem Maß auch die Sozialistische Volkspartei, bei Wahlen mit einem Beitrag von 10 DKK pro Mitglied unterstützen (jedes Mitglied kann eine Erklärung einschicken, dass es diesen Beitrag nicht bezahlen will, der Beitrag wird dann zu humanitären Zwecken verwendet – derzeit haben etwa 84.000 Mitglieder (etwa 7%) diesen Wunsch geäußert). Von Bürgerlichen wird den Gewerkschaften immer wieder vorgeworfen, sie würden die Beiträge ihrer Mitglieder missbrauchen, wenn sie einseitig eine der Arbeiterparteien in den Wahlkämpfen unterstützen oder etwa gemeinsame Projekte mit ihnen durchführen. Sie würden damit auch die Grenzen der eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben überschreiten. Die beiden anderen Dachverbände wollen nicht in dieser Form politisch arbeiten, vor allem sich nicht an die Sozialdemokratie binden. Offiziell ist daher die gegenseitige Vertretung in den Hauptvorständen des Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratie schon 1996 aufgehoben worden. Aber das ist noch nicht genug, die Entpolitisierung muss weiter voran getrieben werden, bevor eine Vereinigung möglich sein wird. Die LO-Gewerkschaften sind willig, diese Schritte zu tun, denn die Vereinigung ist notwendig, um eine doch insgesamt nicht unbedeutende gewerkschaftliche Einflussnahme zu bewahren. Da auf EU-Ebene der gewerkschaftliche Einfluss unterminiert wird, muss versucht werden dem entgegenzuwirken. Der Zusammenschluss ist ein Schritt dazu. Ob das helfen wird, ist alles andere als sicher,

aber er gehört zu den wenigen Maßnahmen, die die LO von sich aus einleiten kann. Eine weitere Maßnahme ist eine aufgebauerte Werbekampagne, die in diesem Frühjahr abläuft. Die Kampagne hat als Ziel, die 60.000 bis 200.000 Unorganisierten, Gelbe und junge Leute in die Gewerkschaften zu locken. Aber hier ist das Problem, dass es an gewerkschaftlichen Vertrauensleuten fehlt, die die Aufgaben der Gewerkschaften kennen und sie offensiv vertreten können. Der Widerspruch zwischen dem Abbau der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und der Werbekampagne ist der Leitung bisher nicht aufgefallen, zumindest ist das Ruder bisher nicht rumgerissen worden.

Die neue Zusammensetzung der Arbeiterklasse, der Zusammenbruch der früheren sozialistischen Staaten – d.h. der Wegfall der Systemkonkurrenz –, die Entwicklung der EU, die verstärkte Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems, fordern Antworten von den Organisationen, die sie nur bedingt einlösen können; das Zerbröckeln der Reste alternativen Denkens in der traditionellen Arbeiterbewegung führt die Gewerkschaften zu dem Versuch, ihre Probleme organisatorisch zu lösen. Wenn das Einsparungen erfordert, dann wird eben gespart und zwar dort, wo die Bedeutung für die oberen Gewerkschaftskader (die »Bonzen«) am geringsten ist, also an der Kultur und der Geschichte. Das ist zwangsläufig, denn ihre Probleme offensiv zu lösen sind sie nicht im Stande, die Mitglieder sehen in den Verbänden weitgehend nur mehr eine Art Versicherung, um Arbeitsplatzprobleme zu lösen. Vor etwa 25 Jahren wurden noch Vorschläge entwickelt, die eine andere gesellschaftliche Entwicklung mit sich gebracht hätte. Heute ist eine Alternative offensichtlich nicht mehr denkbar.

Von ihrem Verständnis der Wirklichkeit her handeln die Gewerkschaftsführungen rationell, sind die Sparmaßnahmen folgerichtig, und solange die Mitglieder das hinnehmen, kann man von außen nicht viel ändern. Die Mitglieder nehmen es hin, die Teilnahme an der gewerkschaftlichen Arbeit ist in den letzten ca. 10 Jahren gefallen, besonders nachdem die KP als Konkurrent der sozialdemokratischen Linie weggefallen ist. Die Teilnahme an den gewerkschaftlichen Versammlungen ist von durchschnittlich 10% der Mitglieder auf ca. 2% gefallen. Die Erklärung ist nicht nur der Wegfall der Konkurrenz, aber das ist ein wesentliches Element. Die bestehenden linken Kleinorganisationen einschließlich der Einheitsliste haben bisher keine Alternative zur Politik der Gewerkschaftsführung entwickeln können. Ein anderes Problem ist, dass eine recht beträchtliche Zahl von sowohl Facharbeitern wie Ungelernten politisch nach rechts abgedriftet ist. Die rechtspopulistische/fremdenfeindliche Dänische Volkspartei hat mehr Arbeiterwähler als etwa die gleich große Sozialistische Volkspartei, die dafür aber bei Angestellten und Akademikern stärker ist. Metallarbeiter tendieren laut Meinungsumfragen dazu, die traditionellen rechtsbürgerlichen Parteien zu wählen. Der Aufbruch der traditionellen Strukturen hat bisher noch nicht dazu geführt, dass die Arbeiter ihre eigenen Interessen selber besser wahrnehmen wollen. Sie überlassen es weiterhin anderen.

Die Zusammenlegung von Einzelgewerkschaften ist ein Prozess, der schon seit vielen Jahren läuft. Man hat verschiedene Modelle diskutiert und vor etwa 5 Jahren wurden Kartelle gegründet, die die Gewerkschaften aus mit einander verwandten Berufen zusammenführen sollten – z.B. Drucker, Lithografen, Fotografen und Kartonnagearbeiter, die ver-

LO – Landsorganisationen

(alle Daten per 31. Dezember 1999)

22 Einzelgewerkschaften mit insgesamt 1.458.742 Mitgliedern, davon 706.955 Frauen, knapp 110.000 Mitglieder sind auf Vorpension; die Postgewerkschaft (11.281 Mitglieder) und die Elektrikergewerkschaft (30.269 Mitglieder) verhandeln mit anderen LO-Gewerkschaften um einen Zusammenschluss. Die Gewerkschaft der Kindergartenhelfer, PMF, (29.193 Mitglieder) verhandelt mit einer Gewerkschaft ausserhalb von LO (BUPL). Weitere Zusammenschlüsse sind in den vergangenen Jahren durchgeführt worden und werden in Zukunft noch stattfinden. Die vier grössten Einzelgewerkschaften haben derzeit etwas über eine Million Mitglieder.

FTF – Funktionærernes og Tjenestemændenes Fællesraad, Zusammenschluss von Angestellten- und Beamtengewerkschaften

Ca. 60 Einzelgewerkschaften mit 350.255 Mitgliedern, davon sind 232.044 Frauen, keine Angaben zur vorpensionierten Mitgliedern. Die grössten Einzelgewerkschaften sind die Kindergärtner mit 47.527 Mitgliedern (BUPL, verhandelt derzeit mit PMF von der LO), Polizeigewerkschaft (11.608), die Lehrgewerkschaft (59.653), die Gewerkschaft der Krankenschwestern (51.912), die Bankangestellten (44.565).

AC – Akademikernes Centralorganisation, Zentralorganisation der Akademiker

19 Einzelgewerkschaften mit 150.060 Mitgliedern, davon 54.656 Frauen, keine Angaben zu vorpensionierten Mitgliedern. Die grössten Einzelgewerkschaften sind die der Juristen (21.332), der Universitätslehrer (18.660). Ärzte (12.314), Gymnasiallehrer (10.973) und Ingenieure (39.987).

Ausserhalb der drei Zentralorganisationen gibt es noch ca. **14 Gewerkschaften** mit etwa 203.000 Mitgliedern, davon sind knapp 60.000 in der christlichen Gewerkschaft. In der LO sind somit über 68% aller Gewerkschaftsmitglieder organisiert, im FTF knapp 16, im AC ca. 7%, in den übrigen ca. 8%. In den letzten 15 Jahren sind die Anteile nicht wesentlich geändert, bis auf die AC, der damals bei 4 % stand.

schiedenen Baugewerkschaften usw. Dieser Versuch ist mehr oder weniger gescheitert, die Kartelle bestehen zwar noch (bis auf das grafische Kartell, weil es keine selbständige Druckergewerkschaft mehr gibt), aber haben kaum noch eine Zukunft. Kleinere Gewerkschaften haben sich größeren angeschlossen, diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen, es ist aber vorauszusehen, dass in wenigen Jahren nur noch 5 bis 10 LO-Gewerkschaften übrig sind. Diese Gewerkschaften übernehmen die meisten Aufgaben in eigener Regie, die Notwendigkeit, gemeinsame Aufgaben von vielen selbstständigen, kleinen Gewerkschaften gemeinsam zu lösen, gibt es so nicht mehr. Damit verliert die LO immer mehr koordinierende Funktionen, weil die größeren Gewerkschaften die Aufgaben alleine lösen. Damit werden auch die Beiträge der Einzelgewerkschaften an die LO geringer, es wird evtl. mög-

lich, die FTF- und AC-Gewerkschaften eher für einen Zusammenschluss zu motivieren. Was aber fehlen wird, ist eben ein Organ, das koordinieren und den gemeinsamen Willen zum Ausdruck bringen kann. Ob das eine Bedeutung haben wird, ist noch nicht abzuschätzen, aber es sollte durchaus in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Im November 2001 wurden vorgezogene Neuwahlen zum dänischen Parlament durchgeführt – die sozialdemokratische Parteiführung hatte sich ausgerechnet, dass sie mit ihrer »staatsmännischen« Unterstützung der USA nach dem 11. September einige Pluspunkte eingehandelt hatte. Dies war aber weit gefehlt, die SP verlor schwer, sie ist nur mehr die zweitgrößte Partei im Parlament. Mit ihr verloren auch die Sozialistische Volkspartei und die Einheitsliste Stimmen, und bei den gleichzeitig durchgeführten Kommunalwahlen verloren mehrere kommunistische Gruppierungen ihre letzten Vertreter. Sehr viele Arbeiter hatten nicht nur passiv Stimmenthaltung ausgeübt, sondern direkt entweder für die populistische Dänische Volkspartei (DF) oder die rechtsbürgerliche Venstre gestimmt. Etwa die Hälfte der organisierten Arbeiter haben diesen Parteien ihre Stimme gegeben.

Das Ergebnis war eine neue rechtsbürgerliche Minderheiten-Regierung, die aber durch die DF gestützt wird. Sie verkündete ein großes Programm, das sie innerhalb von 100 Tagen eingeleitet haben würde. Sie hatte aber den Mund zu voll genommen und musste manche ihrer Ankündigungen zurücknehmen, jedoch ist die Richtung deutlich: Sie geht gegen erworbene Rechte der Arbeiter und der Gewerkschaften. Aber auch hier kann sie schlecht gegen die Regelungen der EU vorgehen, die sie prinzipiell für richtig hält. Außerdem ist die Rolle der DF unklar: Deren Stimmen kommen zu einem sehr großen Teil aus den traditionellen Arbeiterschichten, die die Sozialdemokratie abgestoßen hat. Sie kann also nur begrenzt gegen unmittelbare Arbeiterinteressen vorgehen oder doch nur so lange, wie sie versprechen kann, die Konkurrenz der ungelerten Arbeiter, nämlich die Gastarbeiter, aus Dänemark zu verjagen, zum allermindesten verhindern kann, dass mehr ins Land kommen.

Der Katalog der Regierungsmaßnahmen umfasste einen Angriff auf die Verbindung zwischen Arbeitslosenkassen und Gewerkschaften, u.a. sollte eine billigere staatliche Arbeitslosenkasse ermöglicht werden (entfällt inzwischen), berufsunabhängige Kassen werden aber vermutlich eingeführt, ebenso verstärkte Möglichkeiten für die Arbeitgeber, Teilzeitarbeit ohne Konsultation der Gewerkschaften zu diktieren; ein Verbot von Exklusiv-Absprachen (das bedeutet, dass es nicht mehr erlaubt sein soll, in einem Betrieb nur gewerkschaftlich Organisierte zu beschäftigen) ist im Gespräch. Ebenso ein Gesetz, das Blockaden und Boykotte gegen Betriebe, die Unorganisierte beschäftigen, verbietet. Unter dem Vorwand, Emigranten und Einwanderer integrieren zu wollen, ist vorgeschlagen, dass diese zeitweise (zwischen 3 bis 12 Monate) kostenlos arbeiten. Diese Lohndrückerei ist den Arbeitgebern willkommen, aber werden die Flüchtlinge dadurch besser integriert? Gespart wird an der Bewilligung der Arbeitsaufsicht und Unfallverhütung Die Regierung steckt erstmal Grenzen ab, versucht, wieweit sie gehen kann, ohne ihre neuen Arbeiterwähler zu sehr zu erschrecken.

Weder der Gewerkschaftsbund noch die linke Opposition wollen dies nur geschehen lassen: So wurde Anfang März eine »100-Tage-Konferenz« durchgeführt, um zu beraten,

was gegen die 100 ersten Tage der Regierung unternommen werden konnte, wie man den Widerstand aufbauen könnte. An dieser Konferenz nahmen auch mehrere sozialdemokratische gewerkschaftliche Funktionäre teil. Die Sozialdemokratie will die Initiative nicht der linken Opposition überlassen. Für die Opposition ist es ein Problem, wie die Sozialdemokraten in den Prozess einbezogen werden können, ohne dass sie im Endeffekt eine hoffentlich entstehende Bewegung lähmen. Dieses Problem ist nicht gelöst, und die Demonstration vom 20. März vor dem Parlament zeigte dieses Dilemma deutlich. Es nahmen höchstens 20.000 Menschen teil, davon waren gut die Hälfte Künstler, Schriftsteller, Studenten und ähnliche Gruppen, die ebenfalls stark von den Spar-Maßnahmen der Regierung betroffen sind. (In den 1980er Jahren war es kein Problem für den Gewerkschaftsbund, bis zu 250.000 Arbeiter zu Anti-Regierungsdemonstrationen zu mobilisieren.) Der Vorsitzende der LO verkündete auf der Demonstration, dass der Klassenkampf wieder eingeleitet worden sei. Für diese rhetorische Meisterleistung erhielt er kaum Beifall: Die Anwesenden wussten, wie sie das einschätzen sollten.

Für die zersplitterte Linke ist es ein Problem, wie sie verhindern kann, dass die Sozialdemokraten den Aufbau einer starken Opposition nur zu ihren Zwecken ausnutzt und gleichzeitig sie in den Kampf gegen die Regierung einzubeziehen. Die 100-Tage-Konferenz war erstmal ein Erfolg, es nahmen mehrere 100 Vertrauensleute an der Beratung teil. Aber wie die Demonstration vor dem Parlament zeigte, war es noch viel zu früh, um Massen zu mobilisieren. Erstmal halten noch die meisten Arbeiter an ihrer Wahlentscheidung vom November vorigen Jahres fest.

Unabhängig von der Konferenz wird versucht, ein Netzwerk der Vertrauensleute in den größeren Betrieben aufzubauen; der Versuch ist eingeleitet, die Verbindungen bestehen, aber bisher gab es noch keinen Fall, in dem das Netzwerk sich bewähren konnte. Aber die vergangenen vier Monate zeigen immerhin, dass sich verschiedene Initiativen entwickeln, dass die linke Opposition sich nicht ganz passiv verhält.

Kopenhagen, 20. 4. 02 ■

Nachtrag: Am 30. April haben die 650 000 gewerkschaftlich organisierten Angestellten der dänischen Kommunen über einen neuen Tarifvertrag abgestimmt. Eine Schlichtung hatte ergeben, dass die Löhne um 9,27% erhöht werden sollen, wovon allerdings lediglich 5,5% generelle Lohnsteigerungen sein werden und der Rest sich auf andere Lohnbestandteile verteilt. 1,87% werden als »neuer Lohn« (ny løn) auf lokaler Ebene verteilt, was beinhaltet, dass dieser Lohnbestandteil auch als »Belohnung« für bestimmte Beschäftigte benutzt werden und zur Spaltung der Belegschaften beitragen kann.

Es war insbesondere die letztere Regelung, die auf starke Widerstände in einzelnen Gewerkschaften stieß. Bei den Krankenpflegern stimmten 73,8%, in der Lehrgewerkschaft 94,5% und in der Ingenieurvereinigung sogar 100% der Abstimmenden gegen den Vertrag. Insgesamt ergab sich jedoch eine knappe Mehrheit von 51,9% für den Abschluss, bei einer Wahlbeteiligung von 45,8%. Das Ergebnis ist Ausdruck der krisenhaften Situation, in der sich z.Zt. insbesondere die Führung der dänischen Gewerkschaften befindet. Über die tarifpolitische Situation in Dänemark werden wir in der nächsten Ausgabe ausführlicher berichten.

Hamburg, 12.5.2002 ■